

9. Sitzung

Donnerstag, den 05. Oktober 2006

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 (LHG 2007/2008)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/304 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 – 363

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/304 – wird zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011 – Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesen.

Landesgesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/45 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/320 – 407

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/45 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/57 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/321 – 407

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 15/57 – wird in zweiter Beratung mit Mehrheit abgelehnt.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/220 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
 – Drucksache 15/322 – 410

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/220 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.

Landesgesetz über die Sicherheit in Hafenanlagen (LHafSiG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/223 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
 – Drucksache 15/323 – 413

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/223 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU
 – Drucksache 15/318 –
Erste Beratung 413

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Neukonzeption und Neuorientierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende
Antrag der Fraktion der CDU
 – Drucksache 15/245 – 413

Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU
 – Drucksachen 15/68/173/233 – 413

Die Drucksachen 15/245/68/173/233 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/245 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Die Drucksachen 15/68/173/233 sind mit der Besprechung der Großen Anfrage und der Antwort der Landesregierung erledigt.

Windenergie in Rheinland-Pfalz – Fehlerkorrektur bei der Windenergiepolitik
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/246 –

dazu: Windenergienutzung

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/335 – 420

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/246 – sowie der Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der FDP – Drucksache 15/ 335 – werden jeweils an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Matthias Lammert, Dr. Stefanie Lejeune und Carsten Pörksen.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	363
Abg. Dr. Gebhart, CDU:.....	420
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:.....	396, 397, 423
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	405, 417
Abg. Dr. Wilke, CDU:.....	410, 411
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:.....	408
Abg. Frau Grosse, SPD:.....	415
Abg. Frau Mohr, SPD:.....	422, 423, 424
Abg. Frau Morsblech, FDP:.....	407, 412
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:.....	421, 422
Abg. Frau Thelen, CDU:.....	413
Abg. Hartloff, SPD:.....	371
Abg. Hoch, SPD:.....	412
Abg. Keller, CDU:.....	408
Abg. Kuhn, FDP:.....	410
Abg. Mertin, FDP:.....	379
Abg. Puchtler, SPD:.....	402
Abg. Schreiner, CDU:.....	397
Beck, Ministerpräsident:.....	387
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	424
Dr. Bamberger, Minister der Justiz:.....	411
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:.....	409
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:.....	418
Präsident Mertes:.....	363, 371, 379
Vizepräsident Bauckhage:.....	406, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 415, 417, 418
.....	420, 421, 422, 423, 424, 425
Vizepräsidentin Frau Klamm:.....	387, 396, 397, 402, 405

**9. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 05. Oktober 2006**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie zur 9. Plenarsitzung herzlich willkommen!

Ich berufe die Abgeordneten Clemens Hoch und Bernhard Henter zu schriftführenden Abgeordneten.

Wir haben im Zusammenhang mit der gestrigen Tagesordnung vereinbart, dass wir heute die Aussprache zur Einbringung des Landeshaushaltsgesetzes durchführen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
(LHG 2007/2008)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/304 –
Erste Beratung**

**dazu:
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2006 bis 2011
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags
– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 –**

Vorgesehen ist, dass wir je Fraktion 90 Minuten Redezeit haben und dann, soweit dies notwendig ist und auch als notwendig empfunden wird, nach der Geschäftsordnung der entsprechende Zuschlag für die regierungstragende Fraktion in Anspruch genommen werden kann.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Carsten Pörksen, Matthias Lammert und Dr. Stefanie Lejeune.

Geburtstage haben wir keine. Aber wir können schon die ersten Gäste begrüßen, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen des Instituts für Schulung + Beruf aus Neuwied. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Noch nicht eingetroffen sind die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 f der Rochus-Realschule Bingen. Ich begrüße sie deshalb, weil ich denke, dass es in der Aussprache etwas länger dauern wird, bis ich sie begrüßen oder vielleicht sogar nicht begrüßen kann. Das weiß ich noch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussprache über das Landeshaushaltsgesetz ist eröffnet. Traditionell beginnt Herr Abgeordneter Baldauf als Führer der größten Oppositionsfraktion. – Bitte schön.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Nach wie vor gilt die Regel, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die beste Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat ist. Sparen ist – auch im Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder – die Grundlage verantwortungsbewusster Politik.“

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, heute vermisste ich Ihren Beifall hierzu. Am 21. Mai 2001 haben diese Worte noch Ihren Beifall ausgelöst.

Ich darf Ihnen auch verraten, wer diese Worte einmal gebraucht hat: Es war nämlich niemand Geringeres als der Ministerpräsident persönlich.

Aber dass Sie heute nicht mehr applaudieren, liegt auf der Hand. Sie haben nämlich die damals formulierten Ziele weit verfehlt. Offenbar haben Sie heute bereits den Willen aufgegeben, den Kernhaushalt zu sanieren.

Deshalb zitiere ich weiter: „Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Länder eine Selbstbindung zum Ausstieg aus der Neuverschuldung beschlossen. Bislang lag die Zielmarke für einen Haushalt ohne neue Schulden beim Jahr 2008. Dank unserer erfolgreichen Sparbemühungen liegen wir ausweislich des Jahresabschlusses 2000 jedoch deutlich vor dieser Zeitplanung. Deshalb wollen wir den ausgeglichenen Haushalt möglichst schon 2006 – das heißt, zwei Jahre früher als bisher geplant – realisieren.“

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das wäre
für eine Schlagzeile gut gewesen!)

Jetzt schreiben wir bekanntlich 2006. Was ist geschehen? Wir sind von einem ausgeglichenen Haushalt weiter entfernt denn je.

(Beifall der CDU)

Unser Haushalt steckt in einer tiefen Schuldenfalle, die Sie, meine Damen und Herren von der SPD, maßgeblich mit zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren, das hat aus meiner festen Überzeugung heraus dieses Land nicht verdient.

Wir alle, wie wir hier sind, leben gerne in Rheinland-Pfalz, weil wir diese Heimat lieben – am Rhein, an der Mosel, im Hunsrück, im Westerwald, in der Pfalz und auch in der Eifel.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen sagen, wir glauben an die Chancen und Möglichkeiten von Rheinland-Pfalz, und ich glaube an die Fähigkeiten von Menschen in unserem Land, wenn sie durch die Politik nicht gebremst, sondern in ihrem Tatendrang, Leistung zu erbringen, gefördert werden.

(Beifall der CDU und Heiterkeit bei der SPD)

Aber wer sich die Zahlen des Schuldenhaushalts anschaut, merkt, dass wir längst einen Klotz am Bein der Menschen haben. Überbordende Bürokratie, Regelungswut und Schulden hindern die Dynamik der Menschen.

Herr Ministerpräsident, mir geht es dabei nicht um Miesmacherei. Das meine ich ehrlich.

Es ist die Sorge um die Zukunft unseres Landes, die uns verpflichtet, eine Umkehr vorzunehmen, das heißt, Abbau und nicht Zunahme von Schulden.

(Beifall der CDU)

Die Zeiten Ihrer Schönrechnerei – darauf werde ich noch im Einzelnen eingehen – müssen vorbei sein. Gefordert sind aus meiner Sicht Wahrheit und Klarheit, langfristiges Denken und Berechenbarkeit. Wenn uns dies nicht in einem größeren Maße gelingt, verspielen wir Politiker irgendwann auch noch den Rest unserer Glaubwürdigkeit.

Wir dürfen auch nicht verhehlen, dass Politiker heute – man kann eigentlich schon von Abneigung oder Rosstäuschern sprechen – keinen hohen Stellenwert mehr in dieser Gesellschaft genießen.

(Zuruf des Abg. Stretz, SPD)

Dazu tragen Sie – in Fragen der Glaubwürdigkeit – einen wesentlichen Teil bei. Und warum? Weil bei Ihnen Reden und Handeln, Anspruch und Wirklichkeit nicht mehr deckungsgleich sind.

(Beifall der CDU)

Die Finanzpolitik dieses Landes belegt nämlich genau das Gegenteil. Anspruch und Wirklichkeit liegen weit auseinander. Warum legt die Landesregierung nicht schon in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vor? Wissen Sie eigentlich, was Sie hier tun?

(Heiterkeit bei der SPD)

– Es ist schlimm genug, dass Sie darüber lachen müssen.

Sie provozieren eine üble Haushaltsnotlage. Und wissen Sie, mit wem das heimgeht? Das geht mit unseren Kindern und Enkeln nach Hause, die diese Schulden zurückbezahlen müssen.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident – auch das muss man leider feststellen –, Sie sind auf dem besten Weg, der größte Schuldenmacher dieses Landes zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Die momentane Gesamtverschuldung – nach Aussagen des Bundes der Steuerzahler – beläuft sich auf 26 Milliarden Euro. Das ist eine wahnsinnige Zahl: 26

mal 1 Million Euro. Die Nullen schreibe ich Ihnen nachher gerne auf, damit Sie es auch nachlesen können.

(Zuruf von der SPD)

Ich habe das Gefühl – auch wenn ich diesen Zwischenruf höre –, dass mancher in der SPD-Fraktion die Zahlen schon völlig gleichgültig hinnimmt, die Schuldenlast sowieso so unvorstellbar hoch ist, dass es niemand mehr nachvollziehen kann, frei nach dem Motto: „Geld spielt keine Rolle – wir haben ja keins“.

(Beifall der CDU)

Wenn die Katastrophe schon nicht zu vermeiden ist, dann machen wir es doch wenigstens so, dass wir die gute Laune bewahren und so weitermachen wie bisher.

Meine Damen und Herren, das Schlimmste ist, damit häufen Sie von der Regierung weitere Schulden an.

Jede Sekunde – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – werden im Kernhaushalt in Rheinland-Pfalz 31,25 Euro zusätzliche Schulden gemacht, jede Minute 1.875 Euro, jede Stunde 112.500 Euro, jeden Tag 2,7 Millionen Euro, jeden Monat 81 Millionen Euro und im Laufe eines Jahres beinahe 1 Milliarde Euro – ein Albtraum.

Wenn die Bürger unseres Landes das so machen würden, auf Pump in Urlaub fahren, große Autos fahren, schön leben, alles verprassen, dann würden sie sich sehr schnell bei einer Schuldnerberatungsstelle wiederfinden.

Dort sitzen kompetente Fachkräfte, die ihnen mit Rat und Tat erklären können, wie sie aus dieser Spirale herauskommen können. Herr Finanzminister, das ist übrigens eine Adresse, die ich Ihnen nur wärmstens empfehlen kann.

(Beifall bei der CDU –
Ramsauer, SPD: Das können wir Ihrem
Geschäftsführer auch empfehlen!)

Jedem – auch jedem von der SPD – ist klar: Wir leben auf Pump und damit auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Das ist ein Tanz auf dem Vulkan. Das Schlimmste ist, dass Sie verdrängen, wie Sie die angehäufte Schuldenlast irgendwann einmal tilgen können. Kein Privathaushalt und kein Unternehmen könnte sich ein solches Haushalten erlauben.

(Zuruf von Staatsminister Hering)

– Das war sehr unqualifiziert, Herr Hering.

(Billen, CDU: So ist er aber!)

Jeder Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens, der so arbeiten würde, würde sich wegen Insolvenzverschleppung strafbar machen und zusätzlich mit seinem Privatvermögen haften. Daran will ich bei der Landesregierung gar nicht denken.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber nur die wirtschaftliche Seite. Unter diesen Schulden stöhnen die Menschen und vor allem die jungen Menschen in diesem Land. Wir nehmen ihnen nämlich das, was sie brauchen. Wir nehmen ihnen die Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, wenn die öffentlichen Haushalte weiterhin hemmungslos Kredite aufnehmen.

Ich bin jetzt 39 Jahre alt. Ich kann es für meine Person nicht verantworten – das mag Ihnen anders gehen –, den nachfolgenden Generationen solche Hypotheken zu übertragen, die ihnen nicht mehr die Möglichkeit eröffnen, sich frei zu entwickeln.

Wir reden so schön – der Herr Finanzminister hat dieses Wort gestern auch gebraucht – von Nachhaltigkeit, also von Dingen, die Entscheidungen prägen, die noch in 20, 30 oder 40 Jahren gelten. Wenn ich mir diesen Haushaltsentwurf anschau, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass diese Nachhaltigkeit zu weiteren Schulden für die nächsten fünf bis zehn Jahre führt. Dagegen wehre ich mich, weil damit keinerlei Möglichkeit mehr für die Zukunftsgestaltung besteht.

(Beifall der CDU)

Wir brauchen eine neue Kultur der Verantwortung, die sich am Leitbild dieser Nachhaltigkeit orientiert. Ich möchte irgendwann den Kindern erklären, dass nicht alle Ressourcen aufgebraucht, sondern noch welche vorhanden sind. Ich möchte den nachfolgenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten überlassen, aber ihnen nicht nur aufbürden, Schuldendienst zu betreiben. Wie sollen sonst in zehn, 15 oder 20 Jahren Straßen, Plätze, öffentliche Verkehrsmittel, Bahnhöfe, Flughäfen und Ähnliches finanziert werden? Vom Geld unserer Kinder? Das wird schwierig, wenn es so weitergeht, weil unsere Kinder nämlich Schulden zurückbezahlen müssen.

Was ist an dieser Politik eigentlich noch sozial? Ist es sozial, zukünftige Generationen ohne Finanzmittel allein zu lassen? Wollen Sie wirklich dahin kommen – das ist kein Szenario, sondern das kann passieren –, dass sich nachfolgende Generationen nur noch in betuchten Kreisen Bildung leisten können?

(Zurufe von der SPD)

– Ihre Reaktion zeigt mir, dass Sie das getroffen hat.

Wer unterstützt denn diese Menschen?

(Beifall bei der CDU)

In dieser Situation müssen wir – gelinde gesagt – von Insolvenzverwaltung sprechen. Jetzt hat sich etwas ganz Entscheidendes in diesem Jahr verändert. Das so genannte Einnahmenproblem, das der Ministerpräsident jahrelang gepredigt hat, ist weg. Wir erwarten zusätzliche Steuereinnahmen – Mehreinnahmen, um Schulden abzubauen. Sie aber planen das Gegenteil.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle – egal ob Christdemokraten, Sozialdemokraten oder Liberale – reklamieren

den Begriff der Zukunft für uns. Die Zukunft sieht momentan so aus, dass wir Zinszahlungen in Höhe von 1,13 Milliarden Euro allein im Kernhaushalt leisten. Das ist verlorenes Geld. Das übersteigt allein die Größenordnung des Einzelplans des Wissenschaftsministeriums. Monatlich fallen also rund 94 Millionen Euro Zinszahlungen an. Dafür könnten wir das Bauprogramm eines Jahres für alle Hochschulen des Landes und des Universitätsklinikums bezahlen. Die Fachhochschule Mainz wäre längst gebaut. Der Fachbereich Musik hätte längst sein neues Domizil. Pro Tag sind dies 3,1 Millionen Euro Zinszahlungen. Allein dafür könnten wir für ein Jahr 75 neue Lehrer einstellen.

Meine Damen und Herren, bisher habe ich nur von Zinszahlungen gesprochen. Ich habe noch keinen müden Euro an Tilgung hinzugerechnet.

(Ministerpräsident Beck: Keinen müden Vorschlag gemacht!)

– Sie scheinen heute nicht müde zu sein. Das freut mich. Die Vorschläge kommen noch.

Das heißt, jeder Rheinland-Pfälzer – egal ob Kleinkind, Rentner, Arbeiter oder Angestellter – steht heute mit 6.500 Euro in der Kreide. Jetzt überlegen wir uns Folgendes: Wenn eine vierköpfige Familie das abbezahlen soll, dann könnte man am einfachsten für 26.000 Euro ein Auto kaufen und der Landesregierung zur Verfügung stellen. Die Familie zahlt dann die Tilgung. Dann ist die Familie schuldenfrei.

Wollen wir es zum Maßstab unserer Politik für die Zukunft machen, dass die Verschuldung pro Kopf immer weiter steigt? Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, Sie wissen auch, dass uns ohne die Zinslast 2,26 Milliarden Euro mehr Mittel für Investitionen in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen würden. Deshalb ist es angebracht, einen langfristigen Masterplan vorzulegen. Wir könnten dann eine Politik betreiben, um die individuellen Chancen für die Menschen in Rheinland-Pfalz in einem zunehmend härter werdenden Standortwettbewerb zu verbessern. Wir könnten die Ausstattung der Schulen verbessern. Wir könnten den Unterrichtsausfall bekämpfen. Wir könnten den Kommunen wieder die Gelder zur Verfügung stellen, die sie brauchen, um als Schulträger und auch sonst tätig zu sein. Wir könnten die Unterfinanzierung der Hochschulen zurückführen. Wir könnten die Qualität der Hochschulen verbessern, sodass auch künftig Nobelpreisträger aus Deutschland kommen und in Deutschland Forschung betreiben und nicht nur als Deutsche im Ausland ihren Nobelpreis erhalten.

(Beifall der CDU)

Wir könnten den kulturellen Bereich stärken. Wir könnten den ländlichen Raum stärken. Wir könnten die Infrastruktur des Landes erhalten und ausbauen. Kurz gesagt: Wir könnten die Stärken unseres Landes stärken und einen Betrag dazu leisten, bestehende Defizite und Schwächen abzumildern. Rheinland-Pfalz könnte sogar im Konzert der Bundesländer in Augenhöhe mit europäischen Regionen sein.

Die Realität sieht aber ganz anders aus. Wenn wir nicht umgehend zu haushaltspolitischer Vernunft zurückkehren, werden die Chancen für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz verspielt, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Deshalb müssen wir trotz der schwierigen Haushaltslage Schwerpunkte setzen. Wir sehen eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Bildung als erforderlich an. Unsere Kinder brauchen die Chance auf eine exzellente Bildung, und zwar nicht nur im Kindergarten, sondern bis zur Hochschule. Wir brauchen sehr gut ausgebildete Akademiker und sehr gut ausgebildete Handwerker. Wer aber erfolgreich im Leben sein will, der benötigt mehr als rein abfragbares Wissen. Keine Bildung ohne Erziehung. Wir brauchen Einheit von Herz, Kopf und Hand. Es kann nicht unser Ziel sein, perfekte Spezialisten aus Technokraten auszubilden.

Vielmehr gehört nach unserer Auffassung zum Erziehungsauftrag der Schulen die Hinführung zu sozialen Fähigkeiten, zu Verantwortung, zu Respekt und Toleranz gegenüber den Mitmenschen. Dies ist die Grundlage des menschlichen Miteinanders im Kindergarten, im Klassenzimmer und später an der Werkbank oder im Forschungslabor; denn Forschung und Lehre sowie wirtschaftliche Höchstleistungen sind nicht Zweck an sich, sondern sie erhalten ihren Sinn erst dadurch, dass sie dem Wohl des Menschen dienen.

(Beifall der CDU)

„Kinder sind keine Fässer, die gefüllt werden, sondern Feuer, die entfacht werden sollen“.

Das ist ein Zitat von Michel de Montaigne. Wer dies aber erfolgreich will, der muss optimale Bedingungen bieten. Lust am Lernen zu fördern sowie Wissbegierde und Neugier auf Neues zu unterstützen, bedeutet, unsere Kindergärten, Schulen und Hochschulen seitens der Politik bestens zu unterstützen. Den Wissensdrang der Kinder, ihre natürliche Leistungs- und Entdeckerlust zu fördern, kann uns aber nur dann gut gelingen, wenn wir auch optimal vorbereitet sind. Da finden wir in Rheinland-Pfalz die Situation vor, dass wir eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen haben, Unterrichtsstunden ausfallen und Lehrer fehlen.

Da fragt man sich, ob Sie tatsächlich eine Exzellenzförderung betreiben oder nur wieder etwas zuwischen wollen. Aus unserer Sicht wäre es am dringendsten geboten, den Unterrichtsausfall zurückzufahren, die 800 fehlenden Lehrer einzustellen und die Hochschulen mit ordentlichen Finanzmitteln auszustatten, damit wir auch im internationalen Wettbewerb wieder bestehen können. Ich bitte Sie sehr herzlich, berücksichtigen Sie dies endlich.

Herr Hartloff, ich will Ihnen nur so viel sagen: Wir stehen am Anfang von Haushaltsberatungen. Am Ende dieser Haushaltsberatungen werden wir Ihnen schon sagen, wo wir sparen. Zunächst warten wir einmal auf Ihre Sparvorschläge, Herr Hartloff.

(Beifall der CDU)

Wir befinden uns also in der Situation – ich wiederhole das noch einmal –, gar kein Einnahmenproblem zu haben. Es werden 567 Millionen Euro Steuermehreinnahmen erwartet. Trotzdem erwarten wir eine Neuverschuldung von fast einer Milliarde Euro. Welchen nachhaltigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten Sie denn eigentlich, wenn die Neuverschuldung über alle Haushalte auf dem Niveau von 2006 verharrt? Zwar kündigt die Landesregierung auf Seite 19 ihres Finanzplans eine moderate Rückführung der Neuverschuldung an, doch davon kann ehrlicherweise bei diesen Zahlen kaum die Rede sein.

Allein im Kernhaushalt steigt die geplante Neuverschuldung von 2006 auf 2007 um 128 Millionen Euro. Im Übrigen verhält es sich genauso bei den Vermögensveräußerungen, die der Finanzminister als wichtigen Konsolidierungsschritt ansieht. Die Veräußerung des Tafelsilbers sieht er als wichtigen Konsolidierungsschritt an.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die strukturellen Defizite werden dadurch nicht behoben, Herr Finanzminister; denn bis zum Jahr 2011 wird – wenn man es sich genau ansieht – kein Tafelsilber mehr vorhanden sein. Dann ist die Vermögenssubstanz weg. Was machen wir dann, Herr Finanzminister?

(Beifall der CDU)

Das ist aber noch nicht alles. Herr Ministerpräsident, es kommt hinzu, dass sich Ihre Haushaltspolitik auch gegen den Bund richtet. Bekannterweise haben Sie an der Koalitionsvereinbarung im vergangenen Jahr mitgewirkt. In diesem Koalitionsvertrag steht unter Punkt II 1.2 – ich zitiere –: „Bund, Länder und Kommunen haben im Sinne einer gesamtstaatlichen Mitverantwortung“ – ein schönes Wort – „für die ausufernde Staatsverschuldung die Pflicht, gemeinsam zur Wiedereinhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes einen Beitrag zu leisten.“ – Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Herr Ministerpräsident, dann schauen wir uns an, was Sie da machen, wo Sie unmittelbare Verantwortung tragen, nämlich hier im Land. Da konterkarieren Sie genau die Finanzpolitik des Bundesfinanzministers.

(Beifall der CDU)

Andere Bundesländer zeigen aber ganz genau, dass es auch anders geht.

(Ministerpräsident Beck: Tragen Sie einmal die hessischen Zahlen vor!)

– Herr Ministerpräsident, ich trage Ihnen jetzt die bayerischen und die sächsischen Zahlen vor. Im Übrigen zahlen die Hessen in den Finanzausgleich ein, während Sie aus dem Finanzausgleich herausholen. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Meine Redezeit würde aber nicht dafür ausreichen, um darauf einzugehen.

(Beifall der CDU)

Kehren wir also zu denen zurück, die sich anstrengen. In Bayern – im Übrigen bis Ende der 80er-Jahre selbst Nehmerland – ist die Neuverschuldung auf Null zurückgefahren worden. In Sachsen ist das zum Jahr 2008 vorgesehen.

(Ministerpräsident Beck: Schauen wir mal!)

– Herr Ministerpräsident, es gibt noch mehr Bundesländer. Baden-Württemberg, dessen Haushalt gegenüber Rheinland-Pfalz ein beinahe dreifaches Volumen von über 30 Milliarden Euro aufweist, senkt seine Neuverschuldung gegenüber der Finanzplanung um 0,6 Milliarden Euro auf 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2007 und auf 0,85 Milliarden Euro im Jahr 2008. Das Land hat einen schuldenfreien Haushalt für das Jahr 2011 anvisiert. Wir nicht!

Schleswig-Holstein – interessant, ein Land mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung – verringert nach dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2007/2008 schon 2007 seine Neuverschuldung und hat insgesamt die Situation, dass es die Schulden bis 2008 ebenfalls weitestgehend tilgt.

(Ministerpräsident Beck: Sagen Sie mal etwas zum kommunalen Finanzausgleich!)

Dann haben wir Rheinland-Pfalz. Wir bekommen 567 Millionen Euro mehr, davon, wenn ich es richtig gesehen habe, etwa 280 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer. Wir aber erhöhen unsere Schulden.

Herr Ministerpräsident, dann haben wir auch noch Nordrhein-Westfalen, das ebenfalls in der Nachbarschaft liegt. Die senken ihre Neuverschuldung ebenfalls, und zwar bei fast 50 Milliarden Euro auf 4,35 Milliarden Euro.

Niedersachsen – ja, ich meine, man muss es Ihnen schon sagen, weil Sie wohl die Zahlen nicht kennen – finanziert 2007 nur noch rund 6,25% seiner Ausgaben mit Krediten, während es in Rheinland-Pfalz 8,3% allein im Kernhaushalt sind. Es ist deutlich mehr, wenn man die Nebenhaushalte präzise dazurechnet.

Ich muss mich fragen, warum das in Rheinland-Pfalz nicht funktionieren soll, wenn es in anderen Bundesländern funktioniert.

(Beifall der CDU)

Das muss die Landesregierung doch einmal darlegen. Als Jurist würde ich sagen: Es gibt Bundesländer, die den Anscheinsbeweis erbringen, dass man konsolidieren kann. Jetzt beweisen Sie einmal, warum das hier nicht geht. Ich kann es Ihnen sagen: Ihnen fehlt nämlich der Mut und der Gestaltungswille. Deshalb ist das so.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, dann gibt es natürlich auch noch etwas zum Haushalt in punkto Transparenz zu sagen. Seriöses Haushalten setzt eigentlich Transparenz voraus. Da können wir uns nicht nur den Kernhaushalt anschauen, weil das zu einfach wäre.

Herr Finanzminister, ich muss Ihnen da schon ein Kompliment machen. Den Haushalt verstehen tatsächlich nur noch Finanzexperten, während alle Normalbürger damit überhaupt nichts mehr anfangen können.

Ich werde Ihnen jetzt sagen, wo Sie den Menschen Sand in die Augen streuen und damit Dinge aufbauen, die so überhaupt nicht stimmen. Sie nutzen Rechen-tricks beim Pensionsfonds. Die Konsolidierung selbst begründen Sie mit einer steigenden Zahlung in den Pensionsfonds. Oh weh, oh weh, aber da kommt der Rechnungshof und sagt – ich zitiere –: „Einsparungen in Höhe der Zuführungen sind bislang nicht konkret nachgewiesen.“

Herr Finanzminister, der Rechnungshof konterkariert Ihre Argumentation. Die Zahlungen in den Pensionsfonds, die Sie erhöhen, sind reine Kreditaufnahmen im Haushalt. Sie finanzieren das mit Zinsen. Das ist so, als wenn jemand bei der Bank A einen Kredit aufnimmt, um dann bei der Bank B mit diesem Geld Aktien zuzukaufen. Ich glaube, so jemand nennt man Spekulant.

(Beifall der CDU)

Genau das macht das Land, jedoch nicht ganz so, sondern es leistet es sich noch, nur noch in Anlagen mit niedrigem Risiko und dafür mit nicht ganz so hohem Ertrag zu investieren.

Herr Finanzminister, das ist, wenn wir Glück haben, eine Nullsumme, und wenn wir Pech haben, ein Minusgeschäft. Sie tragen mit dieser Konstruktion nicht dazu bei, dass die künftigen Pensionslasten abgesichert sind. Plastisch dargestellt kaufen Sie ein Auto, schlachten es aus, nehmen das, was Sie ausgeschlachtet haben und kaufen sich dafür noch ein Auto. Dann schlachten Sie das Auto auch wieder aus und bauen sich noch ein Schwimmbad, aber ohne Wasser. Dann sagen Sie: Ich habe zwei Autos und ein Schwimmbad.

Herr Minister, das ist aber alles hohl.

(Beifall der CDU)

Das können wir doch für die nachfolgenden Generationen nicht akzeptieren. Sie legen hier keine Transparenz an den Tag.

Ich muss Sie auffordern, den Leuten ehrlich zu sagen, dass hier nur Schuldscheine hin- und hergeschoben werden, und zwar, ohne irgendwo Vermögen zu aktivieren. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Was hat das jetzt mit dem Schwimmbad zu tun?)

Herr Finanzminister, dann kommt der Trick des Jahres. Es gibt ein PLP-Management. Wissen Sie eigentlich alle, wie das funktioniert? Das Land gründet eine Firma. Diese Firma nimmt bei einer Bank Geld auf und kauft vom Land selbst – also von sich – Vermögenswerte wie Häuser und Ähnliches.

(Zuruf von der SPD: Ein Auto!)

– Ein Auto, aber kein hohles. Dann hat die Firma des Landes kein Geld mehr, sondern bei der Bank Schulden, und das Land erhält – eigentlich wieder von sich selbst – Geld, das dann eine Einnahme sein soll. Tatsächlich hat das Land aber über eine juristische Konstruktion mit einem Zwischenglied den Kredit direkt aufgenommen und damit Schulden und keine Einnahmen produziert.

(Beifall der CDU)

Herr Finanzminister, das müssen wir den Leuten auch so sagen.

Die Vermögenserträge, die herausgenommen worden sind, können Sie nun auch nicht mehr als Einnahmen in den Landeshaushalt einstellen. Ich weiß nicht, ob man mir folgen konnte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das sind sehr undurchsichtige Strukturen. Ich habe es sogar noch so erklärt, dass es jeder verstehen könnte. Ich könnte natürlich auch die Rede des Herrn Ministers von gestern nehmen. Diese wäre schwieriger zu verstehen. Das gebe ich offen zu.

Herr Minister, Sie haben es versucht, aber leider haben wir Sie ertappt.

(Beifall der CDU)

Nach der Landesverfassung – das ist unstrittig – darf das Land pro Jahr nicht mehr neue Schulden machen, als es für Investitionen ausgibt. Dann kommen wir zu der ganz spannenden Frage: Wie definiert man Investitionen?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, das legen Sie eindeutig zu Ihren Gunsten aus. Die Zahlungen in den Pensionsfonds sind dabei fast das stärkste Stück. Interessanterweise – hier befinden wir uns ganz genau auf der Linie mit dem Rechnungshof – gibt es so etwas in keinem anderen Bundesland, das einen Pensionsfonds aufgelegt hat. Dort sind tatsächlich effektive Mittel eingespeist worden, die für die Rücklage und die Pensionszahlungen zur Verfügung stehen.

Eine Landesregierung, die ihre Haushaltsmisere dadurch bekämpft, dass sie sich selbst Geld leiht, ist fast so gut wie Münchhausen, der sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen will.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits gesagt. Ich trete dafür ein, dass unsere Kinder und Enkel irgendwann auch noch einmal eine Chance haben, in diesem Land zu gestalten und sich zu bewegen. Eigentlich ist es doch so, dass Familien, Eltern und Großeltern, immer wollen, dass es den Kindern und Enkeln besser geht. Das machen Sie hier anders. Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, hier geht es nach dem Motto: Sie nehmen den Kindern und Enkeln das Geld,

damit es Ihnen und nicht den Kindern und Enkeln heute besser geht.

(Beifall der CDU)

Ich halte das für unfair, ungerecht und unsozial.

(Beifall der CDU)

Deshalb muss ich an Ihr Gerechtigkeitsempfinden appellieren. Es gibt auch eine Gerechtigkeit zwischen den Generationen und nicht nur zwischen uns. Ich fühle mich gegenüber den nachfolgenden Generationen zur Solidarität verpflichtet.

Wenn ich mir den Schuldenhaushalt der Landesregierung ansehe, muss ich mich fragen: Wo bleibt die Solidarität der Sozialdemokraten, oder pflegt die von einer absoluten Mehrheit getragene sozialdemokratische Landesregierung lieber eine Solidarität der Besitzstandswahrer?

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen das aus persönlicher Überzeugung. Den weiteren Marsch in den Schuldenstaat können wir so nicht fortführen.

(Beifall der CDU)

Ich bin der Auffassung, dass man dem Wähler sagen muss: Wenn es so weitergeht, wird irgendwann kein Geld mehr zur Verfügung stehen, um zu arbeiten, sondern nur noch Geld vorhanden sein, um Schulden zu bezahlen. – Ich habe den Anspruch, für mehr Nachhaltigkeit, mehr Ehrlichkeit, mehr Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit in der Haushaltspolitik zu sorgen.

(Beifall der CDU)

Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik bedeutet primär die Rückführung der Schulden. Dazu gibt es keine Alternative, wenn wir den Kindern und Enkeln noch Luft lassen wollen.

Herr Finanzminister, Ehrlichkeit in der Haushaltspolitik bedeutet auch mehr Transparenz. Bezüglich der Steuermehreinnahmen und der Höhe der Neuverschuldung im neuen Doppelhaushalt rechnen Sie mit dem Jahr 2005. Das war ein Jahr, in dem das Verschuldungsniveau mit 1,8 Milliarden Euro exorbitant hoch war. Dann erzählen Sie gestern, dass es viel besser als 2005 geworden ist. Sie hätten besser gesagt, dass alles so wie 2006 geblieben ist. Wir müssen Ihnen vorwerfen, dass Sie daran nichts ändern.

(Beifall der CDU)

Glaubwürdigkeit in der Haushaltspolitik bedeutet für mich, dass wir den Menschen klar sagen, dass die politischen Gestaltungsmöglichkeiten derzeit eng begrenzt sind. Das wissen die Menschen. Noch sind wir Politiker keine Insolvenzverwalter.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Herr Hartloff, nur wenn wir eine strenge Haushaltsdisziplin an den Tag legen und uns auf die Schwerpunkte

konzentrieren, erreichen wir das, was wir wollen, nämlich eine wirkliche Konsolidierung. Die Berechenbarkeit in der Haushaltspolitik muss auch dazu da sein, damit beispielsweise Beamtinnen und Beamte schon heute wissen, dass sie eine verlässliche Altersversorgung und keinen aufgebauten schönen Schein haben, der hohl ist.

(Beifall der CDU)

Ich bin mir ganz sicher: Nur wenn es uns gelingt, auf uns zukommende Lasten gerecht zu verteilen, sind alle Bürgerinnen und Bürger gern bereit, ihren Anteil mitzutragen.

(Licht, CDU: Wenn sie wissen, wofür!)

Dass es ohne eine Reduzierung der Ausgaben nicht geht, dürfte uns allen klar sein und ist auch der Bevölkerung klar. Der Löwenanteil des Landeshaushalts liegt in den Personalkosten.

Herr Ministerpräsident, um noch einmal auf die anderen Bundesländer zurückzukommen, die ich zitiert habe: Wo ist denn Ihre Konzeption, wie Sie weiter vorgehen wollen? Wie viele Ebenen wollen Sie erhalten? Welche Aufgabenkritik beschreiben Sie? Welche Aufgaben muss das Land übernehmen?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Welche hätten Sie denn gern?)

Welche braucht es nicht mehr?

Wo ist Ihre umfassende und in anderen Bundesländern praktizierte Reform der Verwaltung unseres Landes, und zwar eine wirkliche Reform? Wir brauchen Verwaltungsvereinfachung, keine Doppelzuständigkeiten

(Beifall der CDU)

und eine Verlagerung der Kompetenzen von oben nach unten, weil die Menschen vor Ort wissen, für was sie das Geld brauchen.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, was wir dabei nicht brauchen, ist eine Arbeitsgruppe, die fünf Jahre ohne irgendeine Zielvorgabe nach Lösungen sucht und dann im Jahr 2014 wie Phönix aus der Asche das neue Modell präsentieren wird.

Wir brauchen diese Verwaltungsreform sehr dringend, Herr Ministerpräsident. Das wissen Sie auch.

Es darf nicht sein, dass durch eine Verwaltungsreform – das ist in der Vergangenheit so passiert – die Wege länger werden und die Kosten höher. Im Ergebnis wurden teilweise nur Türschilder ausgewechselt, habe ich mir jetzt vom Kollegen Pörksen sagen lassen. Das hat er einmal in Mecklenburg-Vorpommern so erwähnt. Das ist weit weg, da kann man das vielleicht leichter sagen.

Leider ist er heute nicht da, deshalb müssen wir ihn das nächste Mal fragen, was er damit gemeint hat. Ich kann mir schon sehr gut vorstellen, was er in Rheinland-Pfalz gemeint hat.

Vielleicht sollten Sie ihn auch einmal fragen, was er gemeint hat. Dann kommen Sie auch zur Lösung, wie man einen soliden, sauber durchorganisierten Apparat verschlankt, vereinfacht, mit einer Aufgabenkritik versehen auch wieder kostenneutraler darstellt.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, seit 2001 schieben Sie bei den Haushaltsresten 540 Millionen Euro vor sich her. Haushaltsreste sind die Bereiche, in denen man im Haushalt die Finanzen ein bisschen höher ansetzt und die Zahlen erhöht, die man aber nicht alle ausgegeben hat.

(Ministerpräsident Beck: Ist das auch wieder verkehrt?)

Jetzt passiert Folgendes: Sparen tun Sie nicht. Die tragen sie weiter vor.

Solide Finanzen beginnen aber bekannterweise damit, dass man das, was an Haushaltsresten vorhanden ist – sofern möglich –, auch in den Haushalt einstellt und nicht einfach immer wieder nach vorn trägt.

Man muss sich auch einmal fragen, woran das liegt und warum Sie das machen. Vielleicht auch deshalb, damit Sie in den weiteren Jahren mit Spenderhosen durch das Land fahren können? Ich weiß es nicht.

(Harald Schweitzer, SPD: Sein Name ist Hase!)

Deshalb muss sich die Landesregierung schon am Riemen reißen. Sie muss auf überhöhte Ausgabenplanungen verzichten.

Sie sollte die Mahnung des Rechnungshofs endlich beherzigen. Ich zitiere: „Mehreinnahmen und Minderausgaben im Haushaltsvollzug sind – soweit verfügbar – vorrangig zur Verminderung der Neuverschuldung einzusetzen.“ – Zitat Ende.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Die Menschen sollten wieder von der Landesregierung das Gefühl vermittelt bekommen, dass man die Treppe von oben nach unten kehrt. Wenn die Spitze des Landes von Einsparungen verschont bleibt, dann gibt es logischerweise keine Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wenn die Landesregierung die Zahl der Staatssekretäre erhöht, eine zusätzliche Chefstelle mit Ausstattung, die jährlich einen sechsstelligen Betrag an Steuergeldern ausmacht, geschaffen wird,

(Zuruf des Abg. Licht, CDU –
Ministerpräsident Beck: Machen Sie nicht noch einmal so einen Fehler!)

wenn sowohl in der Staatskanzlei, im Staatsapparat und in der Landtagsverwaltung als auch in den Ministerien seit Übernahme Ihrer Regierungsgeschäfte das Personal ausgebaut wird, – –

(Frau Schmitt, SPD: Konkret?)

– Mache ich Ihnen nachher. Sie werden sich wundern.

– – wenn die Haushaltsansätze für Öffentlichkeit immer weiter nach oben gehen und gleichzeitig Personalknappheit bei Lehrern und der Polizei vorherrscht, dann ist das für die Bürgerinnen und Bürger nicht vermittelbar.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie betreiben leider keine Aufgabenkritik. Dabei sind Sie wieder einmalig in dieser Bundesrepublik.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist es! So ist es!)

Die Haushaltsansätze für Öffentlichkeitsarbeit – das ist auch ein Phänomen – steigen in Rheinland-Pfalz. Statt teurer Hochglanzbroschüren sollte die Landesregierung lieber gute Politik machen.

(Beifall der CDU)

Wie Sie wissen, solide Politik braucht keine Erklärung auf Hochglanzbroschüren, die verstehen die Menschen auch so.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt!)

Ich darf Ihnen einige Ministerpräsidentenkollegen aufzeigen:

Christian Wulff, seit Regierungsantritt Haushalt der Staatskanzlei von 45 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro zurückgeführt;

Ministerpräsident Carstensen, Repräsentationsausgaben um 217.000 Euro vermindert;

Ministerpräsident Beck, 2,5 Millionen Euro für zwei Jahre mehr.

(Frau Schäfer, CDU: Davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden! –
Ministerpräsident Beck: Sie laufen schon wieder in eine offene Falle! –
Heiterkeit bei der SPD)

Wer ein so schlechtes Beispiel gibt, der kann von seinen Kabinettskollegen nicht glaubwürdig Sparsamkeit einfordern.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie von einer Falle sprechen, dann darf ich Ihnen den Kommentar aus dem SWR zum Haushaltsentwurf noch kurz vorlesen.

Ich zitiere: „Bis 2011 wird der Schuldenstand des Landes wohl die 30-Milliarden-Euro-Grenze erreichen. Heute sind es rund 26 Milliarden Euro.“

Das Versprechen von einst, ein Haushaltsjahr einmal ohne Neuverschuldung anzusteuern, hat Regierungschef Beck leider nicht mehr wiederholt. Stattdessen verweist die Regierung stolz darauf, sie halte die Verfassungsgrenze ein nach der Formel: Mehr Investitionen als neue Schulden.

Aber das allein darf kein Freibrief für das Schuldenmachen sein. Wer seinen Dispokredit zwar nie überzieht, aber immer in den Miesen bleibt, der macht auf Dauer etwas falsch. Die Staatskanzlei wird diese Darstellung sicher widerlegen wollen. Das lässt sie sich einiges kosten; denn ihr Jahresetat für Öffentlichkeitsarbeit wird mehr als verdoppelt.“ –

(Beifall der CDU –
Bracht, CDU: Hört! Hört!)

Ich bedanke mich ausdrücklich beim SWR für diese klare Analyse.

(Keller, CDU: Der arme Intendant!)

Es gibt eine Reihe von Versprechungen.

(Ministerpräsident Beck: Wer zuletzt lacht, lacht am besten!)

Herr Ministerpräsident, nehmen Sie es mir nicht übel. Sie dürfen davon ausgehen, dass es auch Dinge gibt, die ich an Ihnen schätze.

(Ministerpräsident Beck: Da muss ich etwas falsch machen!)

– Sie gehen doch auch auf den Fußballplatz, so wie ich. Machen Sie da etwas falsch?

Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Sie haben seit 1995 mehrfach nicht das gesagt, was Sie wirklich tun. Ich habe heute Morgen Herrn Bütikofer im Radio gehört. Der ist ganz böse zu Ihnen gewesen.

Ich möchte Ihnen einmal sagen, was Sie am 2. November 1995 im Plenum erklärt haben. Sie haben gesagt: „Die Neuverschuldung wird für das Jahr 1996 sinken. Sie wird im Jahr darauf erneut absinken. Das ist die entscheidende Marge. Das ist entscheidend: Ob wir bei der Neuverschuldung draufsatteln oder sie nach unten fahren.“ –

Bravo, da kann ich Ihnen nur zustimmen, Herr Ministerpräsident. Da sind wir uns einig.

(Zuruf des Ministerpräsidenten)

Schauen wir uns an, was dann wirklich geschehen ist.

(Licht, CDU: Es war einmal! So beginnen bei Ihnen alle Märchen!)

1996 stieg die Neuverschuldung um fast 300 Millionen DM – da hätten Sie heute Glück, das wäre die Hälfte in Euro – auf 1,996 Milliarden DM, 1997 auf 2 Milliarden DM.

Kein einziges Versprechen, solider zu wirtschaften, wurde jemals von Ihnen und der SPD in Rheinland-Pfalz eingehalten.

(Beifall der CDU)

Sie haben ein Stadium erreicht, in dem Sie beim besten Willen für die Zukunft keine Versprechungen mehr ma-

chen können. Stattdessen versehen Sie einen Haushalt mit dem Etikett „Solide“ – dabei ist der völlig überschuldet.

Ganz offen gesprochen, es fällt schwer, diesen Haushalt überhaupt noch als verfassungskonform zu betrachten. Wir sollten vielleicht einmal ein Definitionenbuch über Einnahmen und Investitionen erstellen.

(Ministerpräsident Beck: Das gibt es schon! –
Hartloff, SPD: Wenn Sie das selbst definieren!)

– Herr Ministerpräsident, das Buch, das es gibt, habe ich mir angeschaut. Darin steht aber etwas anderes als das, was Herr Professor Deubel erzählt hat.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Nein, nein! –
Hartloff, SPD: Da sind Sie
auf einem Holzweg!)

Sie wissen es selbst, da muss man Ihnen auch den Spiegel vorhalten: Sie haben in den guten Jahren das Geld verprasst. Man hätte eigentlich in den guten Jahren für schlechte Jahre vorsorgen müssen.

(Licht, CDU: Jetzt passt das Mertes-Zitat!)

Aber Sie haben, wie immer in schöner sozialdemokratischer Manier, die populäre Spendierhose angezogen und Ihren eigenen Behördenapparat aufgebläht, und nun versuchen Sie, das noch als Erfolg zu verkaufen. Herr Ministerpräsident, das macht Ihnen so schnell wirklich keiner nach!

(Beifall der CDU)

Ich wiederhole noch einmal, was wir brauchen.

(Ministerpräsident Beck: Das kann man
gar nicht oft genug sagen!)

– Das ist richtig, damit Sie es auch irgendwann einmal behalten und beherzigen!

Wir brauchen Klarheit und Wahrheit in der Finanzpolitik und auch einmal den Mut zu einem unbequemen Weg. Wir brauchen weniger Staat, mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, mehr wirtschaftliche Nüchternheit.

(Zuruf von der SPD: Das sind Plattitüden!)

Wir brauchen mutige Strukturreformen.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD: Weniger Plattitüden,
das wäre besser!)

Das sind eigentlich die Bausteine, die die Politik wirklich anpacken muss, um unsere Probleme zu lösen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Andere Bundesländer tun dies. Daher appelliere ich an Sie, diese Grundsätze zu beachten, weil Rheinland-Pfalz

eine solche Politik dringend braucht, vor allem für unsere Kinder und Enkel.

(Frau Schmitt, SPD: Wenn wir jetzt noch wüssten,
wie Ihre Vorschläge aussehen,
wären wir auch schlauer!)

Wir brauchen diese Bausteine für eine Politik, die mehr Arbeit, mehr Bildung und mehr Zukunft bringt, für eine Politik für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Herr Ministerpräsident, ich wiederhole es noch einmal: Sie erklären uns bitte noch einmal, nachdem Sie kein Einnahmenproblem mehr haben, was immer Ihr großer Ansatz in den letzten Jahren war, weshalb Sie trotzdem weiter verschulden.

(Beifall der CDU)

Ich appelliere an Sie eindringlich – und dabei finden Sie uns bei sich im Boot –,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

konsolidieren Sie diesen Haushalt! Nicht mehr und nicht weniger ist gefordert! Beweisen Sie uns, warum es hier nicht gehen soll.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD: Die Verzweiflung
hat einen Namen!)

Präsident Mertes:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Jochen Hartloff. – Bitte schön!

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Baldauf, ich bin durchaus mit einer Aussage, die Sie getroffen haben, sehr einig: Wir glauben auch an die Fähigkeiten der Menschen in unserem Land, und wir unterstützen die Menschen in ihren Fähigkeiten, damit sie weiterkommen in diesem Land, und wir geben das Korsett für das, was dieses Land tut, mit dem Doppelhaushalt vor, der vorgelegt wurde.

(Zurufe von der CDU –
Beifall der SPD)

Ihre These lautet: Sparen, damit es den Kindern und Enkelkindern gut geht.

(Licht, CDU: Das Korsett schnüren Sie so stark,
dass die Luft wegbleibt!)

Aber so, wie Sie diese These durchdekliniert haben, klingt dies – entschuldigen Sie! – ein bisschen so, wie sich dies vielleicht Lieschen Müller vorstellt.

(Beifall der SPD)

Ich hoffe, in diesem Land gibt es kein Lieschen Müller, ich möchte ihr nicht zu nahe treten. Aber so einfach ist die Welt nicht!

(Zurufe von der CDU)

Ich habe das Gefühl gehabt, der gute Herr Baldauf möchte gern Lotto spielen, oder er stellt sich vor, auf einer einsamen Insel in der Südsee zu leben, wo die Sonne nicht untergeht und wo immer nur warmes Wetter herrscht, nicht aber eine Veränderung der Welt, wie wir sie derzeit erleben, der wir uns stellen müssen und bei der wir uns in Rheinland-Pfalz auch durch die Politik und den Einsatz der Menschen in diesem Land gut behaupten und in Zukunft auch fortentwickeln können.

(Beifall der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Und die anderen Länder?)

Sie sprachen von einer Schuldenfalle.

(Baldauf, CDU: Ja, Rheinland-Pfalz ist
in der Schuldenfalle!)

Kein Mensch in diesem Hause und darüber hinaus bestreitet, dass es eine schwierige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Das gilt natürlich auch für das Land Rheinland-Pfalz. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber wir haben gesehen, dass wir in dieser schwierigen finanziellen Situation die richtigen Schritte eingeleitet haben, damit sich unser Land positiv weiterentwickeln kann. Das muss die Zielvorstellung für das Land sein. Schulden sind kein Selbstzweck, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU)

Schulden sind notwendig, damit man etwas bewegen kann. Wir sind in einem Bereich geblieben, der sich in etwa in einer Größenordnung der Steigerung der Lebenshaltungskosten oder der Inflationsrate von 1,5 % bewegt.

Im Übrigen ist die Neuverschuldung wesentlich besser als in den meisten anderen Ländern, die Sie geschildert haben.

(Zurufe von der CDU: Das haben wir
gerade gehört! Genau das haben
wir gerade gehört!)

Die Zunahme ist geringer. – Ja, das wollen Sie nicht wahrhaben.

(Zuruf der Abg. Frau Wopperer, CDU)

Im Zeitraum von 2003 bis 2005 gab es die niedrigste durchschnittliche jährliche Steigerung der Verschuldung. In Rheinland-Pfalz betrug sie 5,7 %, im Vergleich dazu betrug sie in Baden-Württemberg 5,8 %, in Niedersachsen 6,1 %,

(Baldauf, CDU: Geberland!)

in Bayern 6,4 %,

(Baldauf, CDU: Geberland!)

in Hessen 6,8 %

(Baldauf, CDU: Geberland!)

und in Nordrhein-Westfalen 7,2 %. Auch im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung hat sich Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren deutlich verbessert. Aber für die Realität haben Sie wenig Sinn.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, entschuldigen Sie einmal! – Unsere Fraktionskassen sind wahrlich nicht so riesengroß. Aber wenn man in einem Jahr über 400.000 Miese erwirtschaftet

(Zurufe von der CDU)

und dann behauptet, man könnte alles besser, ohne Sparvorschläge zu unterbreiten, dann muss man sich sehr an die eigene Nase fassen.

(Zurufe von der CDU –
Baldauf, CDU: Das ist sehr unqualifiziert!
Das ist eine Frechheit! Bin ich daran schuld? –
Beifall der SPD)

– Das tut weh!

(Abgeordnete Frau Wopperer, CDU, zeigt
mit dem Daumen nach unten)

Die Kollegin in der hintersten Reihe zeigt mit dem Daumen nach unten. Wahrscheinlich ist das die Richtung, die Sie angeben. Keine Frage!

(Frau Wopperer, CDU: Sie! Sie
geben diese Richtung an! –
Beifall der SPD)

Nein, an der eigenen Nase gefasst zu werden, ist nie ganz charmant, das weiß ich. Aber es geht natürlich um politische Auseinandersetzungen. Dazu muss ich ein Weiteres sagen. Herr Kollege Böhr hat die Sparplatte bei der letzten Haushaltseinbringung auch aufgelegt, aber eleganter als Sie, Herr Baldauf.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben langfristiges Denken eingefordert. Ja, langfristiges Denken zeichnet diese Landesregierung aus,

(Bracht, CDU: Wo denn?)

zeichnet die Politik aus, die wir in diesem Land machen. Das Leitbild ist die Nachhaltigkeit.

(Bracht, CDU: Nachhaltig miserabel!)

Dass man bei einem Haushalt immer über Investitionen und über das eine oder andere streiten kann, ist doch

überhaupt keine Frage. Ich freue mich auf diese Diskussion.

(Bracht, CDU: Darum geht es nicht!
Es geht um die Linie!)

– Ach, darum geht es nicht? Das ist der richtige Einwurf. Das stand von Herrn Baldauf schon vorher in der Zeitung. Ich zitiere die „Rhein-Zeitung“, dass Vorschläge überhaupt nicht gemacht werden. Darum geht es nicht.

(Zurufe von der CDU)

Politik als Wettbewerb dessen, was dargestellt wird.

Jetzt setzen Sie die Bildung in den Mittelpunkt. Ja, wir sind uns einig, dass Bildung im Mittelpunkt der Politik steht. Deshalb hat das Land Rheinland-Pfalz vor etlichen Jahren, auch schon vor PISA, die Entscheidung getroffen, dass wir mit Ganztagschulen Investitionen im Bildungsbereich gestalten und wir diese weiterführen.

(Bracht, CDU: Mit welchen bildungs-
politischen Erfolgen? –
Lelle, CDU: Klemm-Gutachten!)

– Wir können uns viele Gutachten gegenseitig an den Kopf werfen. Glauben Sie, dass Politik insbesondere im Bereich Bildung so funktioniert, dass man einen Schalter umstellt, und dann ist das Lämplein an, dann nimmt man den Schalter wieder zurück, und dann ist es aus?

(Bracht, CDU: Es sollte nur wieder
aufwärts gehen!)

Es passt in das Schema der Rede von Herrn Baldauf, dass so etwas funktionieren wird. Es sind langfristige Perspektiven, die wir im Bereich der Bildung anlegen.

Wenn wir sagen, dass wir Kinder ganz von Anfang an ab dem zweiten Lebensjahr fördern, wir den Kindergarten Schritt für Schritt als eines der ersten Bundesländer kostenfrei gestalten – als erstes Bundesland im Westen – und wir das über die Schule weiterführen und letztlich auch das Studium gebührenfrei halten, dann ist das eine ganz langfristige und nachhaltige politische Perspektive.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch einmal über den Gartenzaun schauen – Sie haben das auch getan –, was über die anderen Bundesländer gemeldet wird. Ich zitiere mit Einverständnis des Präsidenten aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. September 2006. Der Artikel hat die schöne Überschrift: „Wenn Schüler Unkraut rupfen“. Es geht dort um die Jahrestudententafeln, die es im Land Hessen gibt, und um die Unterrichtsgarantie, die es dort gibt. Personalräte, Schülerinnen und Schüler schildern, dass dann, wenn keine Fachkräfte vorhanden sind, einfach die Studententafel geändert wird.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist doch
bei uns auch so! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, das ist bei uns nicht so. Auch Ihre Behauptung macht das nicht anders, auch nicht die Behauptungen von Seppel Keller, der jetzt nicht da ist, zum Stundenausfall. Das ist nicht so.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Sie wollen den Vergleich nicht sehen. Sie haben dann das gelobte Ländle Baden-Württemberg ausgebreitet, Herr Baldauf. Auch da darf ich zitieren, und zwar aus „Das Parlament“ vom 25. September 2006: „Semantische Rettung eines Wahlversprechens in Baden-Württemberg“, „Lehrer im Stellenplan versteckt“. Ich darf zitieren: „Für Erstklässler beginnt die neue Zeit im Klassenzimmer gemeinhin mit süßen Überraschungen aus der Schultüte. Die Neuigkeiten, die Baden-Württembergs CDU-Kultusminister Helmut Rau jetzt nach Ferienende zum Auftakt des Unterrichtsjahrs aus seiner politischen Wundertüte zauberte, dürften Pädagogen, Eltern und Schülern und einer erstaunten Öffentlichkeit hingehen eher bitter schmecken.“

In den nächsten beiden Jahren werden 521 Lehrerstellen nicht wieder besetzt, auch wenn sie nicht aus dem Personalplan eliminiert werden. Semantisch finessenreich unterscheidet Rau zwischen Stellenstreichung und Nichtbesetzung, um so dem von SPD und Grünen erhobenen Vorwurf des Wahlbetrugs zu begegnen. Doch wie auch immer. Es wird in den Schulen 521 Pädagogen weniger geben.

Vor den Landtagswahlen“ – man höre und staune – „im Frühjahr war Günther Oettinger mit einem echten Wahlkampfknüller durch Schwaben und Baden gezogen, der vor allem der SPD viel Wind aus den Segeln nahm: Trotz absehbar sinkender Schülerzahlen und trotz einer harten Rotstiftpolitik angesichts des gewaltigen Schuldenbergs im Etat würden in Baden-Württemberg keine Lehrerstellen gestrichen, verkündete der CDU-Ministerpräsident.“ Und so weiter. So viel zur Frage von Glaubwürdigkeit in anderen Ländern, was man vor den Wahlen verspricht und was man nachher hält.

Wie sieht das im Land Rheinland-Pfalz aus? Wir haben vorher gesagt, dass wir verstärkt Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Im Haushaltsplan können Sie das mit über 200 Stellen pro Jahr finden.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben in großen Worten die Verschuldung des Landes herausgekehrt, die in der Tat ein Problem ist.

(Licht, CDU: In der Tat! –
Weitere Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Zinslasten sind knapp 10 % unter dem, was wir per anno ausgeben. Fast 40 % sind Ausgaben in das Personal, das wir haben. Genau sind es 39 %. Sie fragen immer, wo wir denn sparen und wo die Sparvorschläge kommen. Wenn Sie in Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, der Katasterverwaltung oder der Polizei sind, dann sagen diese Ihnen immer alle in den Gesprächen – ich könnte Ihnen viele andere Bereiche nennen –: Oh je, wir sind ganz schön

knapp dran und wissen nicht, wie wir mit den Aufgaben rund kommen sollen, die wir haben. –

(Zuruf der Abg. Frau Beilstein, CDU)

– Ja, man darf sie nie fragen, wenn man mit ihnen redet, Frau Kollegin. Das mag Ihr Stil sein, der unsere ist es nicht.

Sie wissen genau, dass wir erhebliche Reformen durchgeführt haben. Wir haben Reformen in der Finanzverwaltung, der Forstverwaltung und der Katasterverwaltung gemacht, wie ich sie alle aufzähle.

(Bracht, CDU: ADD!)

Wer stand denn draußen, als die Demonstrationen waren, und hat gesagt, „Ihr habt doch recht“, wenn es um Kürzungen ging?

(Beifall der SPD)

Waren wir das, oder wart Ihr das, die sich so verhalten haben? Ich habe die Bilder noch zu Hause in der Schatulle.

(Beifall der SPD)

Nein, die Schulden des Landes sind kein Albtraum und keine Bürde, die nicht zu schultern ist, sondern sie sind ein Problem, das wir mit konstruktiver Politik lösen wollen und an dem wir weiter arbeiten.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Wann wollt Ihr anfangen? –
Weitere Zurufe der CDU)

Es ist keine Falle, wie Sie gesagt haben, sondern Sie sehen in der Finanzplanung, dass wir nicht mehr gezwungen sind, so viele Erlöse aus dem Landeshaushalt einzusetzen, und wir natürlich durch die gute wirtschaftliche Entwicklung und durch die notwendigen Steuermehreinnahmen profitieren. Ich schaue jetzt nun Herrn Kollegen Mertin an. Ich vermute gleich, dass er uns die Kritik bezüglich der Mehrwertsteuer präsentieren wird. Ich sage das aber ganz bewusst. Wir brauchen die Steuereinnahmen, damit wir weiterhin unsere Haushalte konsolidieren und damit wir das leisten können, was wir für die Menschen im Land auch tatsächlich leisten müssen.

Wenn wir so gut stehen, wie es im Moment im Land der Fall ist, und ich gestern Abend Herrn Wilbert in den Nachrichten gehört habe, der uns berichtet hat, wie optimistisch das Handwerk zurzeit die wirtschaftliche Lage einschätzt, es Aufträge hat, Geld hereinkommt, dass Einstellungen anstehen, dann ist das ein gutes Zeichen.

Wenn Sie dem Wirtschaftsminister Hering in der Vergangenheit zugehört haben, dann hat er die in Rheinland-Pfalz äußerst positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kommentiert. Sie haben in der letzten Debatte relativ lautstark aufgejault, als er den Vergleich gemacht hat, wenn die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen auf diesem Niveau wäre wie bei uns, dass

dann dort 300.000 Menschen mehr in Arbeit wären. Ich weiß, dass der Vergleich ein wenig wie ein Vergleich mit Äpfeln und Birnen ist. Das mag man nicht ganz gleichsetzen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Aber Sie sehen, wie wichtig eine solche Entwicklung ist. Diese ist gelungen und geht weiter, weil wir die Impulse in die Wirtschaft und in die Zukunft mit dem setzen, was wir investieren.

Ich bin froh, dass der Finanzminister gestern bei der Einbringungsrede den Investitionsbegriff weiter gefasst hat und er gesagt hat, es ist notwendig, dass man nicht nur – – –

(Zuruf von der CDU)

Frau Thomas hätte gesagt, man fasst den Investitionsbegriff zu sehr in Beton.

Die Investitionen, die wir in der Bildung leisten, sind für unser Land, das nicht die Ressourcen wie manch anderes Land hat, die Zukunftschancen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das ist das Notwendige für unsere Kinder. Das Geld finden Sie in dem, was wir in diesem Haushalt ausgeben.

(Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Da haben Sie sich
doch etwas vorgemacht!)

Lassen Sie mich zwei bis drei Anmerkungen zu dem machen, was Sie im Bereich der Finanzpolitik zur Verwendung des Pensionsfonds und dessen Einsatz gesagt haben.

Wie das manchmal so ist: Ich will gar nicht verkennen, dass Sie Entwicklungshilfe vom Rechnungshof bekommen haben. Was nützt allerdings die beste Entwicklungshilfe, wenn man sie nicht umzumünzen weiß, Herr Kollege?

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Wer ist denn in der Regierung?
Wer kann es ummünzen? Sie doch! –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich halte fest, Rheinland-Pfalz war das erste Land, das einen Pensionsfonds eingeführt hat.

(Zuruf von der SPD: Lernen Sie daraus! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Es gibt viele andere Bundesländer, die das kopieren und nachmachen. Es dient der Klarheit dessen, was ein Land für zukünftige Versorgungsaufwendungen aufzuwenden hat.

(Licht, CDU: In der Form? –
Bracht, CDU: Der Unterschied ist, dass andere
es anders machen, besser machen!)

– Ich weiß, andere machen es immer besser. Das gilt sogar für die CDU-Fraktion. –

(Weitere Zurufe von der CDU)

Das glaube ich? –

(Beifall bei der SPD)

Jetzt verhält es sich so, dass dieser Finanzierungsfonds natürlich ausgewiesen ist. Da ist die Anregung, die der Rechnungshof gibt, es sei die Frage zu prüfen, ob es wirtschaftlicher sei, wenn man aussetzt. Wir sind nicht dieser Auffassung. Wir teilen diese Auffassung nicht,

(Beifall bei der SPD)

weil das von Ihnen beklagte Klarheitsgebot dafür spricht, dass man einen solchen Finanzierungsfonds weiterführt und als Finanzierungsinstrument mit einsetzt. Das ist ganz deutlich gesagt worden.

Das gilt für andere Finanzierungen auch. Sie haben das Wohnungsbauvermögen angesprochen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich muss das für die Zuschauer, Zuhörerinnen und Zuhörer sagen. Wer weiß schon, was unter der PLP Management GmbH & Co. KG, einer Kommanditgesellschaft mit Beteiligung des Landes, zu verstehen ist.

(Licht, CDU: Wer weiß das schon!)

Sie wissen es, weil es in den Haushaltssitzungen dieses Landtags eindeutig erklärt worden ist und weil es der Finanzminister überzeugend dargelegt hat,

(Beifall bei der SPD)

dass es besser ist, wenn man Geld, wie es vielleicht Ihrer Vorstellung entspricht, nicht wie früher auf der Südseeinsel in der Schatztruhe mit Golddukaten hat, die irgendwann irgendjemand findet, sondern man mit vorhandenem Vermögen arbeitet und es anlegt, damit es bessere Früchte trägt.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wenn ich mich recht entsinne, haben Sie dem zugestimmt, dass wir es so machen.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

Was kümmert mich das Gerede von gestern? Sie waren auch davon überzeugt, dass es eine bessere Nutzung des Vermögens ist.

Ich möchte ergänzen, uns im Land zeichnet es aus, dass wir mit unternehmerischem Denken das Land führen. Das wird von Ihnen oft gescholten. Das gilt für Einrichtungen des LSV, des LBB und auch diese Instrumente wie PLP Management GmbH & Co. KG und vieles andere.

Wir verwechseln nicht das eine mit dem anderen. Wir sind als Land kein Unternehmen. Wir gehen nicht Schritte wie manches Unternehmen, was wir öffentlich sehen müssen. Das gilt beispielsweise für die Firma Siemens mit der Ausgliederung der Handysparte mit den Folgen für den deutschen Markt und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das können wir als Land nicht. Das wollen wir als Land nicht.

(Bracht, CDU: Sie geben Schulden aus!)

Das ist unverantwortlich.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Bracht ruft mir entgegen – ich sage das bewusst ein bisschen für das Publikum, Sie haben es wahrscheinlich nicht gehört –: „Sie geben Schulden aus.“ – Soll ich daraus schließen, dass Sie das Personal ähnlich behandeln wollen wie die Firma Siemens?

(Beifall bei der SPD)

Soll ich das daraus schließen? – Nein, ich glaube nicht.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das wollen Sie wahrscheinlich nicht. Wir haben andere Aufgaben. Wir sind in der Diskussion, was des Landes und was des Staates ist.

Sie haben vielleicht im „Pfälzischen Merkur“ den Artikel gelesen, in dem Herr Engels, unser langjähriger Stenograph, gewürdigt wurde. Ich möchte diese Stelle nutzen, ihm Dank für lange und gute Dienste zu sagen. Die Damen und Herren schreiben alles auf, was wir reden.

Herr Engels hat nur als ganz kleine Bemerkung festgestellt – das vielleicht auch als Griff an die eigene Nase, das will ich gar nicht wegnehmen –, als Hauptunterschied zu der Zeit, als er vor 40 Jahren in den Landtag eingetreten ist, benannte er: „Damals kannte ich im Landtag alle Kolleginnen und Kollegen, das waren nämlich 50. Heute sind das 250.“

Für viele gesellschaftliche Bereiche und Verwaltungen gilt, dass wir mit vielen neuen Aufgaben im Laufe der Jahrzehnte befasst sind. Vor 40 Jahren hat in Rheinland-Pfalz keiner davon geträumt, dass die SPD regiert wird. Auch hier hat sich eine Mehrung ergeben.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, im Jahr 1986 oder 1987, als die Zinsquote höher als heute war, hat auch nicht die SPD regiert. Das war die CDU.

(Baldauf, CDU: Sie haben es aber auch nicht besser gemacht.)

Das sind Vergleiche, um zu zeigen, auf welch dünnem Eis man sich manchmal bewegt, wenn man Kritik überhaupt und in welcher Form übt.

Natürlich gilt das als Mahnung, dass man immer all das, was das Land bzw. der Staat leistet, permanent auf den

Prüfstand stellen muss, ob es notwendig ist oder ob es Aufgabe des Staates ist oder vielleicht wegfallen kann. Ich bin natürlich gespannt darauf, welche Vorschläge Sie uns unterbreiten werden oder ob Sie bei dem bleiben, was Sie in der Zeitung gesagt haben, dass es nämlich nicht Aufgabe der Opposition ist, Vorschläge zu unterbreiten.

(Zuruf von der SPD: Das würde sie vielleicht überfordern!)

– Das würde sie vielleicht überfordern. Wir gehen in dieses schwierige Geschäft hinein und entscheiden das. Wir entscheiden es für die wichtigen Bereiche der Landespolitik.

Ich möchte einige Beispiele dazu aufzeigen.

Das Motto, das der Finanzminister gestern gewählt hat, ist meines Erachtens das notwendige Motto: Investieren, Konsolidieren, Vorsorgen ist ein Dreiklang. – Wir gehen mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sorgsam um. Keine Angst!

Wir gestalten die Politik in Rheinland-Pfalz nicht kurzatmig, sondern mit dem Mut zu richtigen Weichenstellungen für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder, nicht mit einem Verbrauch der Ressourcen, sodass für unsere Kinder nichts mehr da wäre.

(Baldauf, CDU: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

Wenn ich heute nicht investiere, werden sie später schlechtere Lebenschancen in diesem Land haben. Wir führen deshalb wichtige Projekte fort.

Jetzt lassen Sie mich darauf eingehen, was Sie gesagt haben. Sie sprachen von der Verwaltungsreform. Gemeint haben Sie wahrscheinlich die Reform der Kommunalverwaltung, des kommunalen Aufbaus, die wir angestoßen haben, wo wir mit den anderen Fraktionen, mit den Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind, im Gespräch sein wollen, wie wir in den nächsten Jahren hier Strukturen vereinfachen können, damit sie sich der demografischen Entwicklung anpassen.

(Baldauf, CDU: Nein, nein! Komplette von oben bis unten!)

Meine Damen und Herren, das ist Tagesgeschäft. Das ist auch notwendig. Selbstverständlich kommt da auf den Prüfstand, was eventuell die untere Ebene besser leisten kann, was die Verbandsgemeinde besser leisten kann und was andere machen können.

(Lelle, CDU: Anfangen damit! – Baldauf, CDU: So ist es!)

Was macht man besser zusammen? – Keine Frage ist, dass dies sowohl für uns als auch für Bürgerinnen und Bürger sehr schwer verständlich ist, wenn es in einer kleineren Stadt nebeneinander eine eigene Stadtverwaltung und eine eigene Verbandsgemeindeverwaltung gibt. Das muss man ändern. Das ist überhaupt keine Frage. Wir werden dabei aber auch nicht den Vorschlä-

gen, die die FDP einmal gemacht hat folgen, die da sagen, wir brauchen keine Verbandsgemeinden mehr, weil wir der Auffassung sind, dass die kleinen Gemeinden, die ehrenamtlich geführt werden, ein viel stärkeres Engagement an Ehrenamt hervorrufen, als wenn ich das zentral hauptamtlich mache, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn ich das aber so entwickle, dann ist das so, dass ich ein „back office“ – würde ich auf Neudeutsch sagen – brauche, nämlich eine Verbandsgemeinde, die die Verwaltungsgeschäfte führt. Wer dann wie was macht, darüber werden wir uns unterhalten. Das wird auch nicht erst im Jahr 2014 sein, sondern es liegen die Vorschläge auf dem Tisch, in welchem Zeitplan wir das im Lauf dieser Legislaturperiode vorbereiten, beschließen und dann auch umsetzen, Herr Kollege. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land einstellen.

Wenn ich meinen Freund Harald Schweitzer als Geschäftsführer der SGK hier sehe und Hans Hermann Schnabel – ich sehe ihn auch in der letzten Reihe –, also die Kommunalpolitiker sehe, dann sollten die an einem Strang ziehen, damit wir unser Land fit für die Zukunft machen, ähnlich wie es bei der Kommunalreform in den 70er-Jahren unter der Führung der CDU auch durchgeführt worden ist. Ich denke, das ist gemeinsame Zielstellung. Nur findet sich darüber natürlich, weil das erst später kommt und weil es finanziell keine direkten Auswirkungen hat, nichts in dem Vorschlag für diesen Doppelhaushalt.

Meine Damen und Herren, wenn ich auf einige Schwerpunkte, die wir in dem Haushalt haben, im Folgenden noch eingehe, dann, um deutlich zu machen, dass das Geld, das im Haushalt eingestellt ist, dafür da ist, dass Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz vernünftig leben können. Wir verstärken die Mittel im Bereich des Wirtschaftsministeriums, damit mittelständische Innovation gefördert werden kann, und das mit einem erklecklichen Betrag. Ich bin fast versucht zu sagen, Hans-Artur Bauckhage und Günter Eymael hätten davon geträumt, wenn sie das gehabt hätten. Es ist natürlich übertrieben. Wir werden uns ihre Kommentare anhören. Es ist eine richtige Verstärkung.

Herr Kollege Mertin, wenn ich mich an die Kassandrarufer erinnere, dass der Rheinland-Pfalz-Takt zusammenbrechen werde, als es beim Bund die Diskussion gab, wie wir das weiter finanzieren können,

(Eymael, FDP: Na ja, warten wir mal ab! – Ministerpräsident Beck: Keine Sorge!)

freue ich mich, dass in dem Haushalt das Zeichen gesetzt ist, dass der Stundentakt, der Rheinland-Pfalz-Takt, in Rheinland-Pfalz auf diesem qualitativ hohen Niveau weitergeführt und weiterentwickelt werden kann.

(Beifall der SPD)

Das ist ein wichtiger Baustein für die Vernetzung in unserem Land. Das Gleiche gilt natürlich für die anderen Verkehrsträger. Da sehe ich so ein bisschen natürlich auch – wie soll ich es nennen – die „Methode Baldauf“, nämlich, dass man irgendwo hinget, wenn man jetzt

das Land bereist, dort alles Mögliche verspricht, dann kommt man woanders hin, und dann sagt man es vielleicht doch ein bisschen anders. Jetzt waren Sie, wie ich lese, gerade am Mittelrhein. Sie haben den Menschen weniger Verkehr auf der Schiene dort versprochen; den verlagert man dann. Ich vermute, den Güterverkehr wollen Sie auf die ICE-Strecke verlagern, die nach Köln führt oder sonst wohin. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es dort mehr Verkehr gibt. Das müssen wir den Menschen auch sagen.

(Baldauf, CDU: Da müssen wir auch etwas tun!)

Wir müssen sagen, welchen Schutz man dafür geben kann. Das haben Sie eigentlich nach Pressebericht dort nicht gesagt.

Sie waren auch in das Saarland gereist und haben die Kooperation mit dem Flughafen Zweibrücken so sehr gelobt und dass das so wichtig sei. Als Sie dann in Rheinland-Pfalz waren, im Zweibrücker Land, haben Sie ganz am Anfang einmal mit dem Rudern angefangen.

(Lelle, CDU: Was hat denn Herr Maas gesagt? –
Ministerpräsident Beck: Der ist auch
kein Rheinland-Pfälzer!)

Das Rudern scheint Ihre Spezialdisziplin zu sein, was das anbelangt, Herr Kollege.

(Starker Beifall der SPD)

Zweibrücken nimmt Aufschwung. Es freut uns, dass es so ist. Das ist durchaus schwierig. Wenn ich an den Kollegen Presl denke, dann haben die Zweibrücker und die ganze Region schon lange darauf gehofft. Man muss sehen, wie die Entwicklung weitergeht. Ich mache überhaupt kein Hehl daraus, dass es natürlich auch eine Konkurrenz zwischen den benachbarten Flughäfen gibt.

(Baldauf, CDU: Das ist aber schön!)

Ob eine Kooperation für beide Seiten Vorteile bringen kann, weil nur so Verträge miteinander Sinn machen, das wird auszuloten sein.

(Baldauf, CDU: Genau!)

Dass wir die Nase dadurch weiter nach vorn bekommen haben, dass sich Gesellschaften jetzt dazu entschieden haben, in Zweibrücken abzuheben, nicht nur auf dem Hahn, das ist sicher der Fall. Das ist ein Vorteil für das Land Rheinland-Pfalz. Das kann man auch so offen sagen. Da mag mancher Kollege aus benachbarten Ländern fliegen, wo er will. Das ist überhaupt kein Problem. Als jemand – Erhard Lelle hat es eben angesprochen –, der neben Heiko Maas gesessen hat, als wir damit gefrotzelt haben, kann ich Ihnen sagen, so ernst hat er das auch nicht gemeint bei allem Engagement für den eigenen Flughafen im Saarland, was doch selbstverständlich ist, was bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP ähnlich ist.

(Ministerpräsident Beck: Der ist auch Saarländer!
Der ist kein Rheinland-Pfälzer!)

Was wir nicht wollen, ist ein Wettlauf von Subventionen, sondern die Subventionen, die wir allgemein einsetzen, um dort eine Umstrukturierung sehr erfolgreich umzusetzen, müssen in der Region Früchte tragen. Sie tragen Früchte, ob es das jetzt erweiterte DOZ oder der Flughafen ist.

(Baldauf, CDU: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

– Was hat das mit dem Haushalt zu tun?: Die Fortführung des Konversionsprogramms, die Fortführung der Wirtschaftsförderung. – Sie sagen, alles muss auf den Prüfstand. Sollte ich das vielleicht dann anders nehmen und sagen, es kommt nur das auf den Prüfstand, was wir im Sozialministerium in den Arbeitsmarktmitteln drin haben?

(Baldauf, CDU: Meine Rede gibt es auch in schriftlicher Form! Die sollten Sie einmal lesen! –
Ministerpräsident Beck:
Das war zu befürchten!)

Sollte das da auf den Prüfstand kommen? In der Vergangenheit haben Sie das angegriffen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Sie haben es jedes Mal danach gemacht!)

Wir haben durchaus bei diesen Mitteln ein wenig gekürzt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Ein wenig?)

– Ja, aber wir haben nach wie vor im Haushalt für den Arbeitsmarkt Mittel in zweistelliger Millionenhöhe. Dadurch erreichen wir für die Menschen, die nicht ausgegrenzt sein sollen, die neben Hartz IV andere Projekte brauchen, die bei ihrem Handicap gefördert werden müssen, konkrete Unterstützung. Das verstehen wir unter sozialer Politik im Land Rheinland-Pfalz, bei der wir die Menschen mitnehmen und nicht ausgrenzen und nicht nur auf die setzen, die besser sind.

(Beifall der SPD)

In einer Welt, in der sich die Arbeitsmärkte sprunghaft wandeln – – –

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

– Das will niemand, Herr Dr. Rosenbauer. Aber wenn ich die Mittel dafür wegstreiche, dann ist es die natürliche Folge, dass es passiert. Das ist der Unterschied. Das ist der Unterschied, wenn ich da nichts investiere. Ich habe es bewusst als Vergleich zu dem gesagt, was Herr Baldauf eben in die Debatte eingeworfen hat.

Aber lassen Sie mich noch einige andere Bereiche ansprechen, die nicht aus dem Blick geraten sollen und hier finanziert sind.

Jetzt schaue ich einmal zu Frau Ministerin Margit Conrad hinüber. Wie sieht da das Spiel aus? Wenn es im Land Hochwasser gibt, wird öffentlich sehr stark nach

Hochwassermitteln, nach Mitteln zum Dammbau, zum Polderbau gerufen. Wenn gerade wieder eine Seuche am Horizont erscheint – im Moment ist es die Blauzungenkrankheit, ein anderes Mal ist es die Vogelgrippe, das nächste Mal ist es Gammelfleisch und Ähnliches –, dann fordern wir immer mehr Staat, mehr Vorsorge, mehr Unterstützung.

(Billen, CDU: Wer?)

– Viele: Die Öffentlichkeit, die Parteien. Da nehme ich uns überhaupt nicht aus.

Es sind wichtige Aufgaben, an denen wir mit Kontinuität arbeiten.

Herr Baldauf, wenn Sie sich im Doppelhaushalt anschauen, was beispielsweise für den Hochwasserschutz eingestellt ist und wie konsequent das Land Rheinland-Pfalz dies fortsetzt, dann schauen Sie einmal über den Rhein nach Hessen, schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg, was die da so machen, wie es da mit dem Hochwasserschutz aussieht.

Ich meine, in diesen Vergleichen können und müssen wir uns gut sehen lassen, weil es die richtige Politik ist, die wir gestalten.

(Beifall der SPD)

Ich weiß sie bei Frau Conrad in guten Händen.

Dann gibt es den Bereich der Inneren Sicherheit. Polizeilich zuständig ist Karl Peter Bruch, für den justiziellen Bereich Heinz Georg Bamberger.

Auch da sorgen wir dafür, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land ist. Es werden Polizisten eingestellt, damit wir die Anzahl von 9.000 halten. Wir geben auch die notwendigen Sachinvestitionen, damit Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz gewährleistet wird.

Natürlich hat der Finanzminister gestern einen sehr richtigen Satz gesagt: Nicht nur über die Anzahl der Köpfe, sondern wie man Probleme anpackt, kann man Probleme lösen. Das geschieht hier.

(Billen, CDU: Halten wir die 9.000, oder halten wir sie nicht?)

– Die halten wir. Ich habe das so deutlich gesagt, und das steht auch so in den Haushaltszahlen. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

(Beifall der SPD)

Beim Thema „Innere Sicherheit“ ist Ihnen eingefallen, dass man das Alter der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre – auf zwölfjährige Kinder – absenken sollte. Als Beitrag zur Inneren Sicherheit oder als was verstehen Sie es? Oder ist es nur als populistische Forderung wie die Absenkung des Benzinpreises auf staatliche Intervention zu verstehen?

(Baldauf, CDU: Das hat der Glos gesagt!)

– Wird ein Unsinn dadurch besser, dass ihn ein anderer auch noch fordert? Das kann es doch nicht sein!

(Beifall der SPD)

Auch in der Justiz, die durchaus unter vielen, ihr von außen, den Bundesgesetzen, vorgegebenen Kostensteigerungen leidet – – –

(Baldauf, CDU: Danke für die Vorlage!)

Das haben wir in diesem Haus und in den Ausschüssen des Öfteren diskutiert. Durch eine maßvolle Erweiterung, auch beim Personal, wird dem Rechnung getragen, damit man Schritt halten kann. Das ist eine nicht einfache Operation bei den obwaltenden Finanzverhältnissen. Aber es ist aus meiner Sicht eine notwendige Sache und auch hier ein richtiger Akzent, weil einen modernen Staat, einen Rechtsstaat natürlich auszeichnen muss, dass die Rechtspflege und die Innere Sicherheit gewährleistet sind. Dies sind in unserem Land gute Standortbedingungen für das Wirtschaften und Leben im Vergleich mit anderen Ländern und im Vergleich mit dem Ausland. Dessen müssen wir uns bewusst sein, und deshalb investieren wir in diesem Bereich.

Lassen Sie mich das aufnehmen, was Sie bei der Staatskanzlei kritisiert haben: Dass die Mittel, die der Ministerpräsident ausgeben würde, um ein Vielfaches steigen würden.

Herr Baldauf, da haben Sie auch wieder Baden-Württemberg und andere Länder im Vergleich gebracht. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass die Mittel, mit denen wir für das Land werben, in dem Doppelhaushalten gebündelt sind.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Die Mittel, die zuvor in den verschiedenen Haushalten waren, werden dort jetzt konzentriert aufgezeigt.

(Baldauf, CDU: Das heißt: Nichts gespart!)

Dass wir eine Werbekampagne für dieses Land fahren, halte ich für sinnvoll.

Im Übrigen nur den kleinen Vergleich: Das Land Baden-Württemberg, dessen Haushalt etwa das vierfache Volumen des Haushalts des Landes Rheinland-Pfalz umfasst, gibt etwa das Zehnfache für seine Werbekampagne aus.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Außerhalb des Landes!)

– Wie das Land.

Ich denke, wenn man Image – – – Heute hängen viele Faktoren davon ab, dass man ein positives Image hat. Es ist nicht nur die gute Arbeit, die die Landesregierung ohne Zweifel macht. Dann muss man dafür auch ein wenig werben. Das tun wir auch.

Daneben gibt es noch veranschlagte Veranstaltungen: 60 Jahre Rheinland-Pfalz oder 175 Jahre Hambacher Fest.

Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass diese Jubiläen stattfinden.

Also das sind vertretbare Kosten und gewiss keine Aufblähungen.

Ich könnte Ihnen einmal die Zahlen herausholen, in welchem Umfang sich die Staatskanzlei eines Edi Stoiber in der Zeit verändert hat, in der er Regierungschef in Bayern ist: um ein Vielfaches – nichts mit Sparen. Man könnte jetzt sagen, welches Personaltableau dort vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Meine Damen und Herren, das verfängt nicht.

Sie haben versucht, uns die Lage im Land Rheinland-Pfalz in düstersten Tönen zu schildern. Ich habe darauf verzichtet, aus Ihren Wahlkampfprospekten zu zitieren, wie viele Forderungen nach Mehrausgaben sich dort finden.

(Billen, CDU: Das wäre aber gar nicht schlecht!)

Das summiert sich auf stattliche Summen. Es ist eine halbe Milliarde an Mehrausgaben, die Sie da gefordert haben. Aber die würden Sie wahrscheinlich mit den Sparvorschlägen, die Sie noch alle machen, wieder hereinholen, sodass dies im Endeffekt aufgehen mag.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Aussprache beginnt die Diskussion über den Haushaltsentwurf. Wir werden uns mit ernsthaften Vorschlägen auseinandersetzen. Wir sind allerdings auch der Auffassung, der Haushaltsentwurf setzt die richtigen politischen Schwerpunkte und schafft den Rahmen für Zukunftsinvestitionen, die unser Land als attraktiven und modernen Wirtschaftsstandort und lebens- und liebenswertes Land für die Menschen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus weiter stärken werden. Er setzt gleichzeitig unter schwierigen Bedingungen die notwendige Konsolidierung des Haushalts fort. Das ist für unsere Zukunftssicherung zwingend.

Ein Blick auf andere westliche Flächenländer zeigt, dass das Vorlegen eines verfassungsgemäßen Haushalts nicht selbstverständlich ist. Unser Haushalt ist verfassungskonform, so, wie die Haushalte in den nächsten Jahren auch verfassungskonform sein werden.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt ist solide. Mit ihm können alle wichtigen und politischen Gestaltungsaufgaben angegangen werden. Wir werden unsere Arbeit konsequent fortsetzen. Der Doppelhaushalt bietet gute politische Perspektiven für das Land Rheinland-Pfalz und für die Gestaltung dessen, was die Menschen notwendig haben.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Als Gäste begrüßen wir Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 der Hauptschule Bad Marienberg sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schüler-Landtagsseminars. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir setzen die Aussprache fort. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten den Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2007 und 2008 sowie den Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011. Wenn man sich diese anschaut, dann drängt sich einem auf, dass die Konsolidierung in den nächsten Jahren weniger auf der Ausgabenseite – also beim Sparen – gesucht wird, sondern in der Hoffnung auf erhöhte Einnahmen. Die Hoffnung auf erhöhte Einnahmen ist sicherlich nicht unberechtigt, wie aber noch darzulegen sein wird. In diesem Zusammenhang ist es jedoch ein überraschendes Verfahren.

Ich kann mich an gemeinsame Regierungszeiten erinnern, als zu Beginn der Aufstellung eines Doppelhaushalts Sparbeschlüsse im Vordergrund standen. Ich will gern zugeben, dass diese Beschlüsse nicht einfach zu fassen waren, Herr Kollege Hartloff. Wenn der Ministerpräsident im Rahmen der schwierigen Haushaltsberatungen im Jahr 2002 mit Blick auf das Justizressort darauf hingewiesen hat, dass in diesem Bereich nur begrenzte Einsparmöglichkeiten gegeben seien, dann lässt das nicht auf einen mangelnden Sparwillen blicken. Ich erinnere mich daran, dass wir dennoch auf meine Anregung hin einige Maßnahmen in Angriff genommen haben, um Effizienzen und Einsparungen zu erreichen. Es war weiß Gott kein Vergnügen, im Bereich des Betreuungsrechts eine Abflachung der Kurve zu erreichen.

Herr Kollege Hartloff, Sie erwähnten, dass Sie die Justiz nun besser ausstatten. Das Gleiche hätte ich auch gefordert. Das ist nämlich eine Folge der Altersteilzeit. Sie wissen genau, dass diese bei mir nie beliebt war, weil sie nämlich genau dies zur Folge hatte. Wenn diese Folge nicht durch Personal ersetzt wird, dann geht diese Maßnahme zulasten der Jüngeren. Die Älteren, die gehen, haben den Vorteil, und die anderen haben eine erhöhte Leistungsverdichtung, ohne dass das Land die Möglichkeit hat, an den Aufgaben etwas zu verändern. Insofern freue ich mich, dass der Kollege, der jetzt das Ressort führt, Verbesserungen im Hinblick auf diese schwierige Situation erreichen konnte. Das will ich in keiner Weise kritisieren. Das ist zutreffend und richtig.

Dennoch vermissen wir Sparbeschlüsse.

(Beifall der FDP)

Wir stellen fest, dass zu Beginn eher ein kräftiger Schluck aus der Pulle der Neuverschuldung beschlossen wird. Die Nettoneuverschuldungen der nächsten fünf

Jahre sind jeweils höher als die beschlossene Nettoneuverschuldung für das Jahr 2006. Das entspricht einer erheblichen Ausweitung.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht so, dass die Notwendigkeit von Sparbeschlüssen nicht erkannt wird. Hierzu zitiere ich aus dem Redemanuskript des Herrn Finanzministers: „Wie unsere Finanzplanung zeigt, werden wir die angestrebte Ausgabenlinie von jährlich 1,1 % Zuwachs nur realisieren können, wenn wir in den Jahren 2009 bis 2011 weitere strukturelle Einschnitte vornehmen.“

Ich frage mich, weshalb diese Beschlüsse erst im Jahr 2009 bzw. im Jahr 2011 gefasst werden sollen. Wenn wir uns in einer schwierigen Finanzsituation befinden, dann entspricht es meines Erachtens einer besseren und nachhaltigeren Finanzpolitik, anstatt die Nettokreditaufnahme zu erhöhen zunächst die Sparbeschlüsse umzusetzen, die man für später ankündigt.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich frage mich, weshalb das erst im Jahr 2009 geschehen soll. Will man damit vielleicht irgendwelche Wahlkämpfe – man weiß schließlich nicht wann, auf Bundesebene ist vieles möglich – nicht unnötig belasten? Aber auch danach wird die Aufgabe nicht leichter; denn der nächste Wahltermin im Jahr 2011 rückt näher. Also schimmert vielleicht doch ein Stück weit die Hoffnung durch, bei steigenden Einnahmen nicht mehr ganz so stringente Sparbeschlüsse fassen zu müssen. Das halten wir im Hinblick auf die von mir skizzierte Nettokreditaufnahme nicht für den richtigen Weg. Die FDP-Fraktion möchte diesen Weg so nicht mittragen.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben zu Recht erwartet, dass ich auf die Mehrwertsteuererhöhung zu sprechen komme. Das versteht sich von selbst. Die im Finanzplan dargelegten strukturellen Einnahmenverbesserungen von zum Beispiel 312 Millionen Euro im Jahr 2007 beruhen natürlich in hohem Maße auf der Mehrwertsteuererhöhung.

Ich will in Erinnerung rufen, wie es zu dieser Mehrwertsteuererhöhung gekommen ist. Sie sind mit uns gemeinsam vor der vergangenen Bundestagswahl in den Wahlkampf gezogen und haben die von Frau Merkel angekündigte Mehrwertsteuererhöhung bekämpft. Das haben wir gemeinsam getan.

Sie haben sie bekämpft und als Merkel-Steuer verunglimpft. Sie haben gesagt, dass die Mehrwertsteuererhöhung Arbeitsplätze vernichten könne. Sie haben sie außerdem als sozial unausgewogen dargestellt. Das können wir in vielen Bereichen unterstreichen und haben dies genauso vorgetragen.

Nach der Wahl wurde die Mehrwertsteuer nicht nur um 2 %, sondern um 3 % erhöht. Herr Kollege Hartloff, wir müssen also feststellen, dass Sie vor der Wahl etwas

anderes gesagt haben, als Sie nach der Wahl gemacht haben.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Wir nicht!)

– Herr Kollege Hartloff, Sie wissen, dass die rheinland-pfälzische SPD auf Bundesebene nicht schlecht vertreten ist. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Zwischenzeitlich sehr gut!)

– Damals auch, Herr Kollege.

Insofern muss man feststellen, dass ein gegebenes Wort nicht gehalten wurde. Herr Finanzminister Deubel hat gestern gesagt, die Behauptung sei falsch, die Mehrwertsteuererhöhung würde nicht zur Konsolidierung eingesetzt. Herr Staatsminister, das ist wie mit dem halbvollen oder dem halbleeren Glas. Dieser Vergleich passt in diesem Fall sogar besonders gut. In Ihrer Rede haben Sie gestern gesagt: „Auch bei Einbeziehung der Landesbetriebe ergibt sich noch ein Konsolidierungsanteil von rund 50 %.“ Man sollte die Landesbetriebe sehr wohl einbeziehen. Daraus ergibt sich, dass die Mehrwertsteuererhöhung zur Hälfte nicht zur Konsolidierung eingesetzt wird. Das haben Sie meines Erachtens in Ihrer Rede so dargestellt.

(Beifall der FDP)

Daher meinen wir, dass die Begründung für die Mehrwertsteuererhöhung nicht ganz eingehalten wird.

Schauen wir uns die Entwicklung bzw. Darstellung des Defizits an. Herr Staatsminister, wenn es darum geht, das Land Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern zu vergleichen, dann bin ich durchaus der Meinung, dass die Finanzierungsmittel für den Pensionsfonds herauszurechnen sind. Nur dann lässt sich ein ordentlicher Vergleich anstellen, weil andere derartigen Belastungen nicht ausgesetzt sind. Wenn es aber darum geht, im Lande über die Nettoneuverschuldung zu reden, über unser ureigenes Landesdefizit, dann können die Finanzierungsmittel für den Pensionsfonds meines Erachtens nicht herausgerechnet werden, wenn die Zuführungen zum Pensionsfonds kreditfinanziert sind. Dann sind sie Teil der Verschuldung und können nicht einfach wegdefiniert werden.

(Beifall der FDP)

Meine Kinder waren am Dienstag bei David Copperfield in Koblenz. Wenn Sie so rechnen, dann machen Sie auf mich den Eindruck, als ob Sie den David Copperfield der Finanzpolitik geben wollen.

(Beifall der FDP)

Mit magischen Tricks machen Sie die Dinge etwas schöner. Der Unterschied besteht nur darin, dass David Copperfield mit seinen Illusionen eine Menge Geld verdient, Sie aber leider nicht. Das ist an dieser Stelle leider so festzuhalten.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Pensionsfonds, Herr Kollege Baldauf. Natürlich war es richtig, den Pensionsfonds einzuführen. Ich bin mit dem Rechnungshof einer Meinung, dass man darüber streiten kann, ob es sinnvoll ist, zum Beispiel in wirtschaftlich schwieriger Lage diesen Pensionsfonds mit Krediten mit zu bedienen.

Ich persönlich komme zu einer anderen Abwägung als der Rechnungshof. Ich halte es für richtig, in wirtschaftlich schwieriger Lage trotzdem diesen Pensionsfonds zu bedienen, weil er für künftige Generationen durchaus eine Sicherheit darstellen kann.

(Beifall der FDP)

Unser Ziel sollte es aber sein, möglichst irgendwann dahin zu kommen, dass wir es ohne Schulden zu machen schaffen. Das gestehe ich Ihnen gerne zu. Das ist aber angesichts der Volumina, die dort in den nächsten Jahren anfallen werden, sehr schwierig zu erreichen.

(Hartloff, SPD: Da sind wir uns wahrscheinlich einig!)

An einer Stelle kann ich allerdings dem Vorhaben des Finanzministers nicht ganz Folge leisten. Das ist dann der Fall, wenn es zum Beispiel darum geht, die kreditfinanzierten Zuführungen zum Pensionsfonds mehr oder weniger als Investitionen auszuweisen mit der Folge, dass natürlich auch die verfassungsmäßige Verschuldungsgrenze angehoben werden könnte. Das können wir so nicht mittragen; denn es kann nicht sein, dass über Schulden die Kreditobergrenze erhöht wird.

(Beifall der FDP)

Das wäre so, als wenn wir einem Alkoholkranken anbieten würden: Trink doch noch ein Schnäpschen mehr, dann wirst du schneller trocken. – Das wird an dieser Stelle meines Erachtens nicht funktionieren.

(Beifall der FDP)

Deshalb sollten wir auf diese Umdefinition verzichten. Ansonsten würden wir auch der Droge der Verschuldung erliegen. Das kann nicht im Sinne des Landes sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel hat gestern dargelegt, dass das Wirtschaftswachstum gut ist. Insofern hat er auch darauf hingewiesen, dass es richtig war, in der vergangenen Legislaturperiode nicht durch überbordendes Sparen die Konjunktur auszubremsen. Sie haben das mit „kein zusätzliches Öl ins Feuer gießen“ formuliert. Dem haben wir vollinhaltlich zugestimmt. Ich kann mich erinnern, dass Herr Kollege Bauckhage sehr große Schwierigkeiten hatte, bei diesen schwierigen Haushaltsverhandlungen entsprechende Beträge zur Verfügung gestellt zu bekommen, um die Investitionen durchführen zu können, damit die Konjunktur nicht abgewürgt wird. Das halten wir für richtig.

Wenn aber nach Ihren eigenen Darstellungen die Konjunkturprognosen für die kommenden Jahre robust sind,

ist für diese Zeit auch eine robuste Sparanstrengung zu fordern;

(Beifall der FDP)

denn in guten Zeiten muss saniert werden. Deshalb ist einzufordern, dass entsprechende Sparanstrengungen unternommen werden.

Dazu will ich Ihnen gerne einräumen, dass Sie Vorschläge zum Sparen machen. Es ist nicht so, dass Sie das nicht tun. Ich habe auch extra formuliert „weitgehend nicht tun“, weil Sie das schon machen. Das will ich auch gerne aufzeigen.

Sie machen das zum Beispiel bei der Absenkung der Bezüge von Beamten, die im gehobenen und höheren Dienst neu eingestellt werden. Das kann man tun. Sie versuchen auch, die Schwierigkeiten, die daraus bei Neueinstellungen entstehen können, dadurch zu vermeiden, dass Sie Korridore bilden. Man wird sehen, ob das erfolgreich ist.

Herr Kollege Professor Dr. Deubel, Sie haben aber gestern dargestellt, dass Sie die zweigeteilte Laufbahn, die wir gemeinsam bei der Polizei in Rheinland-Pfalz begonnen haben, verstetigen und fortsetzen. Wenn Sie die Eingangsbesoldung herabsetzen, sind Sie wieder im mittleren Dienst und konterkarieren die zweigeteilte Laufbahn. Das muss man schon sehen.

(Beifall der FDP)

Sie haben auch eine 0,5-prozentige Erhöhung im Tarifbereich in Aussicht gestellt. Das ist sicherlich knapp, auch wenn Sie es zum Teil sozial abfedern, aber es entsteht bei mir trotzdem der Eindruck, dass die Lasten nicht ganz so gerecht verteilt sind; denn das alles findet bei den Beamten statt, während es im Tarifbereich sehr schwierig ist – zumindest war das in der Vergangenheit so –, das nachzuholen, was vorher im Beamtenbereich von uns als Gesetzgeber mit leichter Feder beschlossen werden konnte. Insofern wird sehr stark darauf zu achten sein, ob diese Sparbemühungen alle Bediensteten des Landes in gleicher Weise treffen werden.

(Beifall der FDP)

Ansonsten kann man schon von einer gewissen Unwucht sprechen.

Ich bin mir sicher, dass die Bediensteten durchaus Verständnis dafür haben, dass das eine oder andere nicht mehr so geht wie früher, aber dieses Verständnis wäre größer, wenn das Ausgabenverhalten auf der politischen Leistungsebene nicht so wäre, wie es mit einer zusätzlichen Staatssekretärsposition und einem zusätzlichen Quasi-Staatssekretär ist. Er konnte wohl nicht als Staatssekretär eingeführt werden, damit das nicht so sehr auffällt. Deshalb wird das Gesetz geändert.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Wir machen das ganz offen!)

Dort, wo früher diese Position anstelle eines Staatssekretärs kraft Gesetzes möglich war, wird sie jetzt zusätz-

lich zu einem Staatssekretär möglich. Ich meine, das ist nicht dazu angetan, die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieses Landes zu begeistern und bei ihnen eine besondere Freude hervorzurufen, wenn ihnen Sparanstrengungen abverlangt werden. Auch das halten wir für den falschen Weg.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben vorhin dargestellt, was Sie für das Wirtschaftsministerium an Zahlen zur Verfügung stellen und haben angedeutet, dass Herr Kollege Bauckhage sicherlich damit auch zufrieden gewesen wäre. Ich will gerne einräumen, dass die Zahlen, die für Investitionen in den Verkehr und Ähnliches etatisiert worden sind, aus unserer Sicht in der Größenordnung schon als richtig angesehen werden können. Ich habe aber mit Interesse vor einigen Tagen oder Wochen in der Zeitung lesen können, dass vor zwei oder drei Jahren, als diese schwierigen Sparverhandlungen stattgefunden haben, der Presse gegenüber wohl gesagt worden ist: Mehr konnten wir nicht sparen, weil der Koalitionspartner etwas will. – Das, was der Koalitionspartner damals wollte, haben Sie heute auch für sich so beschlossen,

(Hartloff, SPD: Da sehen Sie mal, für was der gut ist!)

aber Sie haben keinen Koalitionspartner mehr, auf den Sie das schieben können, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP)

Das ist das Problem. Deshalb bleibt es Ihnen nicht erspart, ein Stück weit die eigenen Sparanstrengungen darzustellen.

Natürlich werden wir uns bei den Detailverhandlungen und -beratungen in den Ausschüssen damit auseinandersetzen haben, wie diese Mittel verwendet werden. Wir werden uns dann natürlich auch anschauen, in welcher Art und Weise die Kürzung der Regionalisierungsmittel aufgefangen werden soll. Sie werden aber verstehen, dass das Land Rheinland-Pfalz – zumindest in der Zeit, als Herr Kollege Hans-Artur Bauckhage Verantwortung trug – die Regionalisierungsmittel immer zweckgebunden eingesetzt hat, anders als andere Bundesländer. Wir sind an dieser Stelle nicht so sehr die großen Sünder, Herr Ministerpräsident.

Wir fühlen uns dann natürlich besonders getroffen, wenn in erheblicher Weise gekürzt wird. Inklusive der Dynamisierung werden es im Jahr 2007 29 Millionen Euro weniger sein und im Jahr 2008 37 Millionen Euro. Das ist schon ein Datum. Wir wollen sehen, auf welche Art und Weise dieses für uns enttäuschende Verhandlungsergebnis auf Bundesebene hier umgesetzt wird.

(Beifall der FDP)

Das wird nicht einfach sein. Wir werden uns das aber im Detail anschauen.

In diesem Zusammenhang legen wir aber auch großen Wert darauf, dass Infrastrukturprojekte, die für unser

Land von Bedeutung sind, im Auge behalten werden. Mit Sorge erfüllt uns das, was wir in den Medien verfolgen können, wenn es um die Hunsrückbahn geht. Herr Kollege Hartloff, es gab einen Prozess in Koblenz. In diesem Zusammenhang haben Vertreter der Bahn erklärt, mit dem Ausbau wisse man das noch nicht so recht. Am 29. September 2006 gab es einen Bericht in der „FAZ“, in dem es hieß: Die Finanzierung ist nach wie vor ungeklärt. Keiner hat zurzeit Geld, hört man hinter vorgehaltener Hand. Das Projekt ist nicht als Bedarf im Bundesverkehrswegeplan enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen den Beteiligten gibt es einen sogenannten „Letter of Intent“, dieses zu bauen. Wir legen allergrößten Wert darauf, dass diese wichtige Infrastrukturmaßnahme auch tatsächlich umgesetzt wird und sich nicht die Beteiligten auf Bundes- und Bahnebene durch die Hintertür davonschleichen.

(Beifall der FDP)

Ebenso legen wir großen Wert darauf, dass die ICE-Anbindung des Landes entsprechend aufrechterhalten bleibt. Natürlich werde ich jetzt nicht jedem Zug nachweinen, der vielleicht irgendwo gestrichen wird, weil er nicht auskömmlich ist. Es ist aber schon erstaunlich, wenn der am besten besetzte Pendlerzug von Montabaur nach Mainz plötzlich nur noch in Wiesbaden halten soll.

(Beifall der FDP und des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Das ist schon erstaunlich. Da kann man sich natürlich ausmalen, was dann kommt. In zwei Jahren wird man uns dann vorrechnen, es waren leider nicht genug Leute im Zug, weshalb wir ihn nicht weiterfahren lassen. Deshalb muss man sich schon dafür einsetzen, dass die Züge, die gut besetzt sind, auch wirklich eingesetzt werden, damit Montabaur und Mainz angeschlossen bleiben.

(Beifall der FDP und des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Natürlich ist für uns der Ausbau der B 10 eine wichtige Infrastrukturmaßnahme. Wir wollen, dass die Westpfalz verkehrspolitisch gut angebunden wird.

(Beifall der FDP und des Abg. Fuhr, SPD)

Wir sehen, dass die Lage in der Westpfalz schwierig ist. Herr Stretz, wenn Pirmasens 20.000 Einwohner verloren hat, ist das für uns ein Datum. Dann wollen wir, dass diese Region entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten erhält.

Dazu gehört auch der Ausbau der vierstreifigen B 10.

(Beifall der FDP –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur die haushaltsbedingten Infrastrukturmaßnahmen, die zum Teil auch der Bund zu finanzieren hat, sind für uns von Bedeutung. Von Bedeutung ist auch, dass die Rahmen-

bedingungen für Investitionen entsprechend richtig sind. Wenn die meisten Länder um uns herum den Ladenschluss von Montag bis Samstag rund um die Uhr freigeben, halten wir es für einen Fehler, dies in Rheinland-Pfalz nicht zu tun.

(Beifall der FDP)

Ich will nicht auf alle Aspekte eingehen, die davon berührt sind. Ich möchte am Beispiel der Stadt Mainz ein Stück weit darlegen, wie sich das auswirkt. In der Stadt Mainz gibt es ein Einkaufsvolumen von rund 1,4 Milliarden Euro, das nicht allein aus der Stadt Mainz, sondern auch vom Umfeld gespeist wird. Dieses Umfeld hat mit einem Einkaufsvolumen von rund 350 Millionen Euro die gleiche Entfernung nach Darmstadt oder Wiesbaden. Das bedeutet, dass die Stadt Mainz in diesem Wettbewerb benachteiligt ist, wenn es so kommt, wie es beschlossen worden ist,

(Beifall der FDP)

weil Städte wie Wiesbaden und Darmstadt ganz andere Werbemaßnahmen als die Mainzer Geschäfte ergreifen können. Die Mainzer Geschäfte können dies nur mit großer Bürokratie und zusätzlichen Anträgen stellen. Sie sind dann aus meiner Sicht im Wettbewerb benachteiligt.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, die Wiesbadener können zukünftig von Freitag auf Samstag eine einkaufsoffene Nacht machen.

(Ministerpräsident Beck: Wir auch!)

Die Mainzer können dies nicht. Sie können das nur nach entsprechenden Anträgen und Planungen tun.

(Beifall der FDP)

Sie erzeugen nicht weniger, sondern mehr Bürokratie im Wettbewerb. Das ist kein guter Standortfaktor für unser Land.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Natürlich wird sich die Welt daran nicht entscheiden. Jede Bedenken gegen dieses Vorbringen können Sie im Ausland bestens bewundern. Auch dort funktioniert es.

Herr Hartloff, wir setzen einfach darauf, dass die Leute mit ihrer Freiheit verantwortungsvoll umgehen können. Das unterscheidet uns. Das ist der Unterschied. Wir setzen darauf.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Das unterscheidet uns nicht!)

– Das werden wir sehen. Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Landwirtschaft und Weinbau. Auch hierzu hat Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel Richtiges gesagt. Die Landwirtschaft ist bei uns ein wichtiger Faktor, und zwar nicht nur, weil sie gesunde Nahrungsmittel produziert – das muss man herausstellen –, sondern

auch die Kulturlandschaft pflegt und damit eine wichtige Basis für den Tourismus in unserem Land schafft. Deshalb ist es richtig, die Förderungen fortzusetzen.

(Beifall der FDP)

Herr Staatsminister, ich habe eine kleine Korrektur. Es muss wohl ein Tippfehler gewesen sein. Es sind nicht 13.000, sondern 130.000. Ich gehe davon aus, dass es ein Tippfehler war. 130.000 Beschäftigte arbeiten in der Tourismusindustrie. Insofern meinen wir, dass auch die Förderung von Landwirtschaft und Weinbau ein richtiger Ansatz in diesem Haushalt ist. Allerdings ist für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz die Erntehelferregelung ein Problem; denn die 90%, die jetzt in Aussicht genommen werden, helfen vor Ort nicht.

(Beifall der FDP)

Nach den Zahlen, die uns die Bauernverbände mitgeteilt haben, werden von den Arbeitsämtern lediglich 1 % vermittelt. Von diesem 1 % halten die meisten oder sehr viele nicht durch, sodass eine große Lücke besteht. Genauso wie wir Gammelfleisch und Ähnliches beklagen und nicht für richtig halten, genauso wenig halte ich es für richtig, dass die Ernte, die gute Nahrungsmittel darstellt, auf dem Feld verkommt und nicht geerntet werden kann. Das sollten wir uns auch nicht an dieser Stelle leisten. Wir sollten sicherstellen, dass dies nicht geschieht.

(Beifall der FDP)

In einem anderen Bereich der Landwirtschaft sind ebenfalls Veränderungen rechtzeitig mit der Landwirtschaft zu kommunizieren. Ich spreche insbesondere für die Milchwirtschaft, die in den höheren Regionen unseres Landes eine große Bedeutung hat. Hier stehen auf europäischer Ebene nach der Evaluation der sogenannten Milchquotenregelung Veränderungen an. Hier geht es nur darum, sich auf europäischer und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Entscheidung, ob die Milchquoten fortgesetzt werden oder nicht, möglichst frühzeitig getroffen wird, damit die Bauern Planungssicherheit erhalten und entsprechend Vorsorge treffen können.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel sprach gestern in seiner Rede auch das Sprachförderprogramm an.

Herr Staatsminister, Sie sprachen in Ihrer Rede dabei von kleinen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern. Sie haben den Kollegen Seppel Keller hart getroffen. Sie haben unterstellt, er würde nicht über hinreichendes Sprachvermögen verfügen. Er war sehr unruhig an seinem Platz. Das konnte ich gestern feststellen. Eines müssen wir festhalten: Der Herr Kollege Keller hat ein ausgesprochen gutes Sprachvermögen. – Das führt er uns immer wieder vor. Mit der Kraft der Argumente ist es nicht immer so wie mit seiner Sprachgewalt. Das will ich gern einräumen.

(Beifall der FDP)

Wir sollten bei den Sprachförderprogrammen lieber von jungen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern sprechen. Dann ist der Kollege Keller nicht so getroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel hat dargelegt, dass hierfür in den nächsten zwei Jahren 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Wenn wir es richtig verstanden und in Erinnerung haben, sind das pro Jahr 10 Millionen Euro abzüglich 2 Millionen Euro für Fortbildungsmaßnahmen, die allerdings nicht nur Sprachfortbildungsmaßnahmen sein müssen. Insgesamt bleiben 8 Millionen Euro für das Sprachförderprogramm.

(Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Hier sehen wir noch nicht, dass das, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, schon in trockenen Tüchern ist. Natürlich waren und sind wir der Auffassung, dass sichergestellt werden muss, dass junge Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die in die Grundschule kommen, über die hinreichenden Deutschkenntnisse verfügen. Das ist sonnenklar, sonst haben sie keine Chance, in unserem Bildungssystem voranzukommen und entsprechende Abschlüsse zu erreichen.

(Beifall der FDP)

Aus unserer Sicht ist noch nicht gewährleistet, dass mit dem, was angegangen wird, dieses sichergestellt ist. Es gibt Probleme bei der Diagnose und den verbindlichen Tests. Beim Fachpersonal funktioniert es noch nicht so richtig.

Insofern steht noch aus, ob dieses erfolgreich sein wird. Ich meine, solange das nicht geschehen ist, sollte man zukünftig Ausgaben in dem Bereich etwas zurückstellen. Ich meine hier den beitragsfreien Kindergarten.

Ich erinnere mich, dass zu gemeinsamer Regierungszeit der Herr Ministerpräsident das Saarland kritisiert hat, weil es als Nehmerland den Kindergartenbeitrag beitragsfrei gestellt hat. Auch wir sind ein Nehmerland. Auch bei uns ist die Nettokreditaufnahme noch groß. Ich meine, insofern wäre es wichtig, an dieser Stelle erst das eine in trockene Tücher zu bringen und die Finanzen weiter zu konsolidieren, bevor dieser Schritt gegangen wird.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Machen wir uns nichts vor. Wenn der Kindergarten beitragsfrei gestellt wird, müssen wir das derzeit über die Nettokreditaufnahme finanzieren. Das heißt, Zins und Tilgung fallen an.

(Beifall der FDP)

Das ist nur ein nachgelagerter Kindergartenbeitrag, wenn man Zins und Tilgung bezahlt.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Ein Beitrag bleibt es trotzdem. Es ist eine Illusion, die Sie erwecken.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann
und Hartloff, SPD)

Herr Kollege Hartloff, ich meine, insofern kann man an dieser Stelle durchaus darüber nachdenken, ob das der richtige Schritt ist. Ich will gar nicht verhehlen, dass man das machen kann. Das steht auch bei uns im Programm. Es kommt natürlich darauf an, wie die Finanzvoraussetzungen sind. Solange wir noch Schulden machen müssen, sollten wir uns weitere Ausgaben in dieser Form gut überlegen.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Frau Kollegin Brede-Hoffmann, man muss auch sehen, dass diejenigen, die den Kindergartenbeitrag nicht erbringen können, ihn heute schon vom Staat finanziert bekommen.

(Beifall der FDP)

Es geht um diejenigen, die ihn sich leisten können. Als ich Minister wurde, war einer meiner Söhne noch im Kindergarten.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Frau Kollegin, muss er wirklich beitragsfrei sein? Ich meine nicht, jedenfalls so lange nicht, wie das Land diese Verschuldung aufnehmen muss, wie Sie es tun.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben neue Lehrerstellen angekündigt. Das ist im Hinblick auf die wichtige Funktion der Bildung sicherlich richtig. Wir werden uns aber im Rahmen der Beratungen im Haushalt bei den Detailberatungen schon damit beschäftigen, weshalb im Bereich der Hauptschulen ein Stück weit zurückgefahren wird.

Das mag damit zusammenhängen, dass dort vielleicht weniger Schüler sind, aber eines bleibt festzuhalten: Die Hauptschulen sind vielfach in einer schwierigen Situation. Da macht es aus unserer Sicht auf den ersten Blick keinen Sinn, Lehrer wegzunehmen, sondern es empfiehlt sich, sie dort zu belassen, um die schwierigen Situationen, die dort zu beherrschen sind, auch lösbar zu machen.

(Beifall der FDP)

Deswegen werden wir uns dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Chancengleichheit und -gerechtigkeit näher anschauen.

Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel hat bei seiner Einbringungsrede ausgeführt, dass das Hochschulsonderprogramm fortgeführt wird. Das halten wir für richtig. Das haben wir auch angeregt, weil aus unserer Sicht die Hochschulen unterfinanziert sind.

Die Ergebnisse bei der Exzellenzinitiative auf Bundesebene machen deutlich, dass etwas getan werden muss. Ich will schon deutlich machen, dass wir die Idee des Kollegen Professor Dr. Zöllner für eine verbesserte Finanzierung durch einen Finanzausgleich zwischen den Bundesländern weiterhin für das richtige Modell halten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das freut uns!)

– Das habe ich schon bei der Haushaltsrede gesagt, Frau Kollegin.

(Hartloff, SPD: Regierungserklärung!)

Ich bleibe auch dabei, dass es das richtige Modell ist.

Das Problem ist nur, alle anderen machen nicht mit. Deswegen haben wir gewisse Schwierigkeiten. Meines Erachtens werden Sie diese Schwierigkeiten mit dem Landeskindermodell nicht lösen. Das lehnen wir ab.

(Beifall der FDP)

Sie können in Trier und in Mainz sehen, wie diese unsere Schwierigkeiten noch vergrößern, weil sich mittlerweile so viele Studenten bei uns anmelden, dass wir diese Zahl kaum noch beherrschen können. In Mainz wird ein Numerus clausus für alle Fächer erhoben, sodass das zur Folge hat, dass die Rheinland-Pfälzer mit vielleicht nicht ganz so guten Noten ins „Ausland“, in andere Bundesländer gehen müssen, um einen Studienplatz zu finden, und die anderen bleiben hier.

(Beifall der FDP –
Zuruf von der FDP: So ist es!)

Insofern lohnt es sich, darüber nachzudenken, ob nicht doch der von uns favorisierte, aber gleichwohl viel unbequemere Weg eines sozialverträglichen Beitrags, der in die Verantwortung der Hochschulen gestellt werden kann, damit jede für sich entscheiden kann, in welcher Höhe sie ihn erheben will, der richtige Weg ist.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, ich will schon deutlich machen, wir wollen mehr Geld für die Hochschulen, aber ich bin nicht den bequemen Weg gegangen, Ihnen nicht zu sagen, wie wir uns das vorstellen. Das will ich festhalten.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Das unterscheidet
Sie von Herrn Baldauf!)

Ich weiß, dass die Erhebung von Beiträgen nicht überall populär ist. Ich sehe aber nicht, wie wir das anders lösen können. Dann muss man schwerwiegende Entscheidungen treffen können, meine ich.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wir wollen es uns nicht einfach machen.

Wir begrüßen Globalhaushalte, die eingeführt werden. Dies halten wir für den richtigen Ansatz.

Wir hätten es allerdings auch begrüßt – es hätte zu einem solchen Globalhaushalt viel besser gepasst –, wenn hierzu auch die Immobilien gekommen wären und die Hochschulen diese hätten selbst verwalten können, weil damit erst so richtig Spielräume in diesem Bereich entstanden wären.

(Beifall der FDP)

Die Immobilien kommen zum Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) und nicht zur Universität.

(Dr. Schmitz, FDP: So ist es!)

Wir wollten und stellen uns vor, dass sie besser bei der Universität angebracht wären, weil erst dann die Spielräume, die ein globaler Haushalt im Zusammenspiel mit der Verwertung der Immobilien mit sich bringt, zum Tragen gebracht werden können.

(Beifall der FDP –
Dr. Schmitz, FDP: So ist es! –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das ist unsere Vorstellung. Insofern hätten wir diesen Weg eher begrüßt.

Wir begrüßen auch, dass im Bereich der Universitätsklinik in Mainz Veränderungen vorgenommen werden sollen. Wir halten das für richtig. Das ist auch notwendig; das ergeben die Zahlen. Es ist unbestritten, dass im vergangenen Jahr 25 Millionen Euro Verlust gemacht wurden.

Wir sind bereit, diesen Weg konstruktiv zu begleiten. Das wird nicht einfach sein, das wird allerdings auch nicht einfacher werden; denn wenn man Dritte hinzunehmen will, dann sind unter Umständen Investitionen in Gebäuden notwendig. Dann wäre es vielleicht doch besser, wenn die Gebäude weiterhin bei der Hochschulklinik verblieben und damit die Verhandlungsmasse vielleicht verbessert wird.

Eines wurde mir jedenfalls bei der von uns durchgeführten Anhörung klar. Es wird nicht allein damit getan sein, an den einen oder anderen Stellen etwas Personal abzubauen, sondern Effizienzen wird man nur erzielen können, wenn auch im Bauprogramm einiges getan wird, um Abläufe effizienter zu organisieren.

(Beifall der FDP)

Es wird ohne Investitionen nicht gehen. Angesichts der Finanzlage des Landes sollte man vielleicht nicht völlig ausschließen, Private mit hinzuzuziehen, in welcher Form auch immer.

Ich will nicht einer bestimmten Form das Wort reden. Das ist eher eine Frage der technischen Umsetzung.

Es geht darum, Formen zu entwickeln und vielleicht Private, die auch investieren wollen und können, mit hinzuzunehmen. Das wäre aus meiner Sicht etwas, was von uns durchaus begleitet werden kann. Wir warten mit Interesse auf Vorschläge, die noch gemacht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat auf das Verstaatlichungsdarlehen hingewiesen. Jawohl, das haben wir für richtig gehalten, halten wir auch künftig für richtig.

Wir haben den Kommunen in einer schwierigen Phase geholfen, ganz anders als andere Bundesländer.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das ist etwas, was ich voll unterstreichen kann.

Wenn aber im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs Veränderungen vorgenommen werden, kann ich die eine oder andere durchaus nachvollziehen. Es ist angedacht, die Bedarfszuweisungen sehr stark zurückzufahren. Das kann ich nachvollziehen.

Wenn man sieht, wie sich das entwickelt hat, wie viele Kommunen auf diesen Topf, der nicht größer wurde, zugreifen wollten, sodass am Ende um die 15 % an jeden ausgezahlt wurden, macht es keinen Sinn, diesen Topf aufrechtzuerhalten.

Deshalb will ich zunächst einmal keinen Einwand erheben, wenn man das in die Zweckzuweisungen überführt, um diesen Topf zu stärken.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Aber ein Problem muss schon gesehen werden – das wird auch von den Gemeinde- und Spitzenverbänden so gesehen –, dass in dem Bereich bei der Zweckzuweisung A die Sache umlagefähig ist, sodass es letztendlich unter Umständen bei der Kommune, die es braucht, nicht bleibt, sondern über die Umlage zur Verbandsgemeinde und zum Landkreis kommt.

Das müsste man näher untersuchen. Ich könnte mir vorstellen, dass vielleicht bessere Lösungen gefunden werden, die der Kommune – – – Gemeinde- und Städtebund – da können Sie nachsehen – sehen es als Problem.

(Hartloff, SPD: Zweckzuweisung? – Schlüsselzuweisung!)

– Schlüsselzuweisung, Entschuldigung, völlig korrekt. Da sind wir uns einig.

Das Problem bleibt als solches bestehen. Darauf wollte ich aufmerksam machen. Insofern lohnt es sich, darüber nachzudenken, Veränderungen im Interesse der Kommunen, der Ortsgemeinden, denen es zugute kommen soll, vorzunehmen. Ob es möglich ist, bleibt abzuwarten.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an der Stelle bleibt ein Hinweis notwendig, der nicht auf Landesebene erledigt werden kann. Im Zuge von Arbeitslosengeld II haben die Landkreise ein ganz erhebliches Finanzierungsdelta in unserem Land. Auf Bundesebene muss erheblich nachgesteuert werden, damit dieses Finanzierungsdelta die Landkreise nicht weiter belastet. Ich hof-

fe, dass es auf Bundesebene gelingt, entsprechende Verbesserungen zu erreichen.

Das Finanzierungsdelta – so wurde uns berichtet – betrug im vergangenen Jahr 47 Millionen Euro, beträgt in diesem Jahr 60 Millionen Euro und wird im nächsten Jahr voraussichtlich 70 Millionen Euro betragen. Um die Landkreise nicht zusätzlich zu belasten, sind Änderungen auf Bundesebene notwendig.

Es kann nicht sein, dass wir etwas, was auf Bundesebene vorgebracht worden ist, durch unsere Landkreise bezahlen lassen.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Hartloff hat in dem Zusammenhang unseren Vorschlag zur Verwaltungsmodernisierung erwähnt. Herr Kollege Hartloff, wir haben nie gesagt, dass wir die Verwaltung als solche aus dieser Stelle weg haben wollen. Den Ortsgemeinden sollte schon eine Verwaltungskraft erhalten bleiben.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Es ging nur um die Überlegung, ob wir uns im Landkreis wirklich drei politische Entscheidungsebenen leisten wollen und müssen, Entscheidungsebenen, die auch Geld kosten.

(Beifall der FDP –
Zuruf von der FDP: Richtig!)

Darüber kann man streiten. Ich wollte nur deutlich machen, dass das, was immer behauptet worden ist, wir wollten den Ortsgemeinden die Verwaltungskraft nehmen, so nicht zutreffend ist. Das wollten wir nicht.

(Beifall der FDP)

Es ging nur um die politischen Entscheidungsebenen.

(Hartloff, SPD: Schaffung der Verbandsgemeinde stand doch sehr im Vordergrund!)

Ich wollte es nur deutlich machen. Wir werden abwarten, was Sie in diesem Bereich für Vorschläge machen.

Herr Kollege Baldauf, allerdings geht es so schnell nun einmal leider nicht. Das wissen wir beide. Aus juristischen Gründen müssen gewisse Verfahrensabläufe eingehalten werden.

(Baldauf, CDU: Aber nicht bis 2014!)

Deshalb sollte man den Vorwurf an dieser Stelle in dieser Form vielleicht nicht so sehr erheben.

Ich komme zu dem Bereich der Justiz. Dazu habe ich schon zu Beginn etwas gesagt. Ich möchte für meine Fraktion deutlich machen, dass wir die Fortsetzung des Bauprogramms der Justizvollzugsanstalt ausdrücklich unterstützen. Es ist in Anbetracht der Überbelegung notwendig.

Wenn ich die Medien verfolge, wenn ich lese, welche Überlegungen beim Jugendstrafvollzugsgesetz zusam-

men mit anderen Bundesländern angestellt werden, möchte ich sagen, dass das der Tendenz nach dem entspricht, was auch wir an dieser Stelle für richtig halten, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen von der CDU dies in der Vergangenheit etwas kritisiert haben. Ich möchte schon darlegen, dass ein Behandlungsvollzug immer noch der beste Opferschutz ist, den wir in unserer Gesellschaft betreiben können.

(Beifall der FDP)

Ein Behandlungsvollzug, der den Straftäter befähigt, zukünftig straffrei durchs Leben zu gehen, bringt mehr Sicherheit für die Opfer, als nur auf Sicherheit abzustellen, wie Sie es in Ihren öffentlichen Erklärungen tun.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Herr Kollege Baldauf, deswegen sind wir dafür, dass der Jugendstrafvollzug in etwa in dem Sinne organisiert wird, wie es in Aussicht genommen wird.

Lassen Sie mich zusammenfassend festhalten: Herr Finanzminister, trotz der Mehrwertsteuererhöhung wird diese nach meinem Gefühl und nach dem, was Sie gestern gesagt haben, nicht vollständig zur Konsolidierung eingesetzt. Trotz einer robusten Konjunktur erfolgen keine robusten Sparanstrengungen. Sie werden nur für die Zukunft in Aussicht gestellt. Es wird insoweit ein Haushalt und eine Finanzplanung vorgelegt, die den Herausforderungen so nicht ganz gerecht wird; denn natürlich müssen wir in Zeiten, in denen die Konjunktur gut läuft, das, was wir in der Vergangenheit tun mussten, wieder ein Stück weit abbauen, damit unser Land eine Zukunft hat. Dies sehen wir als nicht in vollem Umfang gelungen. Die FDP-Fraktion wird deshalb mit kritischem Auge die Haushaltsberatungen aufnehmen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Ludwigshafen sowie den Verein der Freilichtbühne Mörschied. Seien Sie uns herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Ministerpräsident Kurt Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst dafür bedanken, dass die Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden aus ihrer jeweiligen Sicht und Verantwortung ihre Positionen klargemacht haben. Ich bedanke mich in besonderer Weise bei Herrn Fraktionsvorsitzendem Hartloff dafür, dass er nicht nur seine Linie verdeutlicht hat, sondern auch klargestellt hat, dass die Regierung mit ihren grundsätzlichen Vorstellungen – natürlich die Beratungen, die noch vor uns liegen, nicht vorwegnehmend –

die Unterstützung der regierungstragenden Fraktion hat. Dies ist entscheidend, und dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir Haushaltspolitik in einer fordernden Zeit machen, war in den letzten Jahren immer so, und das gilt auch für die kommenden Jahre. Das kann gar keine Frage sein. Insoweit wird die Landesregierung gern ihren Beitrag bei den noch anstehenden Beratungen, in den Ausschüssen sowie auch in der Schlussberatung leisten, die Anregungen und Hinweise zur Haushaltsgestaltung zu prüfen und das, was wir aus Sicht unserer politischen Verantwortung aufnehmen können – auch unbesehen, woher diese Vorschläge kommen –, zu prüfen und verantwortlich aufzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Kollege Baldauf, ich muss sagen, ich habe allerdings das eine oder andere an Kritik nur schwer nachvollziehen können. Ich habe mich schon gefragt: Von welchem Land reden Sie denn? Von welchem Land reden Sie, wenn Sie heute Vormittag ein solches Zerrbild gezeichnet haben?

(Licht, CDU: Von dem Land, das der Minister gestern angesprochen hat! Von keinem anderen Land redet er!)

Dieses Land Rheinland-Pfalz liegt in der Arbeitsmarktpolitik, die derzeit unser Hauptproblem in der Bundesrepublik Deutschland ist, an drittgünstigster Stelle, und Gott sei Dank haben sich die Werte im Laufe dieses Jahres deutlich verbessert. Es sind deutliche Zeichen der konjunkturellen Verbesserung zu sehen,

(Baldauf, CDU: Darüber sind wir froh!)

und dies gibt uns Hoffnung, dass wir diese große Herausforderung insgesamt in Deutschland besser meistern und Rheinland-Pfalz in der Spitzengruppe bleiben wird, sich deutlich besser entwickelt als unser Nachbarland Hessen, das schließlich kein schwaches Land ist, und an die vor uns liegenden Bayern schrittweise heranrücken kann. Ich finde, dies ist ein gutes Zeichen, und es verdient keine solch verzerrte Darstellung.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Baldauf, ich habe mich gefragt: Von welchem Land reden Sie denn, wenn ich insbesondere – Sie werden es auch getan haben – die Meldungen der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern und der Unternehmensverbände der letzten Tage zur Kenntnis nehme. Ich lese – und das war seit vielen, vielen Jahren nicht mehr der Fall –, dass im Bereich der Handwerkskammer Koblenz eine Geschäftslageeinschätzung von 80 % Zufriedenheit herrscht.

Wenn Sie diejenigen, die sehr zufrieden und zufrieden sind, aus dem Bereich der IHK Koblenz – um bei diesem Beispiel zu bleiben – mit hinzunehmen – Sie könnten die anderen Kammern ebenso zitieren –, kommen Sie auf

eine Quote von 92 % dieser positiven Einschätzungswerte. Wie kommen Sie denn dazu, dieses Land in Grund und Boden zu reden?

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Er hat Ihre Schuldenpolitik in Grund
und Boden geredet, nicht dieses Land! –)

– Dann haben Sie nicht zugehört. Es war ein Zerbild ersten Ranges, das Sie von diesem Land Rheinland-Pfalz abgeben haben.

(Licht, CDU: Ihre Schuldenpolitik,
nicht dieses Land!)

– Ich komme noch auf die Finanzen zu sprechen. Herr Licht, seien Sie doch nicht so aufgeregt. Ich wäre nach dieser Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden auch aufgeregt, aber hier hilft es nichts.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Sie sind doch aufgeregt! –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich will Ihnen die Ergebnisse von Politik sagen. Die Menschen erwarten Ergebnisse von der Politik. Wir reden über Ergebnisse und nicht nur über Zahlen. Wir reden auch über Zahlen, aber es gilt genauso, über die Ergebnisse von Politik zu sprechen und Bilanz zu ziehen.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei allen wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen und bei den Gewerkschaften dafür, dass wir uns gemeinsam einer zentralen Herausforderung stellen, nämlich jungen Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir haben aufgrund der Anstrengungen der Unternehmen und der Kammern, aber auch aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen aller anderen Beteiligten und der Arbeitsmarkimpulse, die dieses Land gibt und die aus den Haushalten von Frau Staatsministerin Dreyer und Herrn Staatsminister Hering kommen, in diesem Jahr eine reale Chance dazu. Wir werden aufgrund der Leistungen dieses Landes wieder deutlich über 10 % mehr zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, nachdem es im letzten Jahr eine Steigerung von über 14 % und im Jahr zuvor von über 24 % war. Dies zusammen gibt uns die Hoffnung, dass wir auch bei den schwierigen Jugendlichen wieder einen Ansatz finden, ihnen eine Perspektive für das Leben zu geben. Das gießt sich in diese Zahlen, die Sie heute in so negativen Tönen dargestellt haben. Wir werden diesen Weg im Interesse der jungen Menschen weitergehen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger haben ein ganz anderes Bild von diesem Land als die CDU. Sie haben ein völlig anderes Bild.

(Beifall der SPD)

Mein Kollege Klaus Wowereit würde sagen: Das ist gut so.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wie anders wäre es denn zu erklären

(Licht, CDU: Wir machen's einfach!)

– wir machen's einfach, Sie haben völlig recht –, wie sich die Wählerinnen und Wähler im Frühjahr dieses Jahres entschieden haben?

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: So viel zur Haushaltspolitik!)

Dann haben uns einige Leute versucht einzureden – Sie in der Aussprache zur Regierungserklärung auch –, das wäre sozusagen ein Irrtum der Wählerinnen und Wähler gewesen. Ich bin kein umfragegläubiger Mensch, aber die Wählerinnen und Wähler sagen von Umfrage zu Umfrage das Gegenteil. Selbst wenn wieder vier Fraktionen in diesem Hohen Hause sitzen würden, hätte die Sozialdemokratie nach diesen Umfragen die absolute Mehrheit. Das ist doch kein Misstrauensvotum, das daraus zu lesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich doch einmal die Reihe der Landesregierungen an. Solange Umfragen gemacht werden, habe ich das einmal angeschaut. Es war bei denen, die die Arbeit der Landesregierung mit sehr gut oder gut bewerten, noch nie besser als im Juni 2006. Von daher stammen die letzten Umfragen. Ist das nicht ein Beleg dafür, dass Sie nachdenken sollten, ob Sie über das richtige Land und die richtige Einstellung der Leute reden?

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Reden Sie doch einmal
zur Haushaltspolitik und zur
Regierungsverantwortung! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, das ist mit Prognosen immer so eine Sache. Sie wissen, Karl Valentin hat schon gesagt: Prognosen sind am schwersten, weil sie in die Zukunft gehen. – So geht es Ihnen, lieber Herr Kollege Baldauf. Ihre Prognosen sind immer ganz spannend. Ich habe eine vom 2. Oktober gelesen. Sie stand in der „Berliner Zeitung“ – ich zitiere –:

(Baldauf, CDU: Das habe ich auch gelesen!)

– Sie haben wahrscheinlich sogar das Interview gegeben, nehme ich an.

(Heiterkeit bei der SPD)

Prognosefähigkeit: Frage an Herrn Baldauf, wobei es um die Gesundheitsreform geht, nur wegen der Prognosesicherheit: „Die SPD will beim Zusatzbeitrag der Versicherten eine Belastungsgrenze von 1 % des Haus-

haltseinkommens festlegen.“ Herr Baldauf: „Das kommt nicht infrage.“ Heute Nacht haben wir es vereinbart.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Heute Nacht haben
wir 8 Euro vereinbart! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, nein, nicht 8 Euro plus.

(Baldauf, CDU: Entweder oder!)

– Nein, nicht entweder oder, nichts zu machen. 1 % Obergrenze, absolut plus. Bis 8 Euro wird keine Einzelberechnung gegeben.

(Baldauf, CDU: Nicht alles,
was Sie sagen, stimmt!)

Ich möchte Ihnen nur sagen, Sie sollten mit diesen Prognosen vorsichtig sein.

Dass Sie Ihre Bundeskanzlerin mit „ausreichend“ bewerten, das ist Ihre Sache.

(Baldauf, CDU: Ich bewerte sie mit „sehr gut“! –
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU, hält
eine blaue Karte hoch)

– Herr Dr. Rosenbauer ist schon wieder so nervös, dass er die blaue Karte gar nicht ruhig halten kann. Sie müssen noch ein bisschen warten, Herr Dr. Rosenbauer. Es hilft alles nichts. Verehrter Herr Kollege Baldauf, ich möchte noch etwas im Sinne einer redlichen Auseinandersetzung sagen. Wir haben nicht immer recht, Sie haben nicht immer recht,

(Baldauf, CDU: Doch!)

da sind wir uns einig. Deshalb streiten wir hier miteinander.

Vielleicht haben Sie immer recht, aber die Leute, die meinen, sie haben immer recht, vor denen habe ich nicht Respekt, sondern Furcht. Vor diesen Menschen habe ich Furcht.

(Beifall der SPD)

Weil man wissen sollte, woran man miteinander ist, erlauben Sie mir noch eine Anmerkung. Ich muss sagen, ich stimme Herrn Kollegen Mertin in einigen Punkten nicht zu. Das sehe ich anders als er. Nach seiner Rede weiß ich aber, woran ich bin. Bei Ihnen weiß ich es nicht.

(Baldauf, CDU: Schade, wirklich schade!
Ich gebe es Ihnen schriftlich!)

– Ich nehme aber an, das liegt weniger an mir.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Baldauf, Herr Kollege Mertin hat gesagt, wir sind für das Erststudium für Studiengebühren. Das halte ich für falsch, aber ich weiß, woran ich bin. Sie haben aber in Ihrem Programm geschrieben, wir

sind „jetzt“ auf jeden Fall gegen Studiengebühren, vielleicht später einmal.

(Billen, CDU: „Jetzt“ haben wir nicht geschrieben! –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Ja sicher, es steht dort drin.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Aber nicht „jetzt“!)

– Nicht „jetzt“, gut. Ich möchte nur sagen, wie es mit der Verlässlichkeit ist. Man kann nicht so, wie es gerne gehört wird, überall die Dinge erzählen. Wenn die „AZ“ in Mainz nichts Falsches berichtet – wieder einmal in wörtlicher Rede, wahrscheinlich sind Sie wieder falsch verstanden worden – – –

(Baldauf, CDU: Nein, das stimmt!
Das habe ich auch gelesen!)

– Das stimmt, ja? Sie haben etwas auf einer Veranstaltung der IHK gesagt. Herr Dr. Augter hat für Studiengebühren plädiert. Sie haben gesagt – wörtliche Rede –: „Dabei brauchen wir diese Studiengebühren für die Hochschulen, denn in einem Ranking sind die Hochschulen in unserem Bundesland weit abgeschlagen.“

(Baldauf, CDU: Da fehlt ein Satz!)

Was gilt denn jetzt, lieber Herr Baldauf? Was ist denn die Position der rheinland-pfälzischen CDU zu einer solch elementaren Frage? Ja oder nein? Da kann man nicht sagen: Ein bisschen. –

(Baldauf, CDU: Sie zitieren nicht ganz!)

– Ich könnte solche Beispiele fortsetzen. Sie erzählen ernsthaft in dem gleichen Interview, wir sollten in Rheinland-Pfalz die Gewerbesteuer senken und beziehen sich auf das Beispiel Ingelheim. Wissen Sie, wenn man als Oppositionsführer so etwas sagt und nicht weiß, wie viel eine bestimmte Firma in Ingelheim allein an Gewerbesteuer zusätzlich bezahlt hat – es war in der Zeitung zu lesen – und ich dann daran meine Position nur deshalb festmache, weil ich auf einer IHK-Veranstaltung bin, auf der man lieber hört, dass man Steuern in dieser Weise senkt, als dass man sie beibehält, dann ist das schon so eine Sache. Man kann über die Gewerbesteuer denken, wie man will. Wir werden sie auch im Zuge der Unternehmenssteuerreform ändern. Aber so kann man doch nicht ernsthaft Politik machen.

(Beifall der SPD)

Sie sind Jurist. Deshalb kennen Sie sicherlich diese kleine Geschichte vor Gericht, bei der der Kläger vorträgt und der Vorsitzende Richter sagt: Da haben Sie recht. – Dann trägt der Beklagte vor und der Vorsitzende Richter sagt: Da haben Sie recht. – Dann sagt einer der Beisitzer: Herr Vorsitzender, Sie können doch nicht beiden Parteien recht geben. – Da sagt der Vorsitzende Richter: Da haben Sie auch recht. – So machen Sie Politik, lieber Herr Baldauf.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich finde, wir müssen uns schon mit klaren Positionen begegnen. Da müssen wir wissen, wer wo steht. Dann können wir uns auseinandersetzen, dann ist das fruchtbringend.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich deutlich machen, dieser Haushaltsplan ist von einem – – –

(Weitere Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Sind Sie jetzt böse, Frau Kohnle-Gros? Das war doch eine schöne Geschichte.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Nein, ich bin nicht böse!
Haben wir Ihnen aber vorgelesen,
was über Sie überall steht?)

– Ich wollte Sie nicht böse machen. Sie reden aber so schnell, dass ich Sie nicht verstehen kann. Ich habe es wirklich nicht verstanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Schämen Sie sich!)

dieser Haushaltsplan ist von einem Dreiklang geprägt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist im Übrigen der gleiche Dreiklang, auf den sich auch die Bundesregierung geeinigt hat, nämlich den Haushalt konsolidieren, inhaltlich die richtigen Schwerpunkte in die Zukunft hinein setzen und darüber hinaus Vorsorge für die Zukunft treffen. Das sind unsere drei Hauptansätze.

Ich denke, dass wir uns alle darüber einig sind, dass die Investitionen, auch die zusätzlichen in Schule, Bildung und frühkindliche Bildung, Notwendigkeiten sind, die auch bei einem engen Haushalt – da widerspreche ich Herrn Kollegen Mertin – für uns nicht aufschiebbar sind.

Wir können es uns nicht leisten, zwei oder drei Kindergartenenerationen nicht in diese Förderung mit dem Hinweis darauf einbeziehen, dass wir bis dahin den Haushalt noch nicht konsolidiert haben. Wir haben da eine andere Auffassung. Ich sage das in aller Klarheit. Ich meine, wir können uns das nicht leisten. Diese Kinder können es nie nachholen, was sie nicht an Förderung bekommen haben. Selbst wenn man es fiskalisch betrachten würde, würde es uns doch nicht mehr zu Gebote stehen und nicht mehr nutzen, wenn diese Kinder ins Erwachsenenalter kommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht um diesen Schwerpunkt. Er ist eindeutig in diesem Haushalt nachlesbar. Ich muss das nicht noch einmal wiederholen, weil Herr Hartloff darauf eingegangen ist.

Es geht um die Sicherheit für die Menschen. Es geht um die soziale Sicherheit und um die Innere Sicherheit. Die soziale Sicherheit ist eine Herausforderung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen, die nicht nur die Bundespolitik, sondern auch auf ihre Weise die Landespolitik zu bewältigen hat, ärztliche Versor-

gung, entsprechende Sicherstellung der Rettungsmöglichkeiten und die Für- und Vorsorge gegenüber Menschen mit Behinderungen, gegenüber alten Menschen. Das wissen wir. Ich glaube da an den Konsens. Es müssen Weichen gestellt werden. Wir sind dabei.

Im Übrigen hat das Frau Dreyer in den Bereichen getan, in denen es nicht ganz einfach war. Wir haben eine Umorganisation des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren hinbekommen, die beachtlich ist. Ich rede nicht wie jemand, der das nur beobachtet. In meinem Wahlkreis ist die größte Klinik, mal abgesehen von der Universitätsklinik. Diese ist tiefgreifend umstrukturiert worden. Das ist das Pfalzklinikum Klingenmünster.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Ihr äußerster Bezirksverband, das weiß ich, Herr Kollege Baldauf. Das haben wir gemeinsam gemacht. Fragen Sie Ihren Oberbürgermeister, wie das gewesen ist.

(Baldauf, CDU: Das wollte ich gerade mal erwähnt haben!)

– Das ist ein guter Mann. Da haben Sie Recht. Dagegen ist nichts zu sagen. So unterschiedlich sind die Dinge im Leben gelagert.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte damit sagen, ich weiß schon, was Bezirksverband und Landesaufgabe ist.

Da ist eine Menge passiert. Ich finde, es ist eine große Leistung, wenn es an einer Stelle passiert, an der die Menschen sensibel sind, ohne die Menschen in Angst und Unruhe zu versetzen. Das war eine große Leistung. Das will ich deutlich machen.

Wir wollen an dieser vorsichtigen Vorgehensweise, die nicht zögerlich und ängstlich ist, aber vorsichtig, damit nicht mehr Unruhe entsteht als notwendig, im sozialen Bereich festhalten. Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sicher sein, dass die soziale Stabilität dieses Landes, die Hilfe für diejenigen, die Hilfe brauchen, ein Gebot ist, das wir in haushaltsmäßig schwierigen Zeiten nicht außer Acht lassen.

(Beifall der SPD)

Das gilt für die Innere Sicherheit. Es ist darauf hingewiesen worden. Ich glaube, wir können froh darüber sein, dass wir so hohes Vertrauen in unsere Polizei und Justiz haben. Auf der anderen Seite können wir froh darüber sein, dass Polizei und Justiz bisher sehr erfolgreich gearbeitet haben. Wir wollen es mit guter Ausbildung vergelten. Wir können es nicht damit vergelten, dass wir sagen, wir geben jedem materiell das dazu, was er braucht. Wir wollen mit aller Kraft versuchen, die Ausstattung so hinzubekommen, dass die Polizei auf der einen Seite und die Justiz auf der anderen Seite ihre Aufgaben erfüllen können.

Deshalb haben der Justizminister und der Innenminister die Unterstützung nicht nur der gesamten Landesregie-

rung, sondern auch der diese Regierung tragenden Fraktion, wie ich gehört habe. Ich finde, das sind wichtige Grundpfeiler.

Es ist ein Erfolg, dass wir in diesem Land, mal abgesehen von einigen regionalen Problemen, keine Herausforderungen oder Verwerfungen hinsichtlich der Müllentsorgung haben. Erinnern Sie sich daran, was wir mit Sondermüll miteinander an Sorgen ausgetauscht haben. Erinnern Sie sich daran, wie viel Millionen wir in eine Altlastensanierung aus dem Ersten Weltkrieg investieren mussten.

Ich finde, das muss man in Erinnerung rufen, weil es eine Menge mit Finanzanstrengungen zu tun hat. Niemand in diesem Haus war schuld. Niemand unserer Eltern war schuld. Das war zu einer Zeit, als die Fabrik mit dem Senfgas in Hallschlag explodierte, in der an uns noch nicht gedacht worden ist. Trotzdem müssen wir uns dem stellen. Es gab Uranlager und ähnliches mehr, die uns gleich gefordert haben.

Meine Damen und Herren, ich finde, der nächste Schritt, den wir so konsequent weitergehen werden, wie er begonnen worden ist, ist im Bereich Hochwasser zu gehen. Herr Hartloff hat darauf hingewiesen. Wir haben Gott sei Dank seit einigen Jahren kein sehr großes Hochwasser mehr gehabt.

Während meines Urlaubs an der Mosel hatte ich mit einigen Leuten geredet. Herr Licht, Sie kennen das. Wenn man mit den Leuten in den Keller kommt, sagen sie, bis dahin hat das Wasser gestanden usw. Eines wird klar, dass wir das, was wir tun können, tun müssen. Das gilt für die Mosel mit den technischen Möglichkeiten, die aufgrund der Topographie begrenzt sind. Das gilt für den Glan, die Lahn und für den Rhein. Mein Wunsch wäre, dass wir dort zusammenbleiben.

(Licht, CDU: Wir sind bei den drei Säulen!
Wir hätten eine vierte hinzugefügt!)

Ich finde jede Unterstützung anerkennenswert. Ich möchte nur dafür plädieren zusammenzubleiben. Ich erlebe es vor Ort leider nicht immer so. Da erlebt man schon anderes. Wir bleiben bei unserer Linie, weil wir es den Menschen schuldig sind und diese Vorsorge jetzt getroffen werden muss. Die in der letzten Woche mit Baden-Württemberg getroffenen Absprachen geben mir zusätzliche Hoffnung, dass wir vorankommen.

Ich gebe allen Recht, die sagen, wir müssen noch in die Grundinfrastruktur dieses Landes investieren. Das sind auch Straßen. Ja, das ist auch die B 10. Das ist auch die B 9. Ich weiß, wovon ich rede. Das ist alles in meinem Wahlkreis. Dazu gehört die B 427.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich nenne nur die Stellen, die umstritten sind. Herr Billen, an der Stelle, an der alle dafür sind, wie bei der A 1 usw., ist es leichter dafür einzutreten. An der Stelle, an der die Hälfte dagegen ist und dagegen mobilisiert wird, ist es schwieriger. Das will ich nur sagen. Ich bin froh, dass es da so ist. Wir sind uns völlig einig, was in der

Eifel notwendig ist. Das ist keine Frage. Wir kämpfen dafür, dass es vorangeht.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das gilt auch für eine Reihe von Strecken im Westerwald. Ich glaube, dass es eine unglaublich wichtige Entwicklung war, dass wir in Bad Ems diese Umgehung hinbekommen haben. Das ist die Chance. Wenn wir eine Chance haben wollen, dann ist das die Chance für die Stadt überhaupt. Deshalb bin ich froh, dass das vorangebracht worden ist. Ich will Hans-Artur Baukhage ausdrücklich meinen Respekt sagen. Ich weiß, es war nicht einfach, auf der Strecke voranzukommen und dieses unglaublich teure Bauwerk umzusetzen.

Ich rede davon, dass wir in vielen Punkten einig sein können. Wir machen die Dinge. Wir schlagen in diesem Haushalt für diese Investitionen in die Infrastruktur eine halbe Milliarde Euro, anteilig die ersten 100 Millionen Euro vor. Wir schlagen Ihnen darüber hinaus vor, in anderen Investitionsbereichen – das Stichwort „Hochschule“ ist genannt worden – in dieser Legislaturperiode eine weitere halbe Milliarde Euro einzusetzen.

Ich finde, das sind richtige und notwendige Entscheidungen. Man könnte sie um eine Reihe von Beispielen fortsetzen. Ich will es damit bewenden lassen.

Eine zweite große Anstrengung betrifft die Vorsorge für die Zukunft. Das hat etwas mit dem Umgang mit natürlichen Ressourcen zu tun. Ich glaube, dass wir seit Jahren eine gute Politik bezüglich der Forstwirtschaft haben, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung ist. Wir haben ein hohes Maß an Übereinstimmung bezüglich der Bedeutung der Erhaltung der Kulturlandschaft durch unsere bäuerliche Landwirtschaft und der Sonderkulturen im Bereich des Weinbaus und anderer Bereiche mit Sonderkulturen.

Ich kann dort – sehen wir einmal von Details in einzelnen Schritten ab – auch in den letzten Jahren keine wirklichen Differenzen erkennen. Die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fach- und Berufsverbänden spiegelt dies auch wider. Ich glaube, dass wir bei der bewährten Linie bleiben sollten – der eine oder andere Akzent wird, wie das in der Entwicklung immer ist, neu hinzugefügt und neu herausgehoben –, dass wir zwei Dinge tun sollten, den ländlichen Strukturwandel zu begleiten, aber auch den jungen Betriebsinhabern, die eine Chance im Bereich der Landwirtschaft sehen, besonders zu helfen, Stichwort „Jugendländereprogramm“ und anderes, damit sie ihre Aufgabe im Bereich der Landwirtschaft weiter erfüllen können. Ich glaube, da ist Konsens insgesamt in dieser Politik. Sie findet sich auch in diesem Haushalt wieder. Wir werden das auch für den Rest dieser Legislaturperiode so halten.

Natürlich gehört dazu auch, dass man heute Weichen stellt hinsichtlich der Verantwortlichkeiten gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ist das Stichwort „Pensionsfonds“. Diese Zerrbilder, die hier gemalt worden sind, lasse ich einmal unkommentiert. Ich will aber eines sagen – da unterscheide ich mich auch von der Kritik des Rechnungshofs, die ich sehr wohl

ernst genommen und auch mit in meine Überlegungen einbezogen habe, so wie dies für die Landesregierung insgesamt gilt –, ich glaube, es wäre ein Denkfehler, meinten wir, solange wir angespannte Haushalte haben, also wenn man so will, jede Aufgabe am Ende immer durch Kredite finanziert wird – das kann man bei jeder Aufgabe so definieren –, verzichten wir in dieser Zeit auf die Rücklage; denn die Negativverzinsung läuft. Sie läuft, ob wir eine Rücklage bilden oder nicht.

Die Tatsache, dass dieser Haushalt im Bereich des Pensionsfonds eine erhebliche zusätzliche Belastung beinhaltet, hat doch damit zu tun, dass wir versicherungsmathematisch neu gewichten mussten, weil die Menschen Gott sei Dank älter werden, wir andere Verhältnisse zwischen Aktiven und Nichtaktiven haben, und die Zinsentwicklung insgesamt in der Wirtschaft auch für mündelsichere Anlagen etc. sich verändert hat.

Wenn wir es – so herum sehe ich es – nicht etatisieren würden, wenn wir es aussetzen würden – das würde uns viel helfen, zunächst einmal den Haushalt deutlich entspannen; gar keine Frage –, wenn wir das nicht tun würden, glaube ich, würden wir einen Schattenhaushalt aufbauen. Dann würden wir einen Schattenhaushalt auf Belastungen aufbauen, die in 25 oder 30 Jahren auf diejenigen, die dann Verantwortung haben, zukommen. Ich möchte es einmal so herum beleuchten, ohne dass ich nicht sage, man muss die Kritik zur Kenntnis nehmen und sie auch werten und gewichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Kinderspiel zu sagen, „Wo ist denn das Geld in bar?“, das ist in der Tat so, als wenn jemand zur Sparkasse geht und sagt: „Ich will aber mein Geld sehen, ob es auch wirklich da ist.“

(Billen, CDU: Na, na, na!)

– Das ist das gleiche Spiel. Ich will noch einmal deutlich machen, das ist das gleiche Spiel, das Sie versuchen, uns hier – – –

(Unruhe bei der CDU)

– Jetzt regen Sie sich wieder auf. Das ist doch gar nicht so schlimm. Ich will Ihnen noch einmal die Zusammenhänge versuchen deutlich zu machen. Wir könnten genauso gut diese Mittel, die wir ansparen, nehmen und bei der Landesbank oder bei einem anderen Kreditinstitut anlegen. Das ist genauso gut. Das wäre für den Haushalt der gleiche Effekt. Wir könnten uns genauso gut an anderer Stelle Mittel borgen.

Nur eins würden wir dabei tun. Dann müssten Sie uns schelten, wenn wir das täten. Wir würden in Kauf nehmen, dass jede Bank, bei der wir anlegen und bei der wir auf der anderen Seite oder bei einer dritten Kredite aufnehmen, doch eine Rendite braucht und Bearbeitungskosten hat. Warum sollten wir uns denn selbst für unser Geld eine Rendite auferlegen und sie uns obendrauf auf den Haushalt packen? Das wäre doch schlichter Unfug. Nichts anderes ist die Anlage dieses Fonds.

(Beifall der SPD)

Jetzt möchte ich eine zweite Bemerkung machen. Es kann sein, dass der eine oder andere das immer noch nicht nachvollziehen kann, aber es ist so.

(Zurufe von der CDU)

Ich mache eine zweite Bemerkung.

(Schreiner, CDU: Dürfen wir sie dann oben draufrechnen?)

– Ach Herr Schreiner. Wenn Sie irgendwann einmal zu dieser Materie wirklich etwas Ernsthaftes hier sagen, dann reden wir darüber. Mit solchen Zwischenrufen befasse ich mich sonst nicht.

(Schreiner, CDU: Ich beziehe mich auf den Bericht!)

Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen.

(Bracht, CDU: Das ist das Gleiche, was der Rechnungshof sagt!)

– Ich bin doch gerade darauf eingegangen.

(Bracht, CDU: Ist das falsch, was der Rechnungshof sagt?)

Jetzt sagt er, ich höre nicht, was der Rechnungshof sagt. Ich rede jetzt gerade fünf Minuten darüber, und er sagt, ich höre nicht, was der Rechnungshof sagt.

(Bracht, CDU: Dazu haben Sie nichts gesagt!)

– Lieber Herr Bracht, Entschuldigung, Sie verblüffen mich immer wieder, leider nicht zum Positiven.

Aber lassen Sie mich ein Wort zur Frage sagen, wie es denn ist, wenn ich Geld für die Zukunft zurücklege. Ist es dann Vermögen oder keines? Sie sagen, das wäre keines.

(Baldauf, CDU: Wenn es da ist, schon!)

– Das ist da. Das ist doch gar keine Frage. Herr Baldauf, es ist wirklich schwierig, ernsthaft mit Ihnen zu diskutieren.

(Baldauf, CDU: Ich meine das auch!)

Ich will versuchen, Ihnen auch da ein Beispiel zu nennen, nicht das von sieben Autos und einem leeren Schwimmbad – das habe ich nicht verstanden –, sondern ein anderes. Ich habe es so gemacht: Als ich mir ein Häuschen gebaut habe, habe ich parallel dazu sehr bewusst noch ein bisschen gespart und etwas auf die hohe Kante gelegt. Es könnte ja etwas passieren. Es hätte einer nicht mehr arbeiten können, weil man krank wird, und dann hätte es mit den Krediten eng werden können.

Also hat man sich, obwohl es eng genug war, noch ein bisschen etwas angespart, um darauf zurückgreifen zu können. War das deshalb kein gespartes Geld, das mir gehört hat damals, weil ich noch Schulden auf mein

Haus hatte? Solche Sachen rechnen Sie uns vor. Das ist völlig daneben. Natürlich ist das etwas, worauf dieses Land Rheinland-Pfalz in Zukunft zurückgreifen soll. Wir haben über Generationen gedacht in dieser Frage. Wir hätten es uns leichter machen können, aber wir machen nicht Politik „Nach uns die Sintflut“, sondern denken in der Tat über Generationen hinweg.

(Starker Beifall der SPD)

Dann bin ich beim dritten Punkt dieses Dreiklangs, von dem ich rede, nämlich Zukunftsinvestitionen, Zukunftsvorsorge und Konsolidierung des Haushalts. Ja, das ist ein mühsamer Prozess, und ja, wir hatten eine Situation, als ich damals vor sieben Jahren ein Datum genannt habe „2006 oder 2008“, da bin ich – das habe ich damals auch hier so gesagt; Sie können es im Protokoll nachlesen – von den prognostizierten Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft ausgegangen. Wir wissen alle, es ist völlig anders gelaufen, als die Prognosen alle waren. Zum damaligen Zeitpunkt – auch das können Sie nachlesen – – – –

(Bilden, CDU: Mit den Prognosen ist es schwierig!)

– Die sind schwierig, weil sie in die Zukunft gehen. Das habe ich gesagt. Aber zum damaligen Zeitpunkt haben die Redner der Opposition hier gesagt, wir hätten den Haushalt in den Einnahmen unterveranschlagt. Schauen Sie es einmal nach. Es ist so. Sie haben gesagt, wir hätten unterveranschlagt, die Einnahmen wären höher. Sie haben sich genauso geirrt, wie ich mich geirrt habe. Deshalb war dieses Datum nicht zu halten. Im Gegenteil, wir hatten Jahre der Stagnation, ja sogar des Minuswachstums. Es ist ein blödes Wort, aber es wird halt so gebraucht. Deshalb sind wir jetzt in einer anderen Situation. Dass wir in Rheinland-Pfalz die ganze Zeit Sonderanstrengungen zu bewältigen hatten, wie andere den Strukturwandel, aber eben auch die Konversionsherausforderungen, ich glaube, das ist unbestritten. Das muss man mit einbeziehen. Deshalb haben wir jetzt eine Kraftanstrengung auch weiterhin zu unternehmen. Wir unternehmen sie.

Meine Damen und Herren, wenn man die Einmal Erlöse von 2005 sieht, muss ich sagen, das ist kein willkürliches Datum. Jeder von uns, der Haushalte schon einmal gemacht hat, auch kommunal, weiß, man nimmt das Ist, man nimmt das veranschlagte Soll für das laufende Jahr und prognostiziert darauf in die Zukunft.

Das ist es nicht zu sagen, 2005 habt ihr etwas Willkürliches. Wir hatten 2005 eine Vermögensaktivierung von 47,9 Millionen Euro. Das ist auf 623 Millionen Euro heruntergegangen. Es wird auf 298 Millionen Euro und dann auf 274 Millionen Euro heruntergehen. Wir werden diesen Kurs fortsetzen und 2011 auf Null sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden 2011 – das können Sie in der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen – nicht nur auf Null sein, was die Vermögenserlöse angeht, sondern wir werden auch zu diesem Zeitpunkt eine deutliche Absenkung der Nettokreditaufnahme auf unter 300 Millionen Euro erreicht haben, wenn Sie die Rücklagen des Pensionsfonds so

werten, wie wir sie werten. Wir sagen zu Recht, dass wir dann einen sehr großen Topf angefüllt haben, der zu diesem Zeitpunkt in der Größenordnung von 2,9 Milliarden Euro liegen wird: Geld der Menschen in Rheinland-Pfalz, das ausgegeben wird, wenn die Ausgabenberge für die Pensionen kommen – also Vorsorge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insoweit will ich darauf hinweisen, dass ich nicht so ganz verstehen kann, wenn man sagt, da würde nicht konsolidiert. Man kann immer sagen, es müsse noch mehr sein. Aber solche Steigerungsraten, die sich unter der Preissteigerungsrate bewegen, die sich mit 1,1 % und 1,2 % für 2007 und 2008 auf dem Niveau des Finanzplanungsrats bewegen, zu unterbieten, bedarf mehr, als ständig zu sagen, denkt an unsere Kinder. Das bedarf mehr.

(Beifall der SPD)

Wir werden auf Ihre Vorschläge während dieser Haushaltsberatungen gespannt sein. Von dem, was ich vorhin von Herrn Kollegen Baldauf gehört habe: Ich habe nur Mehrforderungen erlebt.

Herr Kollege Baldauf, Sie können immer davon ausgehen, dass ich das alles lese. Sie sind hier in der Stadt, in Mainz, und versprechen für das Stadion und den Schlossausbau locker: Sie unterstützen uns.

(Baldauf, CDU: Für das Stadion?)

– Das haben Sie auch schon gemacht. Fragen Sie einmal Ihren haushaltspolitischen Sprecher.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Ihr haushaltspolitischer Sprecher sitzt doch hinter Ihnen, oder hat er nichts zu sagen?

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Im Unterschied zu Ihnen lese ich Zeitung. Sie sollten das machen. Das bildet. Glauben Sie es mir.

(Zurufe von der CDU)

Für das Schloss haben Sie mir sogar einen Brief geschrieben, und Herr Schreiner, der Ihr Haushaltsverantwortlicher ist, hat sogleich gesagt, das mit dem Stadion müsse alles schnell gehen und noch besser laufen.

(Schreiner, CDU: Schnell!)

– Ist es wahr oder nicht?

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Gut.

Ich will nur sagen, was ich bisher gesagt habe. Wir sind gewillt, in beiden Sachen Vernünftiges zu tun. Aber ich höre von Ihnen nur: obendrauf und mehr Stellen.

(Baldauf, CDU: Mehr Stellen?)

– Ja, sicher. Sie haben doch vorhin gesagt, wir brauchen mehr Lehrer.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Sie müssen schneller denken, sonst kommen wir nie zurande.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

– Nein. Sie haben vorhin gesagt, das mit den Lehrerstellen, die 200, reicht nicht.

Das will ich im Kopf addieren und warte voller Begierde darauf, wie es aussieht, wenn Sie Haushaltsanträge stellen.

(Zurufe von der CDU)

– Ist es nicht erlaubt – – –

(Lelle, CDU: Es ist hier wie beim Stammtisch!)

– Habt Ihr bei euch in der Südwestpfalz so niveauevolle Stammtische? Das finde ich gut.

(Baldauf, CDU: Oh, eine Beleidigung!)

– Ist das eine Beleidigung?

Meine Damen und Herren, es wäre reizvoll, über Ihr Lob über andere Länder zu reden.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Man darf
überhaupt nichts sagen! Das
wäre Majestätsbeleidigung!)

Ich will nicht über andere Kollegen reden. Die haben es genauso schwer wie wir und wir so schwer wie sie.

Aber ich frage doch noch einmal – ich könnte es zitieren; ich habe es hier –, wie kann man hier solche Geschichten erzählen? In Hessen hat der hessische Finanzminister in der Debatte gestern genau den gleichen Weg begründet wie Kollege Professor Dr. Deubel gestern in seiner Haushaltsrede, nämlich: Wir kommen von den Schulden nicht herunter oder nur in kleinen Schritten, aber wir senken dafür die Veräußerungserlöse ab. In Hessen ist es der gleiche Weg. Jetzt machen wir uns nichts vor.

(Baldauf, CDU: Die geben und wir nehmen!)

– Die geben und wir nehmen.

Ich will einmal etwas sagen: Wenn Sie den Finanzausgleich in allen Aspekten zusammenrechnen, dann stehen wir auf der Negativseite, was das Geben angeht, dann geben wir mehr, als wir bekommen. Wenn ich so viel für Forschung und Bundesunternehmen bekommen würde wie andere, beispielsweise Bayern, dann wäre Rheinland-Pfalz in einer viel besseren Situation. Ich neide es den Bayern nicht. Aber es stimmt nicht, was Sie ständig sagen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Lieber Herr Kollege Baldauf, Sie haben mich einen Schuldenmacher, einen Insolvenzverwalter und noch ein paar Geschichten genannt.

(Billen, CDU: Insolvenzverwalter nicht!)

– Doch, das haben Sie gemacht.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Na gut. Es ist auch egal. Es war so die übliche üble Tour. Sei es drum: Ich kann das ab.

Nur, wie kann man denn, wenn man so im Glashaus sitzt wie Ihre Fraktion – – –

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
Das hatten wir aber schon!)

– Das bekommen Sie aber noch ein paar Mal zu hören.

(Zurufe von der CDU)

– Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, wissen Sie, das bekommen Sie noch ein paar Mal zu hören, weil Sie als CDU-Fraktion ein Budget von 1,5 Millionen Euro haben. Wir reden hier über ca. 11 Milliarden Euro pro Jahr, 22 Milliarden Euro über zwei Jahre Doppelhaushalt.

Sie haben so, wie Sie da sitzen, ein Budget von 1,527 Millionen Euro zu verwalten.

(Billen, CDU: Richtig!)

Sie haben es fertiggebracht, aus diesem Budget von 1,5 Millionen Euro innerhalb eines Jahres ein Minus von 403.726 Euro zu machen.

(Baldauf, CDU: Sie wissen genau,
woher das kommt!)

Das haben Sie fertiggebracht, und Sie wollen uns hier ernsthaft sagen, wir könnten nicht mit Geld umgehen und Sie sollten die Landeskasse anvertraut bekommen?

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das wollen Sie uns ernsthaft sagen?

Schuldenmacher haben Sie mich genannt, meine Damen und Herren. Das muss man in der Politik hinnehmen. Das tue ich auch.

Was halten Sie von Leuten, die zum 1. Januar 2005 einen Schuldenstand Null und zum 31. Dezember einen Schuldenstand von 154.665,49 Euro hatten? Was halten Sie denn von Leuten, die parallel dazu am 1. Januar 2005 ein Vermögen von 256.984,70 Euro und am Ende des Jahres von 7.924,14 Euro hatten? Was würden Sie – um bei Ihrem Jargon „der Beck ist ein Schuldenmacher“ zu bleiben – zu solchen Leuten sagen?

(Baldauf, CDU: Ist denn der Baldauf
ein Schuldenmacher?)

– Waren Sie nicht in der Fraktion? Geht Sie das nichts an?

(Baldauf, CDU: Ist der Baldauf ein Schuldenmacher?)

– Geht Sie das nichts an? Ich habe Sie gefragt, was Sie denn dazu sagen würden.

(Baldauf, CDU: Ja oder Nein?)

– Sie alle sind Schuldenmacher, wenn Ihr Maßstab gilt.

(Baldauf, CDU: Ja oder Nein?)

– Ja oder Nein? Natürlich sind Sie Schuldenmacher.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Ja, natürlich sind Sie Schuldenmacher.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, dann kommt das übliche Spiel zu sagen, die Landesregierung würde für zwei Dinge zuviel Geld ausgeben: Einmal für die Spitzenadministration. Da kann ich nur sagen: Den Haushalt zu lesen, hätte Sie vor einer solchen Aussage bewahrt. Die Staatskanzlei hat im Jahr 2006 einen Haushaltsansatz von 37,4 Millionen Euro, 2007 von 26,3 Millionen Euro und 2008 von 25,7 Millionen Euro. Ich will gar nicht verschweigen, dass da auch drinsteckt, dass die Ausländerbeauftragte mit ihren Leuten ins Ressort von Frau Dreyer gewechselt ist.

Wie kommen Sie aber dazu, von einer Aufblähung des Apparats zu sprechen? Ich will Sie nicht langweilen, aber lesen Sie einmal die Entwicklung der einzelnen Ressorts. Sie werden feststellen, dass in den Bereichen, in denen Bildung und Hochschulbildung sowie Innere Sicherheit betrieben wird, die Ansätze steigen. Insgesamt wird im Innenressort jedoch ein Einsparvolumen realisiert. Wie kann man also so etwas behaupten? Die Zahlen sind eindeutig.

Jetzt folgt das zweite beliebte Spiel. Sie haben gesagt: „Gute Politik verstehen die Menschen auch so.“ – Das haben Sie im Zusammenhang mit Werbeaktionen gesagt. Das haben wir Ihnen übrigens im Detail angekündigt und auf eine Mündliche Anfrage in der vergangenen Sitzung dieses Hohen Hauses mitgeteilt.

(Wirz, CDU: Das muss man nicht gutheißen, weil Sie das verkünden!)

– Ich wollte nur sagen, dass Ihnen das bekannt ist.

Ich zitiere noch einmal Herrn Kollegen Baldauf: „Gute Politik verstehen die Menschen auch so.“ – Für Öffentlichkeitsarbeit hat die CDU-Fraktion 83.253,14 Euro ausgegeben. Das ist fast viermal soviel, wie die SPD-Fraktion für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben hat, die deutlich größer ist.

(Zurufe von der CDU)

Sie dürfen so viele Schulden machen, wie Sie wollen. Ich frage mich nur, wie schlüssig Ihre Aussagen sind, wenn die Menschen gute Politik auch so verstehen. Dann hätten Sie nicht so viel Geld ausgeben müssen. So toll kann Ihre Politik dann offensichtlich nicht gewesen sein.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

– Herr Kollege Wirz, ein gutes Gedächtnis macht Freude in Debatten.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Nein, ich habe das nicht in den Zusammenhang mit dem Land gestellt, sondern ich habe seine Aussage in Relation gestellt. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Es könnte aber auch falsch sein, was er gesagt hat, und man muss doch werben.

(Beifall der SPD)

Ein bisschen Freude bei der Debatte ist schon etwas Schönes. Wenn Sie mich nicht so provozieren würden, würde ich es lassen. Es macht aber so viel Freude mit Ihnen.

Erinnern Sie sich daran, dass wir einmal einen halben Tag damit verbracht haben – – –

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Keine Drohungen, Herr Baldauf.

Wir haben einmal einen halben Tag lang über Ihren Vorwurf diskutiert, wir würden zu viele Gutachten erstellen lassen. Dies sei schrecklich, und man brauche überhaupt keine Gutachten. Dies sei herausgeschmissenes Geld. Ich will es nicht noch einmal tun; denn sonst würde ich Sie darauf verweisen, dass Sie als Fraktion eine Viertelmillion Euro für Gutachten ausgegeben haben.

Deshalb möchte ich Ihnen den Ratschlag geben, nicht nur mit dem Kurzzeitgedächtnis zu arbeiten. Andere vergessen es nicht, und dann steht man überhaupt nicht gut da. Das ist nun einmal so, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich würde mich wirklich darüber freuen, wenn die CDU-Fraktion einige Sparbeschlüsse mittragen würde. Ich lade Sie herzlich dazu ein.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Zum Beispiel die notwendigen Einschnitte beim Personal.

(Billen, CDU: Wo sparen Sie noch?)

– Das habe ich Ihnen doch vorgetragen. Soll ich das wiederholen? Es geht um die Absenkung der Eingangsbesoldung, um eine nur 0,5-prozentige Anpassung außer im einfachen und mittleren Dienst usw.

Ich lade Sie ein, den Mut zu haben, einen solchen Weg mitzugehen. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Außerdem lade ich Sie noch zu einer zweiten Sache ein. Sie haben gefordert, Doppelarbeit bzw. Doppelverwaltungen abzubauen. Ich kenne keine, aber vielleicht kennen Sie eine.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Lieber Herr Kollege, ich bin gespannt darauf, wie die weitere Reform der Katasterämter aussehen wird. Bei diesen Reformen treten mir Ihre Kolleginnen und Kollegen mit heftigen Protesten entgegen. Ich habe die Erwartung, dass Sie sagen, dass Sie Trier, Neustadt oder Koblenz auflösen wollen. Darauf bin ich gespannt. Wenn es Überschneidungen bei den Behörden in einzelnen Bereichen gibt, dann werden wir das auch in Ordnung bringen. Sagen Sie aber so etwas einmal. Dann bin ich erstaunt.

Herr Kollege Böhr hatte sogar fast schon einmal den Mut vorzuschlagen, eine Hochschule in Rheinland-Pfalz abzuschaffen. Das würde ich nicht für falsch halten. Wenn Sie diesen Mut hätten, dann würde ich Ihnen Ihr Wort von den Kindern und Kindeskindern gern abnehmen. Solange Sie aber nur salbungsvolle Worte finden und zu keinem einzigen Punkt eine Linie andeuten, solange muss ich vermuten, dass das Sprechgebilde sind, um kein anderes Wort zu verwenden.

(Beifall der SPD)

Nun zu dem beliebten Thema, dass das Land Rheinland-Pfalz wie weiland die Raubritter die Kommunen ausplündere. Das Land Rheinland-Pfalz wird auch in diesem Doppelhaushalt den Verbundsatz stabil halten, die Verbundmasse um jeweils 70 Millionen Euro steigern und ein Verhältnis zwischen allgemeinen Zuweisungen und Zweckzuweisungen von 60 zu 40 beibehalten. Von einer Fremdbelastung kann überhaupt keine Rede sein. Zeigen Sie mir das einmal bei anderen Ländern. Das Land Rheinland-Pfalz wird den Beistandspakt fortsetzen. Er wird im Jahr 2008 in die erste Phase der Rückzahlungen kommen. Damit werden den Kommunen 380 Millionen Euro zinsfrei kreditiert.

Jetzt zu den Lobliedern der anderen. Baden-Württemberg belastet den kommunalen Finanzausgleich um 560 Millionen Euro, Schleswig-Holstein um 120 Millionen Euro – in Schleswig-Holstein ist die Hölle los, das bestätigen Ihnen alle Kommunalpolitiker aller Couleur –, Nordrhein-Westfalen um 300 Millionen Euro, Hessen um 100 Millionen Euro, Niedersachsen um 170 Millionen Euro. Diese Beträge nehmen die Länder jeweils aus dem kommunalen Finanzausgleich, um ihre Konsolidierungsbemühungen zu unterstützen. Wir hingegen haben in den vergangenen Jahren 380 Millionen Euro hinzugefügt. Das entspricht der Realität und der Wirklichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Die Landesregierung wird ihre Politik der Konsolidierung, der Setzung klarer politischer Schwerpunkte und der Vorsorge für die Zukunft fortsetzen. Dabei werden wir die Kommunen nicht abhängen und Konsolidierung nicht auf ihrem Rücken betreiben, sondern wir werden sie

begleiten und unterstützen auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit.

Wir verkennen nicht, dass wir anstrengende Wege vor uns haben. Wir verkennen nicht, dass wir uns bis zum Jahr 2011, bis zum Ende der Laufzeit des Finanzplans, der Ihnen nun vorgelegt wurde, in dieser Legislaturperiode noch gewaltig anstrengen müssen und schwierige Entscheidungen zu treffen sein werden. Sie wissen, dass ich so schnell nichts vergesse. Ich werde Sie dann an Ihre Worte der Verantwortung für die Zukunft erinnern. Dann werden wir sehen, ob Sie die Hand hochbekommen, wenn es wehtut. Ich fürchte, es wird wieder nicht so sein. Ich möchte Ihnen diese Chance aber nicht nehmen. Sie wissen aber, dass im Himmel mehr Freude über einen reuigen Sünder entsteht als über 100 Gerechte.

(Zurufe von der CDU)

Wir können gemeinsam beweisen, dass das so ist. Die Landesregierung und die sie tragende Fraktion werden diesen Kurs klar fortsetzen. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wissen, woran sie mit dieser sozialdemokratisch geführten Landesregierung sind. So wird es in diesem Doppelhaushalt und in dieser Legislaturperiode sein.

Vielen Dank.

(Lang anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, es wiederholt sich alles in diesem Plenum. Es war völlig klar, wie Sie wieder reagieren würden. Wenn Sie heute Morgen unserem Fraktionsvorsitzenden zugehört hätten, hätten sie mitbekommen, dass er all das nicht gesagt hat, was Sie ihm unterstellen.

(Unruhe bei der SPD)

Er hat einzig und allein über den Haushalt gesprochen und über sonst gar nichts. Er hat nicht das Land niedergemacht, sondern er hat über den Haushalt gesprochen. Wir hätten uns gefreut, wenn Sie sich diesem Thema angeschlossen hätten.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

– Sie können ruhig lachen. Auch das passt zu Ihnen, Herr Ministerpräsident. Jede Wortmeldung, jedes kritische Wort, jede Anmerkung, egal aus welcher Ecke sie kommt, ziehen Sie ins Lächerliche, ziehen Sie herunter und antworten dann in einer relativ herablassenden Art.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn das der Umgang in den nächsten Jahren ist, können Sie sich sicher sein, dass wir uns das künftig nicht gefallen lassen werden,

(Beifall der CDU)

weil Äußerungen wie „Herr Schreiner, ich rede erst mit Ihnen, wenn Sie sich ernsthaft zur Materie geäußert haben,“ halte ich für ein starkes Stück. Ich halte es wirklich für ein starkes Stück, Menschen die Kompetenz abzusprechen, sich mit diesem Thema beschäftigen zu können. So geht das einfach nicht. Herr Ministerpräsident, wo sind wir denn hier?

(Ministerpräsident Beck: Sind Sie der Pfarrer oder was?)

– Ich bin hier mindestens genauso der Pfarrer, wie Sie ihn hier immer herabhängen lassen. Das gleiche Recht, das Sie haben, haben wir auch. Wir sind frei gewählte Abgeordnete. Genau das ist der Punkt.

(Beifall der CDU –
Harald Schweitzer, SPD:
Was soll dieser Quatsch?)

Jetzt zurück zum Haushalt und zur Prognosesicherheit. Ich halte es für sehr gewagt, wenn gerade Sie die Prognosesicherheit unseres Fraktionsvorsitzenden beim Thema „Haushalt“ ansprechen. Ich will Sie an Ihre Versprechungen erinnern. Der ausgeglichene Haushalt sollte zuerst 2006 und dann 2008 kommen. Jetzt wird überhaupt nicht mehr von einem ausgeglichenen Haushalt gesprochen. Jetzt reden wir nur noch von Vermögensveräußerungen. Wenn Sie die Fraktion angreifen, ist das das gleiche Niveau, als wenn ich – Herr Hartloff ist gerade nicht anwesend – über seine Kommune oder Ludwigshafen sprechen würde. Nein, wir wollen über das Land reden. Dazu sind wir da.

Dann möchte ich Ihnen noch etwas zu Ihrer Prognosesicherheit sagen. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, Angaben aus Reden Ihrer Finanzminister zusammenzustellen. Diese Angaben wurden jeweils bei der Einbringung des Haushalts gemacht.

Im Jahr 2002 ist geäußert worden, dass Gesamtschulden von 1,136 Milliarden Euro gemacht werden. Im Jahr 2003 waren es 1,092 Milliarden Euro. Im Jahr 2004 wurden 1,340 Milliarden Euro genannt.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Das reicht bis zum Jahr 2008.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Dr. Rosenbauer, Sie hatten drei Minuten Zeit für eine Kurzintervention.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Ich hoffe, Sie werden das in der Zukunft auch so eng handhaben.

Zu den Steuereinnahmen wird Herr Kollege Schreiner noch etwas sagen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch noch einmal an die Einbringungsrede von gestern erinnern: „Lassen Sie mich deshalb einen Moment inne halten und den Blick auf die vergangenen fünf Jahre richten. Das sind fünf Jahre, die allen, die für öffentliche Haushalte Verantwortung tragen, große Nervenstärke abverlangte.“ – Herr Professor Dr. Deubel, das waren Ihre Worte. Herr Ministerpräsident, mir kommen die Tränen; denn es heißt weiter: „Wo in den letzten Jahren Nervenstärke gefragt war, wird die Landesregierung nun“ – das „nun“ ist in diesem Zusammenhang ein interessantes kleines Wörtchen – „Standhaftigkeit beweisen.“

Was heißt denn das? Sie waren in der Vergangenheit nicht standhaft und brauchen deshalb starke Nerven? Sie haben in der Vergangenheit trotz schlechter Steuerertragsentwicklung und obwohl die anderen Bundesländer über den Finanzausgleich zumindest teilweise rheinland-pfälzische Steuerausfälle ausgeglichen haben, hemmungslos Schulden gemacht und brauchten deshalb starke Nerven?

Wissen Sie, wer starke Nerven braucht? Starke Nerven brauchen die Steuerzahler. Der Steuerzahler von morgen braucht diese starken Nerven. Er braucht ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit; denn irgendjemand wird die Schulden zurückzahlen müssen. Nicht irgendjemand muss die Schulden zurückzahlen, sondern der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz wird diese Schulden zurückzahlen müssen.

Der Steuerzahler von morgen braucht neben Leidenschaftlichkeit meiner Ansicht nach auch die große Gabe der Vergebung. Sie haben selbst ein himmlisches Bild gebraucht, Herr Ministerpräsident. Ich bin mir sicher, die SPD-Fraktion wird dieser Vergebung in der Zukunft bedürfen.

Wo beweisen Sie denn heute aktuell bei dem Haushalt, über den wir reden, diese Standhaftigkeit, die Sie nun – endlich könnte man sagen – für sich reklamieren?

Ausweislich Ihrer eigenen Zahlen, Ihrer Eckwerte, steigen die Ausgaben kontinuierlich: auf 11,5 Milliarden im Jahr 2005, auf 11,8 Milliarden im Jahr 2006, auf knapp 12 Milliarden im Jahr 2007 und auf 12,2 Milliarden Euro im Jahr 2008 nur im sogenannten Kernhaushalt. – Sie sagen, ach, das ist nicht so viel. Wir sagen, immerhin sie steigen. Sie sagen, der Kernhaushalt ist der eigentliche Haushalt. Wir sagen, wir haben Zweifel, ob das die richtige Betrachtung auf den Konzern Land ist. Lange Rede, kurzer Sinn: Die Ausgaben steigen kontinuierlich. Soviel zum Thema „Standhaftigkeit“.

Aber nicht nur die Ausgaben steigen, sondern auch die Schulden steigen. Zu den 26 Milliarden Euro, die wir heute schon haben – nur im sogenannten Kernhaushalt –, kommen jedes Jahr neue zusätzliche Schulden hinzu. Mittelfristig kommt jedes Jahr 1 Milliarde Euro an Schulden obendrauf.

Ich kann und will Ihnen diese Zahlen nicht ersparen, weil ich will, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz das wissen, wenn sie beim nächsten Mal ihre Wahlentscheidung treffen. 2007 sind es 994,4 Millionen Euro – nur im Kernhaushalt –, im Jahr 2008 sind es 974,6 Millionen Euro, also knapp 1 Milliarde Euro zusätzliche Schulden jedes Jahr. Immer drauf! Das ist Ihre Form von Standhaftigkeit. Dann herzlichen Glückwunsch!

(Beifall der CDU)

Eine kleine Anmerkung: Herr Dr. Rosenbauer hat es eine herablassende Art genannt, die ich weiß Gott nicht schätze und die es eigentlich auch nicht wert ist zu kommentieren, aber ich muss mit Verlaub darauf hinweisen, dass natürlich auch eine Fraktion wie wir Probleme zu lösen hat. Im Gegensatz zu Ihnen lösen wir aber unsere Probleme. Wir zahlen nämlich unsere Schulden zurück. Das ist der kleine, aber entscheidende Unterschied.

(Beifall der CDU)

Die Ausgaben steigen, die Schulden steigen, und die Zinsen steigen. 1,1 Milliarden Euro werden es 2007 sein, 1,2 Milliarden Euro werden es 2008 sein. Ausweislich der Rede des Finanzministers von gestern haben Sie das aber schon als Problem erkannt. Sie bereiten uns sogar schon heute darauf vor, dass Sie im Jahr 2011 mit einer Zinsausgabenquote von über 11 % rechnen. Von 100 Euro, die das Land dann ausgeben wird, müssen allein 11 Euro für Zinsen berappt werden. Halten Sie das für gesund? Halten Sie das für eine nachhaltige, standhafte Haushaltspolitik?

Sie haben aber auch Gründe für diese Entwicklung aufgezeigt. Sie versuchen aus Ihrer Sicht, uns die Hintergründe zu erklären. Diese Gründe sind zumindest zu hinterfragen.

Sie würden – Zitat – eine strenge Ausgabenzurückhaltung an den Tag legen. Das würde dazu führen, dass bei der Berechnung der Zinsausgabenquote die Zahlen steigen würden. Das ist – vorsichtig formuliert – nicht wahr; denn ausweislich Ihrer eigenen Zahlen – ich habe sie bereits genannt – steigen die Ausgaben. Das heißt,

es ist so, dass mathematische Gründe für ein Steigen der Zinsausgabenquote nicht herangezogen werden können.

Ein weiterer Hintergrund, den Sie uns nennen, ist, dass das Zinsniveau ansteigen würde. Das ist leider richtig. Gerade tagt in Frankfurt die Europäische Zentralbank. Wenn man dem glaubt, was die Analysten heute schon allorts verkünden, wird es um 0,25 Prozentpunkte hochgehen.

Wir nehmen im nächsten Jahr für die Umschuldung und neue Schulden 6,8 Milliarden Euro brutto auf. Knapp 1 Milliarde Euro neue Schulden und die Umschuldung alter Schulden macht zusammen 6,8 Milliarden Euro. Das heißt, wenn die neuen Kreditzinsen, die wir zahlen müssen, nur 0,25 Prozentpunkte hochgehen, sind das allein im nächsten Jahr 17 Millionen Euro mehr.

Der Finanzminister hat uns gestern die Prognose mit auf den Weg gegeben, dass die Zinsen weiter anziehen werden. Sie haben auch die Vergleichszahlen aus den 80er-Jahren vorgebracht. Warum war die Zinsausgabenquote so hoch? Diese war so hoch, weil die Zinsen so hoch waren und nicht, weil die damalige Landesregierung so schlecht gewirtschaftet hätte.

Wenn die Zinsen um weitere 0,25 Prozentpunkte steigen, sind wir schon bei 34 Millionen Euro zusätzlichen echten Kosten, die in diesem Landeshaushalt fehlen werden. Das ist beispielsweise die Hälfte des Investitionshaushalts des LBB aus dem Jahr 2006, damit man einmal eine Vergleichszahl hat, welche Zusatzkosten allein durch die Zinssteigerungen auf uns zukommen können.

Die Zinsen werden steigen. Das ist richtig. Die interessante Frage dabei ist, ob man dann neue Schulden machen muss. Sie führen aus, dass Sie neue Schulden machen müssen und eine hohe Nettokreditaufnahme für notwendig halten.

Herr Minister, in dem Fall haben Sie recht. Dann braucht man wirklich starke Nerven, und zwar auch als Abgeordneter.

Ich möchte gern einmal Mäuschen sein, wenn in der SPD-Fraktion über die Zukunft diskutiert wird. Ich kenne den einen oder anderen von Ihnen ein bisschen. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, wie Sie verantwortungsbewusst für Ihre Kinder und Enkel, um das Bild von unserem Fraktionsvorsitzenden aufzugreifen, in dieser Fraktion leben und eine solche Politik unterstützen können; denn letztendlich sind Sie dafür verantwortlich. Sie sind der Landeshaushaltsgesetzgeber. Sie heben die Hand und machen erst das möglich, was Herr Professor Dr. Deubel und Herr Beck verkaufen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Pepper, SPD)

Ich komme zum Thema „Konsolidierung“. Es wird als Erfolg gefeiert, wenn man Tafelsilber vergoldet, schnelles Geld macht und immer weiter das Vermögen des Landes verkauft. Zugegebenermaßen geschieht das nicht mehr so schnell wie bisher. Es ist auch kaum noch etwas vorhanden.

Das Land hatte ausweislich der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage unserer Fraktion ein Forderungsvermögen von 2,7 Milliarden Euro, und zwar über den Daumen 2,1 Milliarden Euro aus den Wohnungsbaukrediten und noch einmal 650 Millionen Euro aus dem Bereich Abwasser.

Was hat das Land gemacht? 2003 und 2004 wurden davon erst einmal 457 Millionen Euro an den Pensionsfonds verkauft. Übrigens sind diese inzwischen längst wieder weiterverkauft und versilbert. 400 Millionen Euro liegen als stille Einlage bei den Banken. Die Ertragsrechte sind auch verkauft. 2005 wurden insgesamt 741 Millionen Euro und 2006 623 Millionen Euro verkauft. 2007 sollen es nur noch 298 Millionen Euro und 2008 274 Millionen Euro sein. Das sind alles Zahlen aus Ihren Eckwerten.

Zählen Sie das doch einmal alles zusammen. Es bleibt nichts mehr übrig. Es ist kaum noch etwas vorhanden. Sie sprechen von einem Konsolidierungserfolg, wenn nichts mehr vorhanden ist, was Sie verkaufen können.

Herr Ministerpräsident, das ist standhaft, Respekt.

Deshalb gehen wir noch einen Schritt weiter. Wir erlauben uns, die Verfassungsmäßigkeit Ihres Haushalts in Frage zu stellen, auch wenn wir damit Ihren Unwillen erregen. Damit der Haushalt verfassungskonform ist, muss man mehr investieren, als zusätzliche Schulden zu machen. Im sogenannten Kernhaushalt kommen Sie über diese Latte.

Wenn man aber den Gesamthaushalt betrachtet – was nur legitim ist –, Schulden und Investitionen – so fair sind wir auch – der Landestöchter zusammenzählt und berücksichtigt und sich erlaubt, in Frage zu stellen, ob die Zuführung zum Pensionsfonds als Investition gewertet werden kann, reißen Sie die Latte der Verfassungsmäßigkeit deutlich, und zwar um ca. 200 Millionen Euro im Jahr 2007 und um ca. 300 Millionen Euro im Jahr 2008.

Lieber Herr Professor Dr. Deubel, jetzt brauchen Sie wirklich starke Nerven; denn ich komme zu meinem Lieblingsthema, dem Pensionsfonds. Der Rechnungshof schreibt Ihnen einiges ins Stammbuch. Da dies so wichtig ist, erlaube ich mir, dies noch einmal zu erwähnen, weil es offensichtlich Zeit braucht, bis der Groschen fällt.

„Mit der Einrichtung des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz war vorgesehen, eine durch Einsparungen im Landeshaushalt zu finanzierende Rücklage für künftige Versorgungszahlungen des Landes zu bilden, die einer anderen Verwendung entzogen ist.“

(Bracht, CDU: Hört! Hört!)

Das ist ein sehr gutes Ziel. Das ist hervorragend. Genauso wünsche ich mir einen Pensionsfonds.

In dem Schreiben des Rechnungshofs heißt es weiter: „Einsparungen in Höhe der Zuführungen sind bislang konkret nicht nachgewiesen.“ – Das heißt, das ist ein gutes und richtiges Ziel. Es wird aber mangelhaft umge-

setzt. Vor diesem Hintergrund wirft – wir haben es bereits diskutiert – der Rechnungshof die Frage auf, ob die Zuführungen an den Finanzierungsfonds auch künftig finanzierbar sind oder ob man ihn nicht aussetzen sollte.

Herr Ministerpräsident, das ist eine Frage, die man zugegebenermaßen diskutieren muss.

Es ist ein Punkt der Transparenz – insofern würde ich Ihnen Recht geben –, dass in den Haushalten deutlich ausgewiesen wird, welche Belastungen wir haben, auch wenn es nur eine Rechengröße ist. Immerhin wissen wir, was in den kommenden Jahren an Pensions- und Versorgungslasten auf uns zurollen wird.

Es geht weiter. Diese Trickserieen – wenn ich mir erlauben darf, dies so zu formulieren – kritisiert der Rechnungshof sehr deutlich. Er schreibt: Dem Finanzierungsfonds gewährte Darlehen wären nach dieser Auffassung nicht zu berücksichtigen. – Wenn entgegen dieser Bedenken diese Darlehen auf die Investitionsausgaben angerechnet werden, sollten aus Sicht des Rechnungshofs zumindest die aus Veräußerungserlösen und Darlehensrückflüssen finanzierten Investitionsausgaben bei der Berechnung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze ausgegliedert werden. Das ist genau das, was ich gesagt habe.

Wir müssen, wenn wir den Konzernhaushalt Land betrachten, uns klar darüber werden, ob es eine Investition oder doch eine Verschuldung ist. Nichts anderes fordert der Rechnungshof. Genau hier ist der Punkt, wo Sie unsauber argumentieren.

Was ich persönlich aus Sicht der SPD-Fraktion – die Rechte des Parlaments liegen mir sehr am Herzen – am kritischsten finde, ist der Absatz, in dem der Rechnungshof die berechtigten Zweifel aufwirft, ob die beabsichtigte Änderung der Haushaltssystematik im Zusammenhang mit dem Pensionsfonds mit den Beschlüssen des Landtags in Einklang steht. Es wäre wichtig, dass die Regierung Dinge macht, die mit den Beschlüssen des Haushaltsgesetzgebers und Ihrer Fraktion der SPD in Einklang stehen. Hier braucht man wirklich starke Nerven; denn – mit Verlaub – was Sie hier machen, ist bodenlos.

Ich möchte mir, weil das so kompliziert ist, noch einmal die Mühe machen, anhand eines Bildes zu erklären, wie ich es sehe. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich daran abarbeiten und sagen: Der Schreiner hat meiner Meinung nach nicht recht. – Es ist mir wichtig, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz verstehen, um was es geht.

Ein kleines Beispiel. Herr Professor Dr. Deubel möchte einen Kaffee trinken gehen. Was macht er? Er sagt sich, ich nehme den Schreiner mit. Ich lade ihn auf einen Kaffee ein

(Ministerpräsident Beck: Das ist ein guter Kerl!
Der macht so etwas!)

Das ist eine super Sache. Dann ist er bei der nächsten Haushaltsberatung besser gelaunt und schaut nicht mehr so genau hin.

Er macht es allerdings anders als ich. Er geht nicht an sein Portemonnaie. Er würde sich das Geld bei mir leihen, weil er es nicht hat.

Dann sagt er: „Schreiner, danke, dass du mir das Geld geliehen hat, ich lade dich jetzt auf einen Kaffee ein.“ Wie er da so steht, sieht er die Mitarbeiter seines Hauses. Die grummeln und tuscheln und sagen: „Das ist wieder Klasse, sich selber gönnt er einen Kaffee, den Schreiner lädt er ein, damit er bei ihm gut dasteht. Was ist mit unserer Kaffeekasse? Was tut er für uns? Der könnte auch mit uns morgen einmal einen Kaffee trinken gehen.“

Das ist natürlich für Herrn Professor Dr. Deubel sehr ärgerlich, weil er nicht nur bei mir, sondern auch bei seinen Mitarbeitern gut dastehen möchte.

Was macht er? Er holt sein kleines rotes Sparschwein heraus.

(Beck, SPD: Die Farbe ist schön!)

Er sagt: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unsere Kaffeekasse im Ministerium, unser kleines rotes Sparschwein. Das Geld, das ich mit dem Schreiner draußen in den Kaffee investieren wollte, das investiere ich nicht in den Kaffee, sondern in eure Kaffeekasse, damit wir morgen zusammen einen Kaffee trinken können. Seht her, ich schmeiße das Geld rein.“

Wenn es keiner gesehen hat – es ist nämlich ein Fass ohne Boden –, dann nimmt er das Geld und sagt: „Komm Schreiner, gehen wir raus und trinken einen Kaffee.“

So funktioniert Ihr Pensionsfonds, Herr Professor Dr. Deubel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Krönung ist, dass Sie das, was in dem Sparschwein nicht drin ist, als Investition bezeichnen. Das ist der Hammer.

(Beifall der CDU)

Herr Professor Dr. Deubel, wie erklären Sie so etwas Ihren Studenten?

(Beck, SPD: Erzählen Sie lieber die Geschichte von den kaputten Autos! Die war schöner! – Baldauf, CDU: Die war realistischer!)

Wissen Sie, Sie tragen als Landesregierung ein hohes Maß an Verantwortung für Ihre Mitarbeiter. Ich würde darum bitten, dass Sie über solche Sachen keine Witze machen, weil Sie den Menschen über Jahre Sand in die Augen gestreut haben.

(Heiterkeit bei der SPD und auf der Regierungsbank)

Menschen, die für Sie arbeiten und die Ihnen vertraut haben, haben Sie über die Seriosität der Anlage Ihres

Pensionsfonds Sand in die Augen gestreut. Das Wort „Pensionsfonds“ ist toll.

Herr Minister, politisch ist das eine super Aktion, wie Sie das über Jahre geschafft haben, den Menschen das zu verkaufen. Die Frage ist nur: Was haben Sie geglaubt, wie lange Sie damit durchkommen?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Bitte nur an Sie als Kollegen von der SPD-Fraktion, ändern Sie das.

Damit komme ich zu dem Stichwort „Kommunen“. Das Land hat nach Artikel 49 der Verfassung – wir brauchen aber gar nicht so hoch zu greifen – die Pflicht, die Kommunen mit den für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mitteln auszustatten.

Sehr gut. Es gibt verschiedene Möglichkeiten: Schlüsselzuweisungen und ganz allgemein Zweckzuweisungen. – Diese können Sinn machen, wenn es darum geht, etwas zu tun, was in einer Gemeinde erforderlich ist, aber über das finanzielle Maß der Gemeinde hinausgeht.

Wenn es etwas ist, was eine überregionale Bedeutung hat, was dem Land besonders wichtig ist, können Zweckzuweisungen großen Sinn machen.

(Hartloff, SPD: Aber sonst nicht?)

Was macht Herr Beck jetzt? Er begnügt sich nicht damit, die Mittel der Kommunen zu sichern, sondern er gefällt sich darin, eine Politik des goldenen Zügels nach dem Motto zu fahren: Immer hübsch fragen, immer hübsch bitte, bitte sagen, dann bekommt Ihr auch Euer Geld – vielleicht.

(Harald Schweitzer, SPD: So ein Quatsch!)

Ich finde es gut, dass Sie Beispiele von mir persönlich genommen haben, weil wir alle auch vor Ort in unseren Wahlkreisen aktiv sind. Wir sind zwar nicht Oberbürgermeister, wie es im Landtagshandbuch steht, aber wir sind in unseren Kommunen bemüht, das Optimum für die Menschen, die uns gewählt haben, herauszuholen.

Wissen Sie, wie man das in Rheinland-Pfalz erreicht, heute im Jahr 2006?

(Beck, SPD: Ich weiß es nicht! Ich bin ja erst seit 27 Jahren Abgeordneter!)

Immer hübsch fragen. Das ist der Grundsatz. Immer hübsch bitte, bitte sagen. Dann bekommt Ihr euer Geld vom Land – vielleicht.

(Zurufe der Abg. Harald Schweitzer und Frau Schmitt, SPD)

Wissen Sie was? Es gibt einen Punkt, den es in jedem Wahlkreis und bei jedem Abgeordneten gibt. Bei mir war es das Kurfürstliche Schloss. Sie haben es vorhin erwähnt.

Meine Gemeinde, pleite, sagt: „Das ist etwas, was wir allein nicht schultern können, weil wir zu wenig allgemeine Zuweisungen haben. Wir brauchen diese Zweckzuweisungen.“ Sie sagt darüber hinaus sogar, das Schloss ist etwas, das eine Bedeutung für das Land hat, weil es das Land so intensiv nutzt, vielleicht hat es eine besonders enge Beziehung zum Land. Vielleicht sollte das Land deshalb gerade in dem Bereich aktiv werden.

(Harald Schweitzer, SPD: Das werde ich allen CDU-Ortsbürgermeistern erzählen, was Sie hier sagen!)

Dann fordern wir das. Wir sagen nicht hübsch bitte, bitte, sondern wir sagen, das wäre erforderlich, Herr Ministerpräsident.

Wissen Sie, was passiert? Dann wird mir aus dem Umfeld unseres Mainzer Oberbürgermeisters zugeraut: „Herr Schreiner, das hätten Sie so nicht machen dürfen. So bekommen wir das Geld doch nie. Immer hübsch bitte, bitte sagen, immer hübsch fragen.“

(Beck, SPD: Das ist doch lächerlich!)

Diese Politik des goldenen Zügels ist kennzeichnend für den Umgang von Ihnen mit den Kommunen. Genau diese Politik erlauben wir uns zu kritisieren.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Wenn ich höre, dass von kommunaler Seite ein Verhältnis von 60 zu 40 zwischen Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen gefordert werde, dann frage ich: Wer fordert denn das?

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Vielleicht ein paar verschüchterte SPD-Bürgermeister.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn ich mit den Spitzenverbänden rede, dann sagen mir diese, sie hätten gern ein Verhältnis von 75 zu 25.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Sie trauen sich das als Kommunen, als Gemeinden, als Landkreise zu, eigenverantwortlich und bürgernah – ganz nebenbei auch noch bürgernah – über die Mittel zu verfügen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Mit Verlaub, es machen uns andere Länder vor.

(Hartloff, SPD: Hans-Herrmann, CDU!)

Wenn Sie nach Hessen schauen, können Sie sehen, dort ist das Verhältnis so.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, den Landrat Hirschberger zu zitieren. Er schreibt, nicht auf seinem

kommunalen Briefkopf, sondern auf dem Briefkopf des Landkreistages, Ende Juni an Sie – das ist noch nicht lange her –, dass der Landkreistag eine nachhaltige überproportionale Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs fordert.

Sie können sich nicht darauf zurückziehen, dies sei eine spinnerte Idee vom Schreiner, der ist noch nicht richtig im Thema drin. Wenn er noch ein paar Jahre dabei ist, schauen wir mal, wie es denn aussieht, wenn er gelernt hat, hübsch bitte, bitte zu sagen.

Die kommunale Seite fordert es. Sie fordert es zu Recht.

(Beck, SPD: Der Gemeinde- und Städtebund auch?)

Unsere Kommunalpolitiker in der CDU genauso wie in der SPD oder in der FDP sind nahe am Bürger. Haben Sie das Vertrauen zu ihnen. Geben sie ihnen mehr Schlüsselzuweisungen. Sie werden erstaunt sein, welche ungeahnten Effizienzreserven sich noch vor Ort auftun.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Dieser Haushalt ist keiner, der die Überschrift „investieren, konsolidieren und vorsorgen“ verdient hätte. Der einzige rote Faden in diesem Haushalt ist, dass Sie weitermachen wie bisher, weiter mit großen Schritten in die Verschuldung marschieren, niemandem wehtun wollen – das Beispiel mit dem Kaffee mag es noch einmal verdeutlicht haben –, weshalb Sie keine Spielräume mehr haben, um zu gestalten.

Gedanklich sind Sie – das ist meine feste Überzeugung – offensichtlich schon in Berlin,

(Beck, SPD: Ich war heute Nacht sogar körperlich dort!)

weil Sie sonst die Chancen, die sich daraus ergeben, dass Sie derzeit ohne Koalitionspartner regieren können, nutzen würden. Sie könnten das gestalten, was Ihnen als Sozialdemokratische Partei wirklich wichtig ist. Stattdessen machen Sie weiter wie bisher.

(Beck, SPD: So stellen Sie sich das vor!)

Sein Motto ist – wenn er als Oppositionsführer nach Berlin geht –: „Nach mir die Sintflut.“ – Deshalb ist dieser Haushalt kurzsichtig – er denkt nicht an kommende Generationen – und unehrlich, und zwar deshalb, weil er die wahren Belastungen für die kommende Generation, für die Generationen unserer Kinder und Enkel verheimlicht.

Meine Damen und Herren von der SPD, sie sind wenige geworden. Ich weiß, dass nach der Rede des Ministerpräsidenten alle großen Hunger hatten und nach unten in das Landtagsrestaurant gestürzt sind.

(Hartloff, SPD: Mehr als Sie denken! –
Beck, SPD: Für Sie reicht es!)

Kommen Sie zur Besinnung. Sie sind diejenigen, die finanzpolitisch in den kommenden fünf Jahren Verantwortung tragen. Dieses Land hat es verdient.

(Beck, SPD: Wir werden es tun!)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Puchtler.

Abg. Puchtler, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, da fallen große Worte, symbolisch werden Autos gekauft.

Ich habe heute Vormittag an meinen Großvater gedacht. Er war Landwirt und auch in den Gremien der Landwirtschaft vertreten.

Immer wenn es anstand, dass neue Leute in ein Vorstandsgremium kommen sollten, hat er gesagt, wären sie nach draußen gefahren und hätten sich angeschaut, wie der seinen eigenen Hof bewirtschaftet und sein Gut vor Ort gemanagt hätte; denn wer seine eigene Sache im Griff hat, kann auch Verantwortung für anderes übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie über andere urteilen, bevor Sie andere kritisieren, bitte bringen Sie Ihre Fraktionskasse auf Vordermann, und lernen Sie, eigenes Geld zu verwalten.

(Zurufe von der CDU –
Schweitzer, SPD: Ihr könnt nicht
mit Geld umgehen!)

Meine Damen und Herren, unser Finanzminister Professor Dr. Ingolf Deubel hat gestern den Entwurf des Doppelhaushalts eingebracht. Ich betone ausdrücklich, es ist ein verfassungsgemäßer Haushalt; denn ein Blick über den Rhein sagt uns, dass dies nicht immer überall so selbstverständlich gewesen ist.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Professor Dr. Ingolf Deubel hat einen Haushalt vorgelegt, der uns in die Lage versetzt, entscheidende politische Schwerpunkte zu setzen. Sehr geehrter Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel, dafür Ihnen und vor allem auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlichen Dank!

(Beifall der SPD)

Der Haushalt hat eine klare Linie und Struktur: erstens konsolidieren, zweitens vorsorgen und drittens investieren. Dabei ist die Konsolidierung die Voraussetzung für die beiden anderen Schwerpunkte.

Meine Damen und Herren, konsolidieren haben wir kontinuierlich getan. Es wurden in den vergangenen Jahren Entscheidungen getroffen, bei denen Einsparungen vorgenommen wurden, die nicht nur überall auf Freude stießen; aber Finanzpolitik bedeutet auch, verantwortlich zu handeln. Im Ergebnis haben wir in den Jahren 2000 bis 2005 eine deutlich unterdurchschnittliche Ausgabensteigerung im Vergleich der westlichen Bundesländer erreicht.

Wichtige Instrumente wie die Formulierung von Leistungsaufträgen wurden eingeführt. Die Budgetierung wurde als Anreizsystem und modernes Instrument ausgebaut. Dies steigert die Eigenverantwortung und motiviert die Mitarbeiter.

Konsolidierung erfordert auch Ideen sowie innovative Finanzpolitik. So haben wir die Bereiche mit betriebswirtschaftlicher Steuerung ausgeweitet. Es wurden Landesbetriebe gegründet, und dies mit bundespolitischer Pilotfunktion. Durch das kaufmännische Rechnungswesen – dies werden wir auch zukünftig im kommunalen Bereich bei der Doppik sehen – wird ganz klar dokumentiert, wo die Ressourcen verbraucht werden. Das ist für die Themen „Haushaltstransparenz“, „Haushaltswahrheit“ und „Haushaltsklarheit“ ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Unsere Landesbetriebe waren dabei auch erfolgreich. Ich möchte ein Zitat aus der Zeitung vom 30. September 2006 vorlesen: „Landesbaubetrieb bleibt dick im Plus – Überschuss von 3,75 Millionen Euro erwirtschaftet“ – das ist doch etwas!

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, gerade den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbetriebe herzlich für ihren Einsatz bei der Umstrukturierung sowie bei der Neustrukturierung ihrer Betriebe zu danken. Durch die Besuche vor Ort in den Institutionen und durch die Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte man sehen, wie hoch ihr Engagement war. Sie haben mit die Zukunft für unser Land gestaltet. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall der SPD)

Die Konsolidierung hat Erfolge gebracht. Seit dem Jahr 2001 hat Rheinland-Pfalz die zweitniedrigste jährliche Steigerungsrate der Kreditmarktverbindlichkeiten der westlichen Bundesländer, und dies, obwohl wichtige Zukunftsinvestitionen vorgenommen wurden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beispielhaft nenne ich die Einrichtung von über 300 Ganztagschulen.

Für solide Finanzpolitik ist die Evaluierung – wie dies neudeutsch so schön heißt –, sprich, die Erfolgskontrolle und auch die Akzeptanz der eingesetzten Mittel ganz entscheidend. Die hohe Antragszahl für Ganztagschulen aus allen Regionen des Landes, interessanterweise auch eine hohe Nachfrage aus CDU-geführten Kreisen und Gemeinden, beweist die Richtigkeit dieses Projektes. Das gilt auch für die vorgenommene Einstellung von Lehrkräften. Wie konnte man doch gestern in der „Co-

chener Zeitung“ lesen? - „Im Kreis gibt es genügend Lehrer.“

Die Zukunftsinvestitionen wurden richtigerweise getätigt. Ich möchte an die finanzielle Ausgangslage erinnern und verweise auf ein Zitat, das vom Finanzminister auf der anderen Rheinseite kommt. Er hat gesagt: „Die Haushalte der vergangenen Jahre waren insbesondere durch einen dramatischen Verfall der Steuereinnahmen geprägt.“ – Trotzdem waren wir in der Lage, wichtige Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dabei Kreditmittel aufgenommen werden und aufgenommen wurden, war notwendig und richtig; denn entscheidend für die Aufnahme der Kreditmittel ist der Einsatz, der Verwendungszweck der Mittel. In der Wirtschaft werden für Projekte auch Fremdmittel eingesetzt, wenn die Perspektive auf mittelfristige Erträge vorhanden ist.

Auch der Privatmann setzt für den Kauf seines Hauses Kreditmittel ein, weil der langfristige Nutzen den Einsatz rechtfertigt, so wie unser Land erfolgreich den Strukturwandel bei der Konversion angeht. Dafür wurden Landesmittel von rund 1,7 Milliarden Euro investiert und damit 34.500 Arbeitsplätze im zivilen Bereich gefördert, gesichert und geschaffen.

(Beifall der SPD)

Sicherlich stecken darin Fremdmittel, aber 34.500 Arbeitsplätze sind 34.500 Menschen mit ihren Familien. Das bedeutet Kaufkraft und Einnahmen für die Sozialversicherungen, die sie gut gebrauchen können, sowie Lohn und Einkommensteuereinnahmen für die öffentliche Hand, die diese ebenfalls gut gebrauchen kann, und – das ist ganz entscheidend – es bedeutet eine Zukunftsperspektive für die Menschen und die Regionen, in denen sie leben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist verantwortliche Politik für unser Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Wie dies finanzpolitisch auf anderer Seite manchmal in der Praxis gehandhabt wird, möchte ich bei dieser Gelegenheit auch einmal ansprechen. In Mainz wird die Kreditaufnahme heftig kritisiert. Vor Ort wird massivst gefordert und gefordert.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Wenn zum Beispiel eine Landesstraße freigegeben wird, sind selbstverständlich immer alle dabei. Schließlich gibt es ein schönes Foto. Aber dann vermisste ich vor Ort die konsequente Erklärung, dass die Straße eigentlich gar nicht hätte gebaut werden dürfen; denn das Geld kommt auch aus Kreditmitteln.

(Beifall bei der SPD –
Schweitzer, SPD: So ist das! Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im vorliegenden Haushaltsentwurf wird der Konsolidierungskurs mit

moderatem Ausgabenwachstum und mit einer Reduzierung des Vermögenseinsatzes fortgesetzt.

(Billen, CDU: Wo wird etwas fortgesetzt?
Ich bin einmal gespannt!)

Das ist der Unterschied zu denen, die nur vom Sparen reden, aber keine Vorschläge machen. Es ist einfacher zu kritisieren. Aber bedenken Sie: Ist das eine Basis für die Übernahme von Verantwortung? – Im Haushalt wird es konkret getan, auch, wenn es – wie beispielsweise die Absenkung der Eingangsbesoldung für Beamtinnen und Beamte des gehobenen und höheren Dienstes – sicher nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt. Dabei bitten wir auch die Betroffenen um Verständnis, dass in Anbetracht der Gesamtsituation Einsparungen notwendig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur verantwortlichen Haushalts- und Finanzpolitik gehört auch vorzusorgen, gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Mit der Einführung des heute schon oft erwähnten und zitierten Pensionsfonds hat das Land bundesweit eine wichtige und richtige Vorreiterrolle gespielt. Andere Länder sind gefolgt.

(Beifall der SPD)

Vorsorge bedeutet aber auch den Schutz, die Pflege und die Weiterentwicklung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Vorsorge bedeutet Naturschutz, Unterhaltung der Kulturlandschaft in partnerschaftlicher Form; denn eines müssen wir schon bedenken: Es war heute schon viel von Borgen, Leihen und Darlehen die Rede. Unsere Erde steht uns nur einmal zur Verfügung. Sie ist uns nur auf Zeit geliehen, deswegen, so glaube ich, sollten wir sie als kostbar ansehen und entsprechend mit ihr umgehen.

Zur Vorsorge gehört neben der Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Bereiche eine gesicherte Wasserversorgung. Wasser ist das Lebensmittel Nummer 1, und deswegen sind für diesen Bereich auch Mittel im Umwelthaushalt eingestellt worden. Eine vernünftige Abwasserbeseitigung ist ganz wichtig für den langfristigen Schutz der Umwelt. Auch dazu finden sich Mittel im Umwelthaushalt. Rheinland-Pfalz ist ein gewässerreiches Land. Deswegen sind die Fördermittel für den Hochwasserschutz elementar wichtig und ein ganz konkreter Ausdruck von Vorsorge, ein gutes Beispiel im Übrigen für Investitionen, die sich rentieren; denn Hochwasserschutz verhindert laufende, wiederkehrende Schäden, und er gibt vor allen Dingen den Menschen, die an den Flüssen leben, entsprechende Sicherheit und langfristige Perspektiven.

Zur Vorsorge gehört auch das Gefühl, sicher zu leben. Die Mittel für die Innere Sicherheit sowie ein leistungsfähiger Rechtsstaat sind dabei wichtige Vorsorgegrundlagen, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse.

Das trifft für alle präventiven Maßnahmen zu, denn es gilt immer: Vorbeugen ist besser als Heilen. So wird auch der Verbraucherschutz gestärkt und im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz gebündelt.

Die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien schafft Unabhängigkeit. Das ist wichtig für unsere Energieversorgung. Der Energiepreis trifft Unternehmen wie Kommunen und private Bürger gleichermaßen. Es zeigt sich ein verstärktes Interesse in den Regionen zum Beispiel an Projekten für Biomasse. Das gilt es, weiter zu unterstützen und zu fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Vorsorge. Das ist für die jetzige und die künftige Generation vorsorgende Politik. Diese machen wir in unserem Land in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neben Konsolidieren, neben Vorsorgen ist Investieren notwendig, denn Investitionen, die nicht durchgeführt werden, führen zu Stillstand. Von daher werden im vorliegenden Haushaltsentwurf weitere Investitionsschwerpunkte gesetzt. Mit einer Investitionsquote von rund 11 % können wir uns auch im Vergleich zu unseren hessischen Nachbarn sehen lassen.

Mit dem Stabilisierungsfonds ist Berechenbarkeit für unsere Kommunen, die mit ihren Investitionen ganz wichtig für Wirtschaft und Infrastruktur sind, was wir aus der kommunalpolitischen Tätigkeit wissen, gegeben.

Mit der Investitionsmilliarde werden in den nächsten fünf Jahren wichtige Impulse in den Bereichen der Bildung, der Wissenschaft, der Infrastruktur und der Wirtschaft gesetzt. Stichworte wie das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ und das Aufstocken des Hochschulsonderprogramms „Wissen schafft Zukunft“ wurden bereits genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade an diesen Beispielen wird deutlich, was wir Sozialdemokraten klar wollen, dass nämlich alle in unserem Land eine Chance auf ein erfolgreiches Leben haben. Deshalb investieren wir in die Menschen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD –
Billen, CDU: Wer will das denn nicht?)

Gerade hier ist der aktiv handelnde Staat gefordert; denn Chancen für alle bedeutet auch Stabilität in unserem Land, bedeutet sozialen Frieden. Das ist ein kostbares Gut und hat etwas mit Nachhaltigkeit zu tun.

(Billen, CDU: Das ist gut so!)

Die Investitionen in die Mobilität und den Ausbau der Aktivitäten der Investitions- und Strukturbank sind wichtig für die weitere Entwicklung des Standorts Rheinland-Pfalz und unserer Wirtschaft. Diese Investitionen sind durch weitere Reduzierung von Standards zu begleiten, durch weiteren Bürokratieabbau, Stichwort „schnelle Genehmigungsverfahren“ als ein wichtiger Vorteil für Standorte und für die Ansiedlung von Unternehmen, was gerade auch der Wechsel von vielen hessischen Unternehmen nach Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren deutlich bewiesen hat.

Dazu zählt auch die Erschließung von Effizienzpotenzialen. Dazu gibt es ein Beispiel. Die neu eingerichtete Zentralstelle IT-Management hat durch gebündeltes Volumen bereits bei nur einer Auftragsvergabe schon eine jährliche Ersparnis in sechsstelliger Eurosumme erzielt. Das sind Effizienzmöglichkeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war heute immer viel und lang von Finanzen und von Geld die Rede. Das ist auch richtig; denn es geht um die Haushalts- und Finanzdebatte. Geld ist wichtig und notwendig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist aber auch richtig: Geld ist nicht alles. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind die Leistungen, die Motivation und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der SPD –
Schreiner, CDU: Das Geld ist alle!)

– Lieber Kollege, ein Schatz unseres Landes sind weit über eine Million Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die sich ehrenamtlich in vielen Bereichen einsetzen. Unser Land lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen, dass sie mitmachen und vieles mitverantworten, gerade auch die junge Generation. Das ist für die Zukunft auch langfristig unter dem Gesichtspunkt von Haushaltspolitik und Nachhaltigkeit ganz entscheidend.

Ich möchte dafür ein Beispiel nennen, nämlich den Wettbewerb „Kinder- und jugendfreundliche Dorferneuerung“ im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“. Vor kurzem war die Preisverleihung in Landau durch unseren Staatssekretär Roger Lewentz in Vertretung für Staatsminister Karl Peter Bruch. Es waren weit über 100 Jugendliche aus Rheinland-Pfalz dabei. Welche Begeisterung und welche Freude waren bei den Jugendlichen zu spüren. Warum? Weil ihre Arbeit gewürdigt wurde und anerkannt wird.

(Schreiner, CDU: Weil sie noch nicht wussten,
wie viel Schulden sie haben!)

– Im Gegenteil, sie haben gelernt, Verantwortung zu übernehmen. Zu einem solchem Projekt gehört, dass man sich selbst eine Satzung gibt, dass man sich selbst einen Sprecher wählt und eigenständig handelt. Das ist gerade der Sinn des Wettbewerbs. Wenn man das im Wesentlichen spielerisch lernt, dann ist man motiviert, sich für unser Land einzubringen. Das ist im Hinblick auf die jugendliche Generation ganz wichtig. Es ist weit mehr als nur die jugendliche Generation, sondern es ist auch die gemeinsame Präsentation mit den Betreuerinnen und Betreuern und mit vielen Beteiligten. Sie hat generationenübergreifende Effekte. Die Menschen sind stolz auf ihr Projekt und ihre Gemeinde. Sie sind stolz auf ihre Heimat. Das stärkt das Selbstbewusstsein. Das ist gerade bei jungen Menschen sehr wichtig und ein gutes Rüstzeug für das engagierte Leben in einem Land. Das möchten wir.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Finanzminister Professor Dr. Ingolf Deubel hat im Rahmen der si-

cher schwierigen Gesamtsituation ein tragfähiges Konzept zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes vorgelegt. Wir werden den Kurs der Konsolidierung, der Vorsorge und der Investitionen im Interesse der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger fortsetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der FDP ist der Sozialbereich, über den wir im Einzelnen später noch zu beraten haben, sehr wichtig. Er ist uns wichtig, um den wirklich Bedürftigen dauerhaft zu helfen und eine solide Basis für diese Hilfe zu bilden. Er ist uns wichtig zur Bekämpfung der Geißel der Massenarbeitslosigkeit. Er ist uns wichtig, um die Bereitschaft breiter Bevölkerungsschichten, die die Finanzierung dieses Bereichs sicherstellen, dauerhaft zu erhalten. Und er ist uns last but not least wichtig, um unser liberales Hauptanliegen zu erreichen, nämlich die Chancengerechtigkeit.

Für diese wichtigen Ziele wurde in der Vergangenheit viel getan. Das Ministerium zeichnete sich durch eine hohe Energie und eine hohe Bereitschaft aus, auch im Innern Reformen durchzuführen. Es zeichnete sich durch eine solide konzeptionelle Denkweise aus, die zum Teil tatsächlich visionäre Kraft bewies.

Wir waren nicht mit allen Vorschlägen aus dem Sozialministerium einverstanden – zur Gesundheitspolitik komme ich noch –, aber wir haben vieles mitgetragen, weil wir von der Generallinie überzeugt waren.

Meine Damen und Herren, nichtsdestotrotz sind viele Aufgaben auch aus der Vergangenheit leider unerledigt. Die Probleme um den Bereich der Pflege sind unerledigt. Wir kümmern uns liebevoll um die Details und die Stellen nach dem Komma. Wir haben es aber immer noch nicht geschafft, dass die Zahl vor dem Komma in den Fokus genommen wird, um die Finanzierung der Pflege dauerhaft sicherzustellen. Da warte ich auf Impulse der Landesregierung über den Bundesrat.

Wir haben auch das Problem mit Hartz IV noch nicht bewältigt. Die Große Anfrage, die heute noch zu besprechen sein wird, und die noch größere Anfrage, die Hartz I – IV abdeckt, die von unserer Fraktion stammt, werden Gelegenheit geben, diese Probleme im Detail zu besprechen. Momentan führt das vielleicht zu weit.

Meine Damen und Herren, vor allem haben wir es nicht geschafft, die so genannte Jahrhundertreform, die wir

als FDP auf Bundesebene nicht mitgetragen haben, tatsächlich zu dem werden zu lassen, was man damals erhofft hatte, was diejenigen, die Gesetzeswerke unterschrieben haben, gehofft hatten. Von Jahrhundertreform ist keine Rede mehr.

(Vizepräsident Bauchhage
übernimmt den Vorsitz)

Ich darf die tagesaktuelle Diskussion aufgreifen, die heute Morgen schon eine Rolle gespielt hat. Der Ministerpräsident zeigt sich stolz und erleichtert über den jetzt gefundenen Kompromiss. Ich erinnere an die Diskussion vor diesem Hohen Haus vor einer Woche. Herr Ministerpräsident, ich habe damals die Frage gestellt, ob es ein guter oder ein fauler Kompromiss ist, den wir zu erwarten haben. Mich freut, dass es nach einer Woche schon so weit ist, das Thema aufzurufen. Allerdings wundert es Sie wahrscheinlich nicht, wenn ich das Ergebnis als nicht nur faulen, sondern superfaulen Kompromiss beschreibe.

Ich darf Ihnen das an dem Punkt festmachen, den Sie heute unter großem Jubel mit der CDU „verhackstückt“ haben. Das ist die berühmt-berüchtigte 1-%-Regelung, respektive die 8-Euro-Regelung, die jetzt eingeführt wurde.

Es ist gerade so, dass man sich nicht einigen konnte. Dieses Problem wurde genau wie das Problem des Gesundheitsfonds behandelt, der in 2009, man beachte, wirksam werden soll, im Jahr der eventuell nächsten Bundestagswahl. Entweder hat man dieses Datum der Bundestagswahl schon innerlich modifiziert oder aber es gehört viel Gottvertrauen dazu zu glauben, dass dieses komplexe Instrumentarium just am 1. Januar 2009 eingeführt werden soll.

(Beifall der FDP)

Ich komme zurück zu der 8-Euro-Regelung. Man konnte sich nicht einigen, weil die 1-%-Regelung für zwei Wege steht, einmal für den Weg in die Staatsmedizin. Das war die SPD-Variante. Der zweite Weg war ein langfristig konzeptionell durchaus denkbare Wettbewerbsmodell der CDU, das große Teile der Partei schon vergessen und verraten haben, Herr Kollege Baldauf.

Auf diesem Weg zwischen Staatsmedizin- und Nichtwettbewerbssystem hat man es wieder nicht geschafft, sich zu entscheiden. Die 8 Euro sind insofern ein fauler Kompromiss, als Sie eine zusätzliche bürokratische Ehrenrunde einbauen. Wir haben also nicht nur die Problematik zu überprüfen, wer gehört zu 1-%-Haushalten und wer nicht, sondern jetzt kommt hinzu, dass wir 8 Euro vorschalten, und anschließend kommt die Überprüfung zusätzlich. Wer will das noch verstehen?

(Ministerpräsident Beck:
Stimmt doch gar nicht!)

– Bitte?

(Ministerpräsident Beck: Das ist
doch nicht vorgeschaltet!)

– Natürlich. Sie können 8 Euro einziehen, ohne dass die 1-%-Regelung greift, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch nicht vorgeschaltet!)

– Natürlich ist es vorgeschaltet. Sie ziehen seitens der Krankenkassen 8 Euro als kleine Prämie ein, ohne dass Sie die Vermögensverhältnisse derjenigen überprüfen müssen, bei denen Sie es einziehen. Ist es so, oder ist es nicht so?

(Ministerpräsident Beck: Gut, das heißt doch nicht vorgeschaltet! Vorgeschaltet heißt, es kommt obendrauf!)

– Das ist im Übrigen faktisch auch so, dass es oben draufkommt; denn Sie glauben doch nicht, dass trotz der Beitragserhöhung das Geld reichen wird, das ab 2009 in den Gesundheitsfonds fließt.

(Ministerpräsident Beck: Nein, es kommt nicht obendrauf!)

– Herr Ministerpräsident, warten Sie eine Minute, ich habe eine Frage an Sie.

(Ministerpräsident Beck: Tut mir leid!)

– Die eine Minute werden Sie haben. Sie haben nächstmal mit diesem wichtigen Thema verbracht, da wird es auf die eine Minute nicht ankommen.

Wir haben erlebt, wie die Verfallzeiten dieser Gesundheitsreformen immer kürzer werden. Glauben Sie wirklich an dieses Reformwerk? Sagen Sie diesem rheinland-pfälzischen Landtag: Jawohl, ich glaube an den Erfolg dieser Reform. – Dann sagen Sie es hier und jetzt.

(Ministerpräsident Beck: Ich bin gar nicht dran! Ich sage es, wann ich es sagen will!)

– Dann ist es in Ordnung. Dann können Sie jetzt gehen, Herr Ministerpräsident, von meiner Seite habe ich kein Problem. Danke sehr.

(Frau Ebli, SPD: Die Gesundheitsreform war vor einer Woche! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf auf die Gesamtproblematik zurückkommen, die so ausfällt, dass die vier wesentlichen Ziele der Gesundheitspolitik bei diesem Reformwerk wieder einmal nicht erreicht wurden. Weder wird die solide Finanzierung für das wichtige Werk der Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung erreicht noch schafft man es, Negativaspekte der Gesundheitsreform auf den Arbeitsmarkt zu beseitigen und positive Effekte in den Vordergrund zu bringen.

Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis, es wäre ein Leichtes, die 4,2 Millionen Beschäftigten in diesem Bereich deutlich auszubauen, wenn wir den wichtigen Bereich des Gesundheitsmarktes endlich von staatlichen Fesseln lösen würden und die Chancen, die dieser

Markt in vielen anderen Ländern der Welt bereits unter Beweis gestellt hat, nutzen würden.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, das sind die zwei wesentlichen Kritikpunkte, nämlich das Ziel ist nicht erreicht, was die Sicherung der Gesundheitsvorsorge angeht. Die Flächenversorgung mit Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz wird bei der Novelle des Krankenhausplanes ab 2008 noch zur Debatte stehen. Der zweite Bereich ist, dass Wachstumskräfte weiter stranguliert werden. Man stelle sich vor, die Bundesrepublik und die Länder würden dafür sorgen, dass die Automobilproduktion auf 50 % der Leistungsfähigkeit zwangsbegrenzt würde. Das muss man sich einmal geben. Das zeigt, auf welchem perversen Prinzip dieses Gesundheitssystem beruht.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Haushalt an die Landesregierung: Wo bleibt das bei der letzten Diskussion noch in Aussicht gestellte Präventionsgesetz? Ich habe nichts davon gehört. Wann kommt endlich die elektronische Versichertenkarte? Diese Probleme werden vor der Politik hergeschoben. Die 1,4 Milliarden Euro, die man in den Haushalt einstellen will, lösen die sozialen Probleme unseres Landes nicht ausreichend. Wir brauchen zusätzliche Effizienzgewinne. Die Politik muss bereit sein, auch in den Ecken zu fegen und nachzusehen, wo Leistungen der Vergangenheit nicht mehr notwendig sind, damit man sich auf die Bereiche konzentrieren kann, die als neue Aufgaben vor uns liegen.

Ich darf einen Punkt unter vielen erwähnen. Wir haben das Problem der unzureichenden Beschäftigung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Wir sind stolz auf rheinland-pfälzische Arbeitsmarktzahlen. Diese Zahl wird nie genannt. Ich nenne sie Ihnen. Die Arbeitslosenquote unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund liegt bei skandalösen 21,7 %. Was da an sozialem Sprengstoff auf uns zukommt, kann sich jeder selbst ausmalen. In diesem Zusammenhang genügt es nicht, Politik unter dem Motto fortzuschreiben: Allen wohl und niemand wehe. – Da ist ein energisches Durchforsten sozialpolitischer Maßnahmen gefordert. – Wir werden das in den Haushaltsberatungen im Detail präsentieren.

Danke sehr.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen zum Landshaushaltsgesetz? – Das ist nicht der Fall.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse zu überweisen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist das Landshaushaltsgesetz an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse überwiesen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Abkommen zur
Änderung des Abkommens über das
Deutsche Institut für Bautechnik
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 15/45 –
Zweite Beratung

dazu:
**Beschlussempfehlung des Haushalts-
und Finanzausschusses**
– Drucksache 15/320 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat gibt es keine Aussprache. Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/45 – in zweiter Beratung. Es wird empfohlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Vielen Dank. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich bedanke mich.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**...tes Landesgesetz zur Änderung
des Schulgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP**
– Drucksache 15/57 –
Zweite Beratung

dazu:
**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Bildung und Jugend**
– Drucksache 15/321 –

Ich erteile der Frau Kollegin Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1996 sind insgesamt 14 Duale Oberschulen in Rheinland-Pfalz nicht zuletzt dank des großen Engagements von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Schulleiterinnen und Schulleitern an diesen Standorten im Rahmen eines Modellversuchs mit großem Erfolg zu einer eigenständigen Schulform herangewachsen. Gerade am Beginn eines neuen Schul- und eines neuen Ausbildungsjahres ist wieder einmal sehr deutlich geworden, wie wichtig es ist, junge Menschen für ihr späteres Berufsleben gezielt vorzubereiten, um vor allem auch praktisch begabte Kinder und Jugendliche mit Handwerk, mit Technik, mit dem wirtschaftlichen Leben und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Anforderungen rechtzeitig vertraut zu machen. Von jungen Berufseinsteigern wird auch erwartet, dass sie eigenständig arbeiten können, sie teamfähig sind und sie über entsprechende soziale Kompetenzen verfügen. Gerade im Hinblick auf diese Anforderungen ist die Arbeit der Dualen Oberschulen beispielhaft.

Mit Methodenvielfalt, mit neuen Lernformen, mit dem Fach „Praxis in der Schule“, mit einem sehr frühen intensiven Kontakt zur Berufs- und Wirtschaftswelt werden hier Kinder und Jugendliche sehr gezielt auf einen guten mittleren Bildungsabschluss und einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben vorbereitet. Dies ist in hervorragender und beispielhafter Form gelungen.

(Beifall der FDP)

Gleichzeitig wurde mit der Dualen Oberschule ein entscheidender Schritt zur Gleichstellung allgemeiner und beruflicher Bildung und zur Chancengerechtigkeit erreicht. Deshalb liegt es der FDP ganz besonders am Herzen, dass die Duale Oberschule in Rheinland-Pfalz eine wirkliche Zukunft bekommt.

Meine Damen und Herren, die Abläufe konnten wir alle verfolgen. Es gab Ende der letzten Legislaturperiode einen Evaluationsbericht zum Modellversuch. Es wurde dann vereinbart, die erfolgreiche Arbeit der Dualen Oberschule zunächst über den Verordnungsweg abzusichern. Die Betroffenen und auch die FDP-Landtagsfraktion gingen damals von der Zusage aus, dass diese Absicherung als eine Form der Regionalen Schule eine Übergangslösung sei und auch als eine solche zu verstehen sei.

(Beifall des Abg. Mertin, FDP)

Diese Lösung ist allerdings auch – das muss man dann vielleicht einmal an zwei Beispielen festmachen – mit Nachteilen für die Dualen Oberschulen verbunden. Funktionsstelleninhaberinnen und -inhaber mit Real-schulhintergrund mussten eine sogenannte Rangherabsetzung in Kauf nehmen. Sie bekommen zwar einen finanziellen Ausgleich, aber sie fühlen sich durch diese Rangherabsetzung demotiviert. Wo früher hohe Qualitätskriterien beim Eingang in den Realschulzweig, also in die Profilstufe II – ein Notendurchschnitt von 2,5 war früher dort Eingangsvoraussetzung – angesetzt worden sind, ist diese Eingangsvoraussetzung auf 3,0 herabgestuft worden. Dies führt eindeutig zur Verwässerung der Qualität.

Natürlich ist das, was die Ministerin auch immer wieder betont, wünschenswert, nämlich der Wunsch, dass erfolgreiche Elemente und berufsvorbereitende Bausteine der Dualen Oberschule auch in andere Schularten übernommen werden können, wir möchten aber, dass eine insgesamt sehr erfolgreiche Schulform weiter Schule macht. Das funktioniert nicht, wenn die Rahmenbedingungen weiterhin so ausgestaltet sind, dass es kaum Anreize zur Errichtung neuer Dualer Oberschulen gibt und die, die jetzt existieren, für ihr großes Engagement mit einer kräftigen Demotivation entlohnt werden.

(Beifall der FDP)

Wir meinen deshalb, dass die Landesregierung gut daran getan hätte, unseren Gesetzentwurf zum jetzigen Zeitpunkt mitzutragen. Probleme, die sie jetzt mit der dauerhaften Implementierung der Übergangslösung schaffen, könnten Sie den Betroffenen so ersparen.

(Beifall der FDP)

Sie könnten im Sinne der Zukunft von Kindern und Jugendlichen eine sehr erfolgreiche Schulform erheblich besser in die Fläche tragen.

(Beifall der FDP)

Ich freue mich sehr, dass sich die CDU-Fraktion im Ausschuss dann auch dazu entschlossen hat, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Leider reicht das nicht für die Mehrheit. Das weiß ich auch. Ich denke aber, dass es doch noch einmal überlegenswert ist, in Zukunft möglicherweise da noch eine Änderung auch seitens der Landesregierung herbeizuführen. Vielleicht überlegen Sie sich das Ganze noch einmal. Ich denke, es wäre eine sehr lohnende Investition in die Zukunft, die Sie nichts kosten würde, aber Kindern und Jugendlichen erheblich bessere Chancen im Hinblick auf die berufspraktische Vorbereitung und den Einstieg in das Berufsleben bieten würde.

(Beifall der FDP und der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Kollegin Brede-Hoffmann, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Morsblech, wir sind uns einig, wir reden über eine Schulform, die sich als eine erfolgreiche Schulform in Rheinland-Pfalz etabliert hat. Die 14 Dualen Oberschulen, die in unserem Land arbeiten, arbeiten hervorragend. Kinder und Jugendliche, die dort hingehen, erhalten eine qualifizierte Ausbildung und einem guten Start ins Leben.

(Eymael, FDP: Da könntet Ihr ja dafür sein!)

Es ist überhaupt keine Frage, dass sich diese Form der Schule bewährt hat und wir alle davon überzeugt sind, dass dort gute Arbeit geleistet wird, weil qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer dort arbeiten, weil gute Schulleitungen gut organisieren, weil motivierte Kinder und Jugendliche dort lernen und weil es eine gute Partnerschaft zwischen Schulen und Eltern gibt. Unter dem Strich ist das ein gutes Resümee. Man kann sich das auch anlesen, wenn man den Bericht über den Schulversuch „Duale Oberschule“ liest. Dort sieht man, dass alle Partner in diesem Modellversuch zufrieden mit dem Modellversuch sind und positiv in die Zukunft schauen.

Das ist dann aber noch lange kein Grund zu glauben, dass diese erfolgreiche Schule, die funktioniert, nur deswegen nicht mehr funktionieren sollte, keinen Anreiz mehr darstellen sollte, demotivieren sollte, dort die Jugendlichen keine besseren Chancen mehr erhalten sollten, wie Sie, Frau Kollegin, das eben ausgeführt haben, nur weil man diese Schulform nicht ins Gesetz schreibt. Sie hat nämlich motiviert. Sie hat Chancen vermittelt. Sie hat funktioniert, auch im Schulversuch, und sie motiviert, funktioniert und arbeitet und bietet Chancen auch in der Form einer anerkannten, als Regelschule arbeitenden Schule, die in der Landesverord-

nung über die Regionalen Schulen mit dem eigenen Unterteil „Duale Oberschulen“ etabliert worden ist. Es gibt überhaupt keinen guten Grund, dass nur das Schreiben in ein Schulgesetz die Motivation und Leistungsfähigkeit einer Schulart verbessert.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Die Motivation und Leistungsfähigkeit der Schulart wird bestimmt durch die in ihr arbeitenden Menschen. Die machen das sehr erfolgreich. Frau Kollegin Morsblech, wenn Sie sich einfach die ergänzenden Bestimmungen der Schulverordnung über die Regionalen Schulen vom 23. November 1999 in der neuen Form von diesem Jahr anschauen, dann sehen Sie, dass alles das, was Duale Oberschule spezifisch ausmacht und was wir abgesichert haben wollen – Sie auch –, in dieser Schulverordnung genauso dezidiert steht. Wenn es also der Motivation durch eine Verordnung oder eine Schriftform bedürftig dann hätten wir es hierin schon gemacht.

Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass unsere Dualen Oberschulen weiterhin so erfolgreich arbeiten, wie sie es tun, es nicht als demotivierend empfinden, dass sie in einer Verordnung abgesichert sind und nicht im Schulgesetz, sondern sie einfach Spaß daran haben, in ihrer spezifischen und besonderen Arbeitsform mit den besonderen Inhalten und den besonderen Chancen für die Kinder zu arbeiten. Aus diesem Grund gibt es für uns keine Notwendigkeit, Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen. Wir sind sicher, dass die Schulen das, was derzeit an Regelungen für sie da ist, was sie übrigens durch einen Antrag selbst längst alle bestätigt haben, auch in der Zwischenzeit die 14. in Wittlich, anerkennen, gut finden und damit auch gut arbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Kollege Keller.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der ersten Lesung des FDP-Antrags habe ich noch offen gelassen, ob meine Fraktion dem FDP-Antrag, die Duale Oberschule als Regelschule im Schulgesetz zu verankern und sie damit zu einer eigenen Schulform zu machen, zustimmen wird.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass wir uns erst einmal mit dem ausführlichen Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitkommission befassen wollten. Ich hätte mir vorstellen können, dass dies im Ausschuss geschieht. Aber der Ausschuss ist souverän, wir haben das deswegen in der Fraktion gemacht. Ich muss sagen, der vorliegende Abschlussbericht ist eine vorzügliche Arbeit, die unser aller Dank verdient hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Danken möchte ich aber auch den Schulleitungen und Lehrkräften, ohne deren großes Engagement der Schulversuch „Duale Oberschule“ nicht hätte durchgeführt werden können – ich füge hinzu –, nicht so erfolgreich hätte durchgeführt werden können. Allen Genannten ist es zu verdanken, dass dieser Schulversuch sich als äußerst erfolgreich darstellt.

Mit der Dualen Oberschule wurde ein Bildungsgang geschaffen – ich kann da praktisch meine Vorrednerinnen zitieren –, der gezielt auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Verantwortlich dafür ist vor allem das neue Fach „Praxis in der Schule“.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung zeigen, dass gerade dieses Fach von den Inhalten und der Methodik her auch Vorbildfunktion für die entsprechenden Fächer in Hauptschulen und Realschulen besitzt.

Bei der Befragung der Schüler, Lehrer und Eltern hat der Schulversuch hohe Akzeptanzwerte erhalten. Die Zufriedenheitswerte der Schülerinnen und Schüler liegen deutlich über denen der Vergleichsschulen, also der Haupt- und Realschulen.

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der SPD, wenn es wieder zu einer sozialliberalen Koalition gekommen wäre, dann hätten Sie doch dem FDP-Antrag zugestimmt bzw. es wäre ein gemeinsamer Antrag geworden,

(Beifall der CDU und der FDP)

zumal der FDP in der vergangenen Periode wohl Zusage gemacht worden sind, wie Frau Kollegin Morsblech eben wieder bestätigt hat.

(Zuruf der Abg. Frau Spurzem, SPD)

Aber es ist anders gekommen. So ist es halt mit der SPD.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die sind da schnell vergesslich.

Wenn wir einmal koalieren, dann sind wir da zuverlässiger. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Vermutlich hätte dann Frau Kollegin Brede-Hoffmann mit den Argumenten, die Sie, Frau Kollegin Morsblech genannt haben, oder auch mit meinen Argumenten begründet, warum der Schulversuch jetzt in das Gesetz muss.

Die Ergebnisse des Schulversuchs „Duale Oberschule“ sind überzeugend. Für uns hat dieser Schulversuch gezeigt, dass Hauptschulen, Realschulen und natürlich auch die Regionalschulen von diesen Ergebnissen profitieren können. Aber auf Dauer können sie nur profitieren, wenn die Duale Oberschule als eigene Schulform gesetzlich verankert wird und nicht unter die Fittiche der

Regionalschule kommt und ihr irgendwann die Luft ausgeht, weil sie erdrückt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das, was Sie vorhaben, ist, die Duale Oberschule zu einer Regelschule zweiter Klasse zu machen. Das hat sie nun wirklich nicht verdient. Aus diesem Grund stimmen wir voller Überzeugung dem FDP-Antrag zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Staatsministerin Doris Ahnen hat das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Um die Gemeinsamkeit vorwegzuschicken: Die Duale Oberschule macht eine gute Arbeit in diesem Land. Sie ist längst Realität. Sie ist täglich gelebte Realität.

Wir haben inzwischen 13 Duale Oberschulen in die Regelform überführt und das übrigens zum Schuljahresbeginn. Der war im September. Die 14. – Frau Brede-Hoffmann hat darauf hingewiesen – ist auf dem Weg. Wenn wir das dann gerade gemacht haben, dann sollen wir nach Ihrer Meinung die rechtlichen Grundlagen wieder ändern. Sie sind nach der neuen Rechtsgrundlage gerade errichtet worden, und nun sagen Sie, jetzt müssen wir die Rechtsgrundlage eigentlich noch einmal ändern. Das erschließt sich mir von der Abfolge her nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Abgeordneter Keller, die Rechtsgrundlage ist übrigens auch nicht die, dass eine Duale Oberschule unter die Fittiche einer Regionalen Schule kommt.

(Harald Schweitzer, SPD: Das habe ich
auch noch nicht gehört!)

Das ist völlig ausgeschlossen, sondern wir haben eine Landesverordnung über die Regionalen Schulen und in dieser ist die Duale Oberschule als besondere Form der Regionalen Schule rechtlich vollständig abgesichert.

Wir haben all das, was Bestandteil der Dualen Oberschule war, entsprechend verankert. Dazu gehört die äußere Leistungsdifferenzierung, die abschlussbezogenen Klassen, die Fachleistungsdifferenzierung, die Neigungsdifferenzierung und auch der schnellere Weg zur Fachhochschulreife. Ein einziger Punkt ist in der Tat nicht abgesichert worden, das ist der – das war auch in der alten Koalition noch entsprechend besprochen –, dass sich das Modell 9 + 3 nicht bewährt hatte und wir deswegen sogar einen anderen, weitergehenden Weg gefunden hatten, wie man trotzdem einen Zeitgewinn realisieren kann.

Die Duale Oberschule hat viele andere positive Elemente, zum Beispiel die systematische und kontinuierliche Berufswahlvorbereitung, die intensive Zusammenarbeit mit einer berufsbildenden Schule, den systematischen Kompetenzerwerb durch Methodentraining, vor allen Dingen auch das Fach „Praxis in der Schule“. All das ist abgesichert. Dazu gibt es noch zusätzlich das Interesse, unter Umständen einzelne dieser Elemente auch in anderen Schulen zu verankern, weil sie sich bewährt haben – nicht anstatt, sondern zusätzlich.

Frau Abgeordnete Morsblech, es ist nicht so, dass ich nicht politisch Verständnis habe für das, was Sie jetzt auf den Weg gebracht haben. Nur, eines muss ich Ihnen sagen, wenn Sie jetzt davon reden, dass in den Dualen Oberschulen Demotivation wäre, dann muss ich Ihnen sagen, dieser Weg, den Sie jetzt mit Demotivation bezeichnen, war mit Ihnen vollständig abgestimmt. Da muss man schon ein bisschen vorsichtig sein mit solchen Vorwürfen wie Demotivation.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann die im Übrigen auch nicht erkennen: Die Duale Oberschule hat Anerkennung nicht nur bei den Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, sondern sie hat sie auch in der Politik. Deswegen haben wir uns damals entschieden, den Weg zu wählen, sie möglichst schnell rechtlich zu verankern, ihr eine gute Grundlage zu geben, und die Dualen Oberschulen werden auch in Zukunft die Unterstützung der Landesregierung haben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Abgeordneter Kuhn hat das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Kuhn, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Staatsministerin, ich war sehr geduldig. Frau Morsblech hat darauf hingewiesen. Wir waren eigentlich nicht geneigt, es in dieser Runde sehr zu vertiefen. Sie hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es schon die Absprache gab, dass die Duale Oberschule überführt wird.

Wir waren uns damals einig, dass wir schnellstmöglich Sicherheit schaffen und zunächst den Ordnungsweg gehen wollten. Wir müssen wirklich bei der Wahrheit bleiben.

Ich weise darauf hin, dass verabredet war, diesen Weg, der jetzt von der FDP-Fraktion vorgeschlagen wird, zu gehen.

Ich habe das wirklich über mich ergehen lassen, und dies auch mit einer gewissen Sportlichkeit ertragen. Natürlich ist es so, dass Sie in einer neuen Konstellation das Recht haben, politisch andere Schwerpunkte zu

setzen. Aber Sie dürfen nicht behaupten, dass dieser Weg nicht so verabredet war.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus der Verbandsgemeinde Asbach. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass wir dann zur Abstimmung kommen. Es wird unmittelbar über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/57 – abgestimmt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen dann zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/220 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – Drucksache 15/322 –

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Axel Wilke, das Wort.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zur Abstimmung steht jetzt an das Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes, eingebracht in den Landtag in erster Lesung am 20. September 2006, das zur Ausschussberatung an den Rechtsausschuss überwiesen wurde. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 29. September 2006 beraten.

Es geht darum, im Richtergesetz klarzustellen, dass es ab dem 1. November 2006 keine Altersteilzeit mehr geben soll. Nur bei der Richterschaft ist eine gesetzliche Regelung notwendig. Im Übrigen hat die Landesregierung durch Beschlussfassung des Ministerrats die Altersteilzeit in der Anwendbarkeit ausgesetzt.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf beraten und diesem mehrheitlich zugestimmt.

Vielen Dank.

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat der Herr Justizminister.

Dr. Bamberger, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Ihnen zur Beratung vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung soll die Bewilligung der Altersteilzeit für Richterinnen und Richter des Landes auf die Fälle begrenzt werden, in denen die Altersteilzeit vor dem 1. November 2006 beginnt. Bekanntlich hatte mit Wirkung vom 1. Januar 2003 die Landesregierung die Altersteilzeit auch für Richterinnen und Richter eingeführt. Hierzu musste das Landesrichtergesetz geändert werden, weil im Hinblick auf den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit eine andere Regelung in anderer Weise als durch ein Gesetz nicht genügt hätte.

Die Altersteilzeit sollte zugleich auch in einem gewissen Rahmen als Personalsteuerungsinstrument dienen und dazu beitragen, wegen der angespannten Haushaltslage gebotene Personaleinsparungen zu erwirtschaften. Das konnte in einem gewissen engeren Rahmen auch so realisiert werden. Inzwischen lässt die Belastungssituation in der Justiz einen weiteren Personalabbau nicht zu.

Der Gesetzentwurf strebt – das ist sein eindeutiger Hauptzweck – eine Gleichbehandlung aller öffentlich-rechtlich Bediensteten des Landes hinsichtlich der Altersteilzeit an. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 13. Juni dieses Jahres die Altersteilzeit für Landesbeamtinnen und Landesbeamte in grundsätzlich allen Bereichen der Landesverwaltung bis zu einer zeitgemäßen Neuregelung ausgesetzt. Von dem Aussetzungsbeschluss sind auch die Justizbeamtinnen und Justizbeamten – also zum Beispiel Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger – erfasst, aber nicht die Richterinnen und Richter des Landes. Hierzu bedarf es eines Landesgesetzes.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält die insoweit notwendigen geringen Änderungen des Landesrichtergesetzes. Auf diesem Wege wird also eine einheitliche Beschränkung der geltenden Altersteilzeit innerhalb der Landesverwaltung, aber auch innerhalb des Geschäftsbereichs des Ministeriums der Justiz gewährleistet. Ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wilke.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Blicken wir einmal zurück, bevor wir uns mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen: Im Jahr 2000 wurde die Altersteilzeit für Beamte eingeführt, im Jahr 2003 dann auch für die Richterschaft. Das hat der Herr Staatsminister leider nicht erwähnt. Der Gesetzesbegründung und Ihren Ausführungen entnehme ich, dass es offensichtlich ausschließlich darum ging, Personalkosten einzusparen. Das ist natürlich nur die halbe Wahrheit. Diese halbe

Wahrheit haben Sie aber auch nur dadurch erreicht, indem Sie alle Stellen nur halb nachbesetzt haben, bis infolge der Altersteilzeit und der Ruhephase die Stelle wieder vollständig zur Verfügung stand. Es ist klar, dass sich dadurch in der Richterschaft natürlich Druck im Hinblick auf die Erledigung der anstehenden Dinge aufbaut.

Ein Ziel der Altersteilzeit war von jeher, einen gesunden Altersaufbau in der Richterschaft herbeizuführen. Dies ist in Ihrer Begründung zu kurz gekommen. Wenn man sich mit der Justiz unseres Landes unterhält, dann wird eines ganz klar: Es gibt Bereiche in unserer Justiz, die bereits unter einer gewissen Überalterung leiden, in denen man aber froh wäre, über die Altersteilzeit dahin zu kommen, dass junge Richter nachwachsen können. In diesem Zusammenhang erwähne ich ausdrücklich die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Was Sie jetzt machen, kommt mir vor wie eine Vollbremsung von 180 auf null. Sie wollen mit der Altersteilzeit zum 1. November 2006 Schluss machen. Nur wer sie zu diesem Zeitpunkt antritt, genießt sie noch, aber nicht einmal derjenige, der die Voraussetzungen erfüllt. Damit wird Vertrauen enttäuscht. Ich kann mir vorstellen, dass sich bereits viele seit mehreren Monaten ausgehend von der bisherigen Gesetzeslage darauf vorbereiten, in Altersteilzeit zu gehen und damit eine Stelle frei zu machen.

Jetzt passiert aber Folgendes: Das Fallbeil fällt zum 1. November 2006. Das ist genau der Grund, weshalb der Landesverband des Deutschen Richterbundes sich dagegen ausgesprochen hat. Es bestehen keine prinzipiellen Einwände dagegen, ein neues Modell einzuführen, um dem Ziel eines gesunden Altersaufbaus in der Verwaltung und der Bewirtschaftung von Personalkosten gerecht zu werden. Das sollte aber nicht gleich und sofort und mit dem Fallbeil geschehen.

Hätten Sie sich dem Ratschlag bzw. dem Wunsch des Deutschen Richterbundes angeschlossen, einen gewissen Vorlauf bis zum nächsten Frühjahr einzurichten und bis dahin eine Nachfolgeregelung zu präsentieren, dann könnten wir uns mit diesem Gesetzentwurf anfreunden. Dann könnten wir mit Ihnen über dieses Modell diskutieren. So muss man aber den Verdacht hegen, dass für die Richterschaft wieder eine Sonderregelung gefunden wird wie zwischen den Jahren 2000 und 2003, als in der Richterschaft keine Altersteilzeit galt. Außerdem entsteht der Verdacht, dass es möglicherweise gar keine Nachfolgeregelung für die Richterschaft geben wird, während für den allgemeinen öffentlichen Dienst durchaus über eine Nachfolgeregelung nachgedacht wird. Hierzu würde ich gern etwas von Ihnen hören, Herr Staatsminister.

In der vorliegenden Form findet der Gesetzentwurf nicht unsere Zustimmung. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoch.

Abg. Hoch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Kollegen Wilke denke ich, dass diese Änderung jetzt notwendig ist. Wir haben bereits im Rechtsausschuss versucht, Ihnen zu erklären, dass es überhaupt keinen Sinn macht, eine Stichtagsregelung auf das nächste Jahr hinauszuschieben, weil es eine Stichtagsregelung bleibt. Es gibt immer jemanden, der einen Tag vorher oder einen Tag nachher die Voraussetzungen gerade erfüllt oder nicht erfüllt.

Es besteht aber Vertrauen für die Fälle, bei denen diese Regelung bei der Einstellung keinesfalls absehbar war. Sie ist in den vergangenen Jahren auf das Tableau gekommen, um eine Personalsteuerung vornehmen zu können, die Effizienzgesichtspunkten und sicher auch Einsparungsgesichtspunkten dienen sollte. Sie haben sicher alle die Ausgabe des „SPIEGEL“ der vergangenen Woche gelesen, in der es heißt, dass wir mit einer Laufzeit bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit von knapp vier Monaten zehn Monate schneller als in Bayern sind. Effizienzgesichtspunkte sind also sehr wohl in der Justiz realisiert.

Wir benötigen jetzt eine geänderte gesetzliche Grundlage, um veränderten Lebensbedingungen gerecht werden zu können. Wir werden gottlob immer älter und gottlob immer gesünder älter. Wir führen eine Diskussion über die Altersgrenze bei Kommunalwahlbeamten. Wir haben heute Morgen viel über den Pensionsfonds diskutiert. Wir haben über die Gestaltung des Lebens nach der Erwerbsphase gesprochen. Wir sollten uns alle darauf einstellen, dass die Regelungen, wie sie in den vergangenen Jahren gehandhabt wurden, nicht mehr für die Generation gelten kann, in der wir uns befinden und in der sich auch viele in der Richterschaft befinden.

Wir haben das in der Vergangenheit dazu nutzen wollen, aktiv Personalgestaltung betreiben zu können, indem nämlich zwei frei werdende Stellen durch einen Jüngeren besetzt wurden. Damit wurde Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern die Chance gegeben, im Justizbereich tätig zu werden und mit neuem Engagement und neuen Akzenten tätig zu sein.

Die Regelung ist jetzt notwendig und sollte nicht herausgeschoben werden, weil wir die Richterinnen und Richter genauso wie die anderen Landesbeamten behandeln wollen.

Wir haben jetzt schon den Fall, dass der Stichtag, nämlich der 1. November, im Vergleich zu den anderen schon fast ein halbes Jahr später liegt. Wir haben heute Morgen auch viel über die Einsparungen gehört. Auch wenn Sie jetzt kritisieren, dass das ein Argument ist, um die Regelung vielleicht auszusetzen und über eine Nachfolgeregelung zu diskutieren, wäre es aber schön, wenn Sie einer solchen Regelung im Hinblick auf die Gesamtverantwortung für den Haushalt zustimmen könnten. Sie haben heute Morgen schließlich viele Sparvorschläge angekündigt, die nicht gekommen sind.

Sie wissen aber auch, dass die Altersteilzeit ein zweifaches Jahresgehalt eines Richters oder einer Richterin kostet. Deshalb ist es die richtige Entscheidung, einen

Gleichlauf zu den übrigen Beamten hinzubekommen. Über eine Folgeregelung werden wir sicherlich alle noch angespannt diskutieren. Es muss nämlich ein verhältnismäßiger Ausgleich gewährleistet werden zwischen dem berechtigten Wunsch der Menschen, früher in den Ruhestand zu treten, und der Haushaltsverantwortung, die wir alle tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht selten lösen Gesetzentwürfe, insbesondere jene zu Gesetzesänderungen, beim unbefangenen Leser – wozu ich auch Abgeordnete zähle – ein Stirnrunzeln aus. In besonders seltenen Fällen jagen sie selbst versierten Juristen regelrechte Schauer über den Rücken, habe ich mir sagen lassen. Davon ist der vorliegende Gesetzentwurf allerdings eine rühmliche Ausnahme. Er lässt einen vielmehr schmunzeln. Das liegt nicht daran, dass er besonders originell oder geistreich wäre, sondern vielmehr daran, dass er vorführt, wie man mit einem bestimmten Handeln und gleichzeitig mit dem genau entgegengesetzten Handeln Kosten sparen kann.

So liest man unter D. im Gesetzentwurf – ich zitiere –: „Mit der Begrenzung der Altersteilzeit werden zusätzliche Personalkosten vermieden.“ Gleichzeitig heißt es in der Begründung unter A. – ich zitiere –: „Rheinland-Pfalz hat mit Wirkung vom 1. Januar 2003 die Altersteilzeit für Richterinnen und Richter eingeführt. Anlass hierfür war auch die angespannte Haushaltslage, die das Justizressort im Doppelhaushalt 2002/2003 zu zusätzlichen Einsparungen unter anderem im Personalbudget verpflichtete.“ Weiter heißt es: „Der Einsatz der Altersteilzeit vorrangig als Personalsteuerungselement hat zur Erfüllung der Einsparverpflichtungen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz beigetragen.“

Auf den ersten Blick glaubt man, es sei nicht möglich, dass sowohl die Einführung der Altersteilzeit als auch ihre Begrenzung sich auf den Haushalt positiv auswirken haben bzw. auswirken können. Bei näherer Kenntnis der Umstände und der Umsetzung der Altersteilzeit weiß man aber, dass diese Ausführungen durchaus zutreffend sind.

Natürlich soll die Altersteilzeit nicht in erster Linie unter dem finanziellen Gesichtspunkt betrachtet werden, aber bei der allgemeinen Haushaltssituation, über die wir heute Vormittag schon viel gehört haben, kann dieser Aspekt nicht vernachlässigt werden.

Die Altersteilzeit kann ein taugliches Instrument der Personalsteuerung sein, insbesondere zur Verjüngung des Personalkörpers. Deshalb war sie lange Zeit auch sehr beliebt. Darüber hinaus führt sie für den Haushalt

dann zu einer Entlastung – nur dann –, wenn, wie bei dem in Rheinland-Pfalz umgesetzten Blockmodell, nicht alle in der Freistellungsphase befindlichen Stellen sofort vollständig nachbesetzt werden. Dies muss die in der Freistellungsphase befindlichen Bediensteten vielleicht weniger interessieren, aber das führt nicht selten zu Unmut bei denjenigen, die unmittelbar von der daraus resultierenden Arbeitsverdichtung betroffen sind und die aufgrund ihres jugendlichen Alters keine Aussicht darauf haben, in den Genuss der Altersteilzeit zu kommen.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde von betroffenen Richterinnen und Richtern in der Vergangenheit die Altersteilzeit immer wieder sehr zwiespältig beurteilt und keineswegs nur beklatscht. Daher ist auch eine Diskussion über den festzulegenden Stichtag eher müßig.

Die Gleichbehandlung der Richterinnen und Richter untereinander, aber auch die Gleichbehandlung gegenüber anderen Bediensteten des öffentlichen Dienstes lassen eine Begrenzung der Altersteilzeit sinnvoll erscheinen. Die FDP-Landtagsfraktion wird deshalb dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns in der zweiten Beratung. Wir kommen jetzt zur unmittelbaren Abstimmung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Wer ist dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer ist dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über die Sicherheit
in Hafenanlagen (LHafSiG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/223 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
– Drucksache 15/323 –**

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt keine Aussprache. Daher stimmen wir unmittelbar über den Gesetzentwurf ab. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Wer ist dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz

zu erheben! – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung
des Kommunalabgabengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD und CDU
– Drucksache 15/318 –
Erste Beratung**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, dass keine Aussprache stattfindet. Es wird Überweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. – Damit ist der Gesetzentwurf federführend an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe die **Punkte 8 und 9** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Neukonzeption und Neuorientierung der
Grundsicherung für Arbeitsuchende
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/245 –**

**Umsetzung der Grundsicherung für
Arbeitsuchende in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage
der Fraktion der CDU und der Antwort
der Landesregierung auf
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksachen 15/68/173/233 –**

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thelen das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will heute nicht bei Adam und Eva anfangen. Sie wissen alle, Hartz I bis IV hat uns vielfältig und intensiv beschäftigt. Damit hatte man einmal das Ziel verfolgt, die Arbeitslosenzahlen zu halbieren. Wir wissen alle, dass das nicht so ganz gelungen ist.

Ein Ergebnis dieser Hartz-Diskussion war zum Schluss Hartz IV. Ich will künftig lieber vom Sozialgesetzbuch II sprechen, weil ich meine, dass der Namensgeber vielleicht nicht mehr so ganz als Namensgeber geeignet ist.

Das Sozialgesetzbuch II hatte ein absolut richtiges Ziel, von dem ich auch heute nach wie vor überzeugt bin, dass es Sinn macht, nämlich die Zusammenführung von zwei wichtigen Sozialleistungsbereichen, der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe. Man wollte den Menschen, die bedürftig sind, einen Ansprechpartner und eine Behörde geben. Man hat die Trennlinie da gezogen, wo es um die Erwerbsfähigkeit in einem bestimmten Umfang geht.

Dieses Gesetz hat aber mehrere Mankos, die vielleicht auch darin begründet liegen, dass man dieses Gesetz nachher unter großem Zeitdruck verabschiedet hat und zum Teil im Bundesrat bis morgens früh verhandelt hat. Dann sind die Ergebnisse vielleicht nicht so glücklich, wie man sich das mit etwas mehr Ruhe vorstellen würde.

Die Diskussionen begleiten uns seit dem Inkrafttreten zum 1. Januar 2005. Um auch Klarheit in die Situation im Lande zu bringen, haben wir vor einigen Monaten eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet, um zu erfahren, wie es im Land aussieht. Nicht erstaunlich ist, dass es nicht sehr viel anders aussieht als in Deutschland insgesamt. Wir haben nämlich eine Entwicklung, die so von uns allen nicht vorhergesehen wurde.

Wir haben deutlich höhere Zahlen an bedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz, nämlich rund 136.000 Bedarfsgemeinschaften. 250.000 Personen in Rheinland-Pfalz gehen zu den ARGEN, zu den Optionskommunen, und bekommen dort Hilfe nach dem Arbeitslosengeld II.

Wir haben Kostensteigerungen, Kostensituationen, die wir so nicht erwartet haben. Im Jahr 2005 waren es rund 856 Millionen Euro. Im Jahr 2006 erwarten wir insgesamt rund 906 Millionen Euro. Das sind Summen, die wir uns so auch nicht vorgestellt haben.

Es hat inzwischen eine Reihe von Bemühungen gegeben, die Dinge einzufangen und zu verändern. Es gab Überprüfungen des Bundesrechnungshofs, der auch den Finger in die Wunde gelegt hat.

Wir haben wissen wollen, wie sich die Wahrnehmung der Aufgabe durch die ARGEN unterscheidet, nämlich die Konstrukte, wo sich zwei Behörden, das heißt, die Arbeitsagentur und die Kommunalverwaltung, zusammengefunden haben, um diesem Menschenkreis zu helfen. Wie unterscheidet sich die Wahrnehmung in diesen ARGEN vielleicht auch ein Stück weit von den Kommunen, die diese Aufgabe in einer Hand übernommen haben? Das sind die so genannten Optionskommunen.

Wir haben bei einer Fragestellung und der Antwort, die wir dazu erhalten haben, sehr deutlich erfahren können, wie unterschiedlich letztendlich die Dinge sind. Ich will denjenigen, die Spaß haben, sich im Internet die Große Anfrage anzuschauen, die Frage 12 und die Antwort dazu ans Herz legen. Wir haben gefragt: „In welchem Umfang konnte“ durch die Arbeit der Optionskommunen „eine Integration in reguläre Beschäftigung erreicht werden...? Wie haben sich die Vermittlungszahlen insgesamt entwickelt...?“

Das ist eine sehr zentrale Fragestellung. Bei aller vordergründigen Hilfebedürftigkeit muss unser aller Ziel sein, den Menschen Wege in den Arbeitsmarkt zu ebnen und sie aus dem Leistungsbezug herauszubringen. Das ist eigentlich eine Frage, die ganz fundamentale Inhalte der eigenen Aufgabenerledigung beinhaltet und feststellen sollte.

Wir bekommen von den ARGEN sehr grobe Zahlen geliefert. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 haben 83.900 Personen aus dem Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch die Arbeitslosigkeit zumindest vorübergehend beenden können. Von ihnen mündeten 29.600 in eine Erwerbstätigkeit ein, 8.200 mehr als im ersten Halbjahr 2005.

Jetzt muss man wissen, dass das „in eine Erwerbstätigkeit einmündet“ nach den Begrifflichkeiten der Arbeitsagentur auch bedeuten kann, dass diese Damen und Herren einen 1-Euro-Job wahrgenommen und keineswegs das Ziel erreicht haben, das wir eigentlich anstreben sollten.

Schauen wir uns in gleicher Weise einmal die Antworten an, die die sogenannten Optionskommunen geben konnten. Das sind im Land Rheinland-Pfalz der Landkreis Daun und der Landkreis Südwestpfalz.

Ich nehme das Beispiel Landkreis Daun. Dieser Landkreis teilt uns mit: Im Zuständigkeitsbereich der Optionskommunen konnten im Jahr 2006 im Landkreis Daun insgesamt 273 Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, und zwar 178 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sowie 95 in ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis. In Ausbildungsplätze bzw. schulische Ausbildung konnten 32 Personen integriert werden usw.

Sie sehen, hier wird viel differenzierter festgehalten, was wir mit unserer Arbeit geschafft und erreicht haben. Ich denke, diese Antwort macht das Dilemma sehr deutlich, das wir haben, nämlich auf der einen Seite die ARGEN in einer sehr zentralistisch organisierten Bundesbehörde mit rund 100.000 Mitarbeitern, die von Nürnberg aus gesteuert werden, und auf der anderen Seite die Kommune Landkreis Daun, die sich sehr nahe bei den Menschen, am regionalen Arbeitsmarkt und vielleicht doch auch etwas näher an den Hilfebedürftigen und Hilfsmöglichkeiten befindet.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Mängelliste, die auch der Bundesrechnungshof vorgelegt hat, die ähnliche Kritikpunkte beinhaltet, nämlich dass die Vermittlung nicht zielgerichtet und effektiv genug geschieht, und der Antwort auf unsere Große Anfrage haben wir einen Antrag an diesen Landtag formuliert. Ich denke, wir haben ihn sehr zurückhaltend formuliert in der Hoffnung, dass möglichst viele Fraktionen – ich baue auch auf die Regierungsfraktion – bereit sind, diesen Antrag mitzutragen, weil wir darauf angewiesen sind, dass die Landesregierung durch ihre Initiative über den Bundesrat und auch über die Möglichkeiten in der Großen Koalition in Berlin versuchen kann, diese Ziele mit umzusetzen.

Wir möchten, dass wir die Beschränkung auf 69 Optionskommunen auflösen. Das bedeutet, dass jede Kommune, die es möchte, diese Aufgabe in eigener Zuständigkeit wahrnehmen kann, und zwar ohne Zwang und ohne Verpflichtung. Es soll einfach nur eine Öffnung sein, die meines Erachtens vielen Landkreisen, wie wir

es aufgrund einer Umfrage des Landkreistags erfahren haben, sehr entgegen käme.

(Beifall der CDU)

Wir möchten, dass die Qualität der Betreuung und Vermittlung besser und effizienter wird und bessere Voraussetzungen geschaffen werden, um die Leistungen von Arbeitslosengeld II nur an wirklich Bedürftige zu zahlen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Ich habe mir die Zeit genommen, einen Tag bei unserer ARGE zu hospitieren. Ich war etwas erstaunt zu erfahren, dass beispielsweise ein Spediteur mit drei großen Lastzügen ALG-II-Bezieher ist. Das halte ich für ein Unding. Auch ein Arzt war ALG-II-Bezieher. Hier frage ich mich, wieso kein Vermögen angerechnet wird.

Wo sind im Gesetz im Zweifel Möglichkeiten, darlehensweise Hilfe zu gewähren, und zwar vielleicht für einen vorübergehenden Zeitraum, in dem eine Hilfebedürftigkeit vorliegt, um diese Leistungen später wieder zurückfordern zu können? Es gibt noch eine Reihe von Fragen im Leistungsbezug selbst, die wir meines Erachtens so nicht stehen lassen können.

Wir müssen noch sehr viel eindeutiger Anreize setzen, um eine Arbeit aufzunehmen, die tatsächlich geeignet ist, auch perspektivisch den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Bislang ist die Anrechnungsvorschrift so, dass maximal eine geringfügige Beschäftigung bis 400 Euro für viele ALG-II-Bezieher Sinn macht. Das ist eigentlich unser Kombilohn-Modell, das wir mit dem ALG II bereits haben. Das kann aber auf Dauer nicht im Sinne des Erfinders sein, weil wir die Leute davon abhalten, auf Dauer in Arbeit zu gehen.

Unsere herzliche Bitte an Sie: Tragen Sie es mit, oder sind Sie zumindest so freundlich und lassen Sie uns in den zuständigen Ausschuss intensiver über den Antrag beraten. Ich denke, das Thema hätte es verdient.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Grosse.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Thelen, die gute Botschaft vorweg. Wir werden einer Überweisung an den Ausschuss zustimmen.

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie doch einfach erst einmal zu. Ich habe noch nicht einmal angefangen. Ich fange mit den Übereinstimmungen an und werde mich anhand Ihres Antrags durch meine Rede leiten lassen.

Übereinstimmung gibt es, dass es wichtig war, ein Fortentwicklungsgesetz auf den Weg zu bringen, das im Übrigen schon in Kraft getreten war, nachdem Ihr Antrag eingereicht worden war. Dabei werden wir sehen, dass viele Dinge, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, schon durch die Vorschläge im Fortentwicklungsgesetz der Grundsicherung für Arbeitsuchende aufgegriffen worden sind. Wir müssen uns ein bisschen Zeit lassen, um das zu bewerten.

Es gab viele Schwierigkeiten. Durch das Fortentwicklungsgesetz sind Gesetzeslücken geschlossen worden. Es gibt eine sehr viel pragmatischere und praktischere Durchführung bei den SGB-II-Auszahlungen und bei den Empfängern von SGB II-Leistungen. Das ist erleichtert worden.

Ich darf dazu sagen – das findet in Ihrem Antrag Erwähnung –, dass das Land Rheinland-Pfalz eine erhebliche Rolle bei der Konstruierung des Fortentwicklungsgesetzes gespielt hat. Ich darf ein Beispiel nennen, dass nämlich der Bewilligungszeitraum für das Arbeitslosengeld II bzw. für den Arbeitslosengeld-II-Bezug unter bestimmten Umständen von sechs Monaten auf zwölf Monate verlängert werden kann.

Wir haben aus den ARGEN gehört, dass es große Probleme gemacht hat, was die Bindung von Personal angeht. Das ist jetzt auf Initiative von Rheinland-Pfalz zum großen Teil gestoppt worden und findet auch Berücksichtigung in dem Fortentwicklungsgesetz.

Es gibt viele Verwaltungsvereinfachungen und erhebliche Sanktionsmöglichkeiten, die es vorher nicht gab. Es gibt, was die Bedarfsgemeinschaften angeht, im Fortentwicklungsgesetz erhebliche Einschränkungen. Inzwischen ist die Beweislast umgekehrt worden. Das heißt, wir sind mit dem Fortentwicklungsgesetz, das zum großen Teil am 1. August in Kraft getreten ist, einen großen Schritt vorangekommen.

Ich komme zu den unterschiedlichen Auffassungen. Hier wird es etwas schwieriger. Dabei sehen wir, wie schwierig die gesamte Gesetzgebung ist, was Hartz angeht.

Damit geht es gleich mit der ersten Forderung Ihres Antrags los, die Begrenzung der Träger der Grundsicherung – nach der bisherigen Regelung auf 69 – zu öffnen. Zunächst einmal – das haben Sie vorhin gesagt, glaube ich – ist es Bundesgesetzgebung, das heißt, es ist nichts, was wir im Land direkt beeinflussen könnten, wenn doch, dann tatsächlich nur über den Bundesrat bzw. über die Person des Ministerpräsidenten als SPD-Bundesvorsitzenden.

Des Weiteren gab es in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, dass vier Kommunen hätten sagen können, sie möchten optieren. Es haben nur zwei diese Möglichkeit wahrgenommen.

Das ist in Ordnung. Ich kenne die Umfrage des Landkreistags. Das ist mir klar.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Gut. Da muss man sich fragen, wie würde es wohl aussehen, wenn es zum Schwur käme, was die Optionen angeht. Das weiß ich nicht so genau. Es ist schwierig, diesbezüglich in die Zukunft zu sehen.

Ich kenne die Umfrage des Landkreistages, ich kenne aber auch – das macht die Sache etwas schwieriger – die Umfrage des Städtetages.

Das heißt, die kommunalen Spitzenverbände sind sich nicht einig. Das macht die gesamte Situation insofern nicht einfacher, als wir, wenn wir das öffnen würden, auf bestimmten Organisationsmängeln, die die ARGEN nun einmal haben – das sehen wir auch so –, mit großer Wahrscheinlichkeit sitzen bleiben würden.

Das heißt, wir müssen schauen, wie wir diese organisatorischen Probleme bei den ARGEN in den Griff bekommen. Es gibt den alten Punkt, was die Kompetenzen der Bundesagentur für Arbeit angeht. Was die Weisungsbefugnisse der Bundesagentur für Arbeit betrifft, so sind wir uns diesbezüglich wahrscheinlich einig, was die Schwierigkeiten betrifft.

Ein möglicher Lösungsansatz könnte sein – das bitte ich, wirklich nur als Vorschlag zu bewerten; wir werden das im Ausschuss noch intensiver besprechen können –, ob man nicht eine Organisationszuständigkeit beim Land ansiedeln könnte, das heißt, dass wir eine Zwischenstufe haben, das Land in diese Organisationsform mit eingebunden werden könnte oder wir schauen, ob das Land in irgendeiner Form vielleicht als Fachaufsicht mit dabei sein könnte.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das gilt es zu prüfen. Ich halte von dieser Auflösung der 69 kommunalen Gebietskörperschaften nicht viel. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Aber das können wir noch weiter besprechen.

Frau Thelen, ich komme auf die Frage 12 zu sprechen, die Sie scherzhaft beschrieben haben oder zu der ich es vielleicht so verstanden habe, dass Sie die Antwort der Landesregierung als unbefriedigend empfanden. Wichtig erscheint mir, dass wir sagen, wir bleiben bei den Möglichkeiten der 69 optierenden Gebietskörperschaften, weil es wichtig ist, dass wir eine Organisationsstruktur haben.

Bei uns im Landkreis Mainz-Bingen haben wir uns natürlich daran orientiert, was die Nachbargebietskörperschaften machen, ob diese optieren oder die Organisationsform einer ARGE bevorzugen.

Bei uns im Landkreis ist es auch so, dass wir einen sehr selbstbewussten Vertrag mit der Bundesagentur für Arbeit geschlossen haben. Es ist nichts von einer Kompetenzhörigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften gegenüber der Bundesagentur für Arbeit zu spüren gewesen, sondern es ist zu einem überaus vernünftigen und sehr gleichberechtigten Vertrag gekommen.

Ich darf auch sagen, bei der Sprecherkonferenz der Sprecherinnen und Sprecher der A-Länder ist zum Ausdruck gekommen, dass die starken kommunalen Ge-

bietskörperschaften – ob sie nun alle optieren oder in ARGEN organisiert sind – große Erfolge verzeichnen können.

Meine Damen und Herren, was den Eingliederungsetat angeht – ich komme auf Nummer 2 Ihres Antrags zu sprechen –, so hat sich der erste Satz mit dem Fortentwicklungsgesetz erledigt. Der zweite ist schon spannender. Auf den möchte ich eingehen, insbesondere vor der Debatte, die wir heute geführt haben.

Ich zitiere: „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind so zu konzipieren und einzusetzen, dass sie als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt fungieren.“

Man kann dem zustimmen. Ich würde denken, dass alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz – wenn es gut läuft, auch bundesweit – so konstruiert sind; wenn es welche gibt.

Ich komme zu dem, was heute besprochen worden ist, nämlich zu den möglichen Kürzungen. Wir halten es für wichtig, dass diejenigen, die SGB-II-Leistungen in Anspruch nehmen müssen, die Langzeitarbeitslose sind, die es im Leben schwer haben oder hatten, darauf vertrauen können, dass das Land sich nicht aus den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausklinkt, sondern sagt: „Wir helfen euch.“

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Qualifizierungsmaßnahmen, Maßnahmen, die wichtig sind, die junge Menschen, Frauen und/oder Langzeitarbeitslose brauchen. Es ist wichtig, dazu zu stehen.

Sie haben bei den bisherigen Haushaltsberatungen ausnahmslos eine erhebliche Streichung dieser Maßnahmen beantragt. Dem haben wir nie zugestimmt, insbesondere jetzt nicht, weil wir meinen, dass das Land zum Beispiel mit diesen regionalen Budgets, die den ARGEN in Höhe von 18 Millionen Euro zur Verfügung stehen und die für die SGB-II-Empfängerinnen und –Empfänger von außerordentlich großer Bedeutung sind, um wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden zu können, – – –

Meine Damen und Herren, Sie stellen weiter in Ihrem Antrag fest, es sei nicht beabsichtigt, eine pauschale Diskussion über die Höhe des Arbeitslosengeldes (ALG) II zu führen. Das widerspricht tatsächlich dem, was ich in der letzten Zeit wahrgenommen habe.

Herr Baldauf, ich möchte eine Pressemeldung – es gibt mehrere – vom September zitieren: „Der rheinland-pfälzische CDU-Chef Christian Baldauf verlangt mehr Druck auf Langzeitarbeitslose. Eine Absenkung der ALG-II-Sätze sei sinnvoll, um die Empfänger zu bewegen, eine reguläre Beschäftigung anzunehmen.“ –

Ich denke, man sollte sich in der CDU darüber einig werden, was man will: Soll man tatsächlich streichen

oder nicht? Ist das ein richtiger Weg? – Nach unserer Auffassung absolut nicht.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Flankierende Maßnahmen bei SGB-II-Beziehern halten wir, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der SGB-III-Bezug geringer wird und viele in den SGB-II-Bezug übertreten, für außerordentlich wichtig.

(Baldauf, CDU: Nicht nur Theorie, sondern Praxis!)

Den Einsparungen der CDU – man darf gespannt sein, was in der Haushaltsdebatte auf uns zukommen wird – haben wir bisher nicht zugestimmt. Wir werden dem auch nicht zustimmen.

Ich weiß nicht, ob Sie das mit der wirtschaftlichen Nüchternheit gemeint haben, die Sie heute in Ihrer Haushaltsdebatte angesprochen hatten, Herr Baldauf. Wir nicht. Mit Sozialdemokratinnen und -demokraten ist das nicht zu machen.

Wir werden weiterhin an der Seite derjenigen stehen, die bisher in ihrem Leben Pech hatten und diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen brauchen, um wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden zu können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP war, wie alle im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien, für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die FDP hat sich aber als einzige der anwesenden Parteien auf Bundesebene gegen die Konstruktion ausgesprochen, deren kritischen Verlauf wir heute zu besprechen haben.

Die Große Anfrage der CDU, die auch dem Antrag zugrunde liegt, greift einen Bereich der Hartz-Gesetze heraus. Ich erinnere daran, dass unsere Fraktion eine Große Anfrage mit etwas umfassenderem Hintergrund zu Hartz I bis IV gestellt hat, die auch beantwortet ist, die sich in der Auswertung befindet. Vor deren Auswertung – dafür bitte ich um Verständnis – wollen wir Vorabfestlegungen vermeiden.

So viel sei schon gesagt: Der Überweisung an den Ausschuss stimmen wir zu.

Meine Damen und Herren, wenn wir seinerzeit formuliert haben, dieses Gesetzeswerk ist zu kompliziert, dann haben wir leider recht behalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage bewusst „leider“.

Wir haben im Bewusstsein um die Komplexität dieses Gesetzeswerkes seinerzeit bei den Haushaltsberatungen zugestimmt, dass das Land eine Reserve bildet, um die Probleme, die wir erwartet haben, zu begleiten.

Frau Grosse, Sie haben diese 18 Millionen Euro genannt.

Das, was damals richtig war, war von uns so gedacht, dass es für einen vorübergehenden Zeitraum komplexitär die Arbeit der Bundesagentur, der ARGEn und der optierenden Kommunen begleitet. Frau Grosse, aber selbstverständlich – und das ist noch keine Festlegung auf Euro und Cent – kann es nicht angehen, dass Qualifizierungsmittel der Bundesagentur nicht ausreichend ausgeschöpft werden, in letzter Konsequenz dem Bundeshaushalt zufließen und wir mit Landesmitteln, sprich, neuen Schulden mit Zins- und Tilgungsproblemen eine Sozialpolitik machen, die ein Sozialproblem darstellt.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Grosse, ich glaube, das Land kann froh sein, dass es weder in der Fachaufsicht war noch für die Organisation der ARGEn wirklich in Verantwortung zu ziehen ist. Das Land sollte zumindest froh darüber sein. Ich als jemand, der in dieser Zeit auf Seiten der regierungstragenden Fraktionen mit dabei war, bin froh, dass wir nicht in dieser Verantwortung standen; denn was dort am Anfang lief, war Pleiten, Pech und Pannen, und was man jetzt versucht, ist, Pleiten, Pech und Pannen etwas günstiger darzustellen. Wir stehen in der Tat vor der Frage der Generalrevision. Es gibt ein Fortentwicklungsgesetz, natürlich! – Es ist nicht mehr ganz so schlimm, wie es war. Ich könnte mir auch vorstellen, dass sich ein Teil der Fehlentwicklungen relativieren wird. Aber das, was wir erlebt haben, ist doch dramatisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Geplant waren für ganz Rheinland-Pfalz 88.000 Bedarfsgemeinschaften. Wir hatten dann im Januar 2005 bereits 108.000 Bedarfsgemeinschaften. Diese sind bis Juli dieses Jahres auf 130.000 Bedarfsgemeinschaften angewachsen. Das ist doch der schiere Wahnsinn! Das ist auch nicht damit zu erklären – wie die Landesregierung sagt –, dass verdeckte Armut aufgedeckt wurde. Das findet auch mit statt, ist in Ordnung, aber selbstverständlich nicht in dieser Größenordnung.

Daran zeigt sich, dass ein Gesetzeswerk wie Hartz IV in seiner Kompliziertheit dazu einlädt, mit daran teilzuhaben, und dagegen vorzugehen ist auf der Basis von Formblattgerechtigkeit und auf der Basis überforderter Verwaltungen, die das erste Halbjahr – dies räumt die Landesregierung selbst ein – damit beschäftigt waren, überhaupt Daten zu erfassen und sich im IT-Dschungel zurechtzufinden, sehr schwer. Dass die Unterstützung, die die optierenden Kommunen und die ARGEn erhielten, sehr ungleichgewichtig war, möchte ich in diesem Zusammenhang mit erwähnen.

Wir haben uns nicht darüber gewundert, sondern wir haben immer prognostiziert, dass eine subsidiäre Erfüllung attraktiver und Erfolg versprechender ist als die

komplexe Konstruktion der ARGE n. Dass die optierenden Kommunen in einem sehr wichtigen Bereich sehr viel besser abgeschnitten haben, als dies vom Bundesdurchschnitt her vorab definiert wurde, ist sehr erfreulich. Die Aktivierungsquote liegt in Rheinland-Pfalz bei den Gesamtbetroffenen bei ca. 13 % – korrigieren Sie mich, ich habe die Zahlen jetzt nicht vorliegen –, wurde aber bundesweit für spezielle Problemgruppen wie beispielsweise Jugendliche auf 26 % vorab geschätzt.

Die optierenden Kommunen haben in der Pfalz 57,3 % erreicht. Das ist schlicht sensationell! Das ist ein Lichtblick bei all dem, was uns an unangenehmen Nachrichten aus der Großen Anfrage entgegenschlägt. Auch die optierende Kommune Daun hat hervorragend abgeschnitten. Das muss man in den Mittelpunkt der Überlegungen stellen. Das ist ein ganz klares Ergebnis: In diesem zentralen, besonders schwierigen Bereich schneiden optierende Kommunen besser ab.

Meine Damen und Herren, es stellt sich also die Frage nach einer Generalrevision. – Dazu ein solides und belastbares Ja. Wir müssten zuerst fragen: Generalrevision wie? – Eine Generalrevision im Sinne von „Weg mit Hartz IV“ funktioniert nicht. Das hieße, wir würden – ähnlich wie in der Gesundheitspolitik – in einem unreifen Zustand den nächsten Innovationsschritt wagen. Dafür gibt sich die FDP nicht her.

Erforderlich ist also eine Generalrevision im Sinne einer Optimierung und einer Verbesserung nicht nur in der Verwaltungsabwicklung, sondern auch in den Grundbedingungen. – Ja, selbstverständlich! Das ist doch unverzichtbar. Frau Kollegin Grosse, Ihre Bedenken hinsichtlich der Hilfe für vom Leben hart Gebeutelte teilen wir. Dabei finden Sie uns an Ihrer Seite, und ich glaube im Übrigen, auch die CDU.

Aber diese Festlegung: „die ALG-II-Empfänger“! – Frau Kollegin, die ALG-II-Empfänger gibt es eben nicht, sondern es sind Millionen von Einzelschicksalen, in denen jede Situation, jeder neue Antrag detailliert geprüft werden muss. Das geht vom wirklich vom Schicksal hart getroffenen Menschen, der sich bemüht und der nie eine Chance hatte, bis hin zum knallharten Missbrauch dieses Systems. Beiden Bereichen muss man Antworten geben, wenn man Hartz IV dauerhaft und solide hinbekommen will.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Antrag der CDU. Zu Nummer 1 habe ich einiges gesagt. Damit setzen wir uns auseinander. Bei den drei anderen Nummern schließe ich mich Frau Kollegin Grosse an. Sie sind zum Teil schon berücksichtigt und sind in dieser Formulierung nicht so, dass wir wirklich wissen, was dahintersteckt, Frau Kollegin Thelen. Deshalb bin ich froh, dass wir die Chance nutzen, im Ausschuss darüber zu diskutieren, wohin der Weg führt und was in diesem sensiblen Bereich die beste Lösung ist. Wir sind mit dabei und warten auch auf die Auswertung unserer Großen Anfrage.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen! Ich möchte zunächst ein bisschen entdramatisieren, wenn auch nicht verharmlosen. Die Reform gibt es seit dem 1. Januar 2005. Jeder von uns, zumindest unter den Sozialpolitikern, weiß, das war ein Riesending. Wir haben zwei riesige Systeme zusammengelegt, die völlig unterschiedlich agiert und funktioniert haben. Daran gemessen sind eineinhalb Jahre gerade einmal nichts, was den Zeitablauf betrifft. In diesen eineinhalb Jahren hat sich auch einiges getan.

In vielem, was bereits gesagt worden ist, bin ich absolut der gleichen Meinung wie meine Kollegen und Kolleginnen, aber dennoch muss man sagen, man muss sich auch darauf besinnen: Was ist eigentlich in welchen Zeiträumen passiert?

Eineinhalb Jahre ist keine Zeit für eine Reform dieser Größenordnung, und man kann auch genau beobachten, dass sich im Laufe der letzten Monate hervorragende Erfolge abgezeichnet haben und das, was zu Beginn noch sehr schwierig war, heute sehr viel besser funktioniert.

Ich möchte auf einzelne Punkte eingehen. Das eine ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Wir alle beklagen die hohe Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, aber ich denke, es ist auch wichtig, immer einmal wieder auf die Ursachen zu schauen. Das haben wir meines Erachtens in der Antwort auf die Große Anfrage auch entsprechend dargelegt: Natürlich ist nicht nur, sondern auch das Thema „verdeckte Armut“ mit aufgegriffen worden. Dies sind Menschen, die früher einen ergänzenden Anspruch auf Sozialhilfe hatten, diesen aber nicht realisiert haben, weil sie keine Lust hatten, auf das Sozialamt zu gehen.

Dies ist ein Grund, weshalb die Bedarfsgemeinschaften gestiegen sind. Aber wir haben darüber hinaus natürlich das große Problem, dass die Anzahl der Langzeitarbeitslosen gestiegen ist, da unter anderem die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt worden ist und dadurch in die Gruppe der ALG-II-Empfänger erheblich mehr Menschen geraten sind, die zuvor einer ganz anderen Gruppe zuzuordnen waren.

Zum Dritten kommt die Tatsache hinzu, dass wir – wie die Bundesagentur für Arbeit es nennt – eine starke Kundensegmentierung haben. Das heißt, dass man Zielgruppen unterschiedlich behandelt und unterstützt und dadurch das SGB II eine Tragweite erhalten hat, die wir uns – um es einmal vorsichtig auszudrücken – ein bisschen anders vorgestellt haben.

Schließlich haben wir die berühmten Aufstocker, die Frau Thelen genannt hat, bei denen, wie ich glaube, keiner im Vorhinein des Gesetzeswerkes wirklich intensiv darüber nachgedacht hat, wie viele Menschen letzt-

endlich einen Antrag auf ALG II stellen, die in ganz normalen Berufen tätig sind, gleichzeitig aber anspruchsberechtigt sind. Das alles sind keine Missbrauchsfälle. Das alles sind legale Möglichkeiten, die in Anspruch genommen worden sind, die aber dazu geführt haben, dass die Bedarfsgemeinschaften entsprechend angewachsen sind.

Ich möchte an der Stelle noch einmal das Fortentwicklungsgesetz nennen, worauf Frau Grosse schon hingewiesen hat. Viele dieser Tatbestände sind im Grunde zurückentwickelt worden, weil man gesagt hat, eigentlich wollen wir nicht, dass unser Sozialsystem in diesen Fällen eingreift, sondern wir wollen den Empfängerkreis wieder ein Stück weit eingrenzen. Deshalb muss man erst einmal abwarten – das Fortentwicklungsgesetz ist ein sehr neues Gesetz –, wie sich das letztendlich in den Konsequenzen auch umsetzt.

Ich komme nun zu den Erfolgen, die mit Bezug auf unsere Antwort, ich würde nicht sagen konstruiert, aber herausgelesen werden, was zunächst einmal auch nahe liegend ist. Wir haben die Vergleichszahlen für die Arbeitsgemeinschaften und für die Optionskommunen, von denen es zwei in Rheinland-Pfalz gibt. Das Problem ist, dass wir eigentlich keine vergleichbaren Zahlen haben. Wir haben natürlich handverlesene Zahlen von Daun und aus der Südwestpfalz. Weil es zwei sind, haben wir uns den Luxus erlauben können, auch als Landesregierung sozusagen jede einzelne Zahl abzufragen und in der Antwort auf die Große Anfrage mit zu übermitteln.

Wir haben insgesamt nur sehr schlechte Zahlen von der Regionaldirektion bekommen, weil sie das Problem hat, dass sie im Grunde von tausenden von Arbeitsgemeinschaften die entsprechenden Zahlen für die Landesregierung herausuchen muss. Damit ist das Zahlenmaterial nicht so belastbar wie das bei den Optionskommunen in Rheinland-Pfalz. Die Zahlen sind vor allem nicht vergleichbar.

Bis zum heutigen Tag haben wir keine Evaluation und keinen wirklichen Beweis dafür, dass die Optionskommunen angeblich besser arbeiten, als es die Arbeitsgemeinschaften machen. Wenn wir uns in Rheinland-Pfalz einmal anschauen, wie sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten oder auch Jahren entwickelt hat, dann sieht man, dass wir insgesamt sehr erfolgreich sind, nicht nur in den zwei Landkreisen, die die Option gezogen haben, sondern wir haben auch zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, die vom Ergebnis her außerordentlich erfolgreich arbeiten. Insofern habe ich zum jetzigen Zeitpunkt keine Festlegung dazu, was die bessere Organisation ist.

Ich weiß, mit was wir in den Arbeitsgemeinschaften kämpfen. Ich würde aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Konsequenz aus den Zahlen in der Weise ziehen, dass ich sage, die Optionskommune funktioniert insgesamt besser als die Arbeitsgemeinschaften.

Ich bin nun bei dem wohl wichtigsten Punkt auch in dem Antrag der CDU-Fraktion, nämlich bei der Frage, wie eigentlich eine künftige Organisation aussehen kann, sodass die Reibungsverluste, mit denen wir heute zu kämpfen haben, einfach geringer werden. Ich sage auch

deutlich und habe nie ein Blatt vor den Mund genommen, was diesen Punkt betrifft, die Arbeitsgemeinschaften kämpfen nach wie vor mit unglaublicher Bürokratie und auch fast schon mit etwas Gängelung, wenn ich es einmal so nennen darf, seitens der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Das darf in Zukunft einfach so nicht mehr sein.

(Beifall der SPD und der
Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich bin ganz sicher, wenn wir es schaffen würden, eine Organisationsform zu finden, die den Arbeitsgemeinschaften mehr Selbstständigkeit zusprechen würde, dass diese Arbeitsgemeinschaften dann sehr erfolgreich arbeiten würden, vielleicht dann auch in der einen oder anderen Weise noch einmal mit den Optionskommunen vergleichbar wären. Ich halte relativ wenig davon, von einer großen Generalrevision zu sprechen. Ich weiß einfach, was es heißt, im Grunde drei Systeme zusammenzubringen und nach eineinhalb Jahren zu sagen, wir machen das ganze Paket wieder auf. Ich gebe Frau Grosse recht. Auch wenn das Klagen heute groß ist, glaube ich, wenn wir wirklich sagen würden, es gibt mehr Möglichkeiten, die Option wieder zu ziehen, dass sich die Anzahl derjenigen, die es wirklich tun, ganz schnell wieder reduzieren würde.

Ich erinnere daran, wir hatten zu Beginn dieser Debatte eine vergleichbare Situation, nämlich eine gesplante Spitzenkörperschaft der Kommunen. Der Landkreistag plädierte schon immer für die Option, der Städtetag war schon immer dagegen. Diese gesplante Situation hat schließlich auch dazu geführt, dass wir eine unglaublich schwere Debatte zu diesem Thema hatten.

Eine vergleichbare Debatte wird es wieder geben, wenn wir die Frage nach Öffnung hin zu mehr Optionen tatsächlich ermöglichen würden. Ich halte es nicht für den unbedingt richtigen Weg, sondern ich würde mehr dafür plädieren zu überlegen, wie eigentlich die Organisationsform für die bestehenden Arbeitsgemeinschaften so weiterentwickelt werden kann, dass sie unabhängiger sind und die Freiheit haben, tatsächlich auch vor Ort zu agieren und sie nicht den halben Tag damit beschäftigt sind, irgendwelche Vorgaben zu erfüllen usw. Ich glaube, da gibt es einen großen Konsens.

Ich bin deshalb froh, dass wir im Arbeitskreis bzw. im Ausschuss auch darüber sprechen können. Es ist eine komplizierte Frage. Wir haben uns natürlich schon Gedanken darüber gemacht, wie wir das anstellen könnten. Dafür braucht man ein bisschen mehr Zeit, es auch einmal ausführlich fachlich miteinander zu erörtern.

Wir sind in einer Zeit, in der diese Fragen demnächst offen auch auf Bundesebene diskutiert werden. Es gibt die Evaluation von Hartz I bis III, die demnächst vorliegen wird. Es gibt das Bundesverfassungsgericht, das sich demnächst dazu äußern wird, was eigentlich von der Organisationsstruktur der Arbeitsgemeinschaften zu halten ist.

Ich denke, so kann man einen guten fachlichen Kurs miteinander diskutieren und dann rechtzeitig im Herbst oder Winter tatsächlich zu einer abschließenden Mei-

nungsbildung kommen, um dann entsprechenden Einfluss auch auf Bundesebene auszuüben.

Ich möchte abschließend noch ein Wort sagen. Wir haben wirklich super engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Ich glaube, da spreche ich für alle vor Ort, ganz egal, ob es in den Optionskommunen oder in den Arbeitsgemeinschaften ist. Ich brauche nicht zu wiederholen, wie viel Überstunden die Leute gemacht haben, um dieses Auto sozusagen flott zu bekommen. Ich glaube, wir haben auch einfach Respekt davor, was die Mitarbeiter geleistet haben.

Viele dieser Mitarbeiter und auch Geschäftsführer wünschen sich tatsächlich, dass die Organisationsform in Zukunft etwas klarer wird, sodass sie mehr Freiheit und Raum haben, tatsächlich die Dinge zu tun, die wichtig sind, das heißt, für die Menschen vor Ort da zu sein.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste im Landtag begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Weyerbusch. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir haben die Tagesordnungspunkte 8 und 9 in verbundener Debatte diskutiert. Zunächst einmal stimmen wir über Tagesordnungspunkt 8 ab, Neukonzeption und Neuorientierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende betreffend. Wenn ich die Rednerinnen und Redner richtig verstanden habe, soll dieser Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/245 – an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag wird damit an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 9. Auf Antrag der Fraktion der CDU könnte gemäß § 93 Abs. 2 Satz 3 GOLT die Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung fortgesetzt werden. Wünscht die Fraktion der CDU eine weitere Besprechung im Ausschuss? – Das ist nicht der Fall. Der Tagesordnungspunkt ist damit mit dieser Aussprache erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Windenergie in Rheinland-Pfalz – Fehlerkorrektur bei der Windenergiepolitik
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/246 –**

dazu:

**Windenergienutzung
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/335 –**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Gebhart das Wort.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Energiepolitik ist mit Sicherheit eine der ganz großen Herausforderungen der Politik der nächsten Jahre; denn wir wissen alle, mit der Energieerzeugung heute sind weltweit bestimmte gravierende Umwelt- und vor allen Dingen Klimaprobleme verbunden. Aber wir wissen vor allem auch, dass Öl, Gas und Kohle, also alle fossilen Energieträger, zu Ende gehen. Deswegen muss es das Ziel sein, eine nachhaltige Energieversorgung zu schaffen, das heißt, Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen. Meine Damen und Herren, das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche nachhaltige Energieversorgung heißt nun in seiner Konsequenz, dass wir einerseits natürlich auch auf erneuerbare Energien setzen, es heißt aber auch, dass wir nicht nur irgendwie auf diese erneuerbaren Energien setzen, sondern wir vor allem auf effiziente Formen erneuerbarer Energien setzen, zum Beispiel grundlastfähige Formen.

(Beifall der CDU)

Wir müssen also insgesamt einen vernünftigen Weg einschlagen. Das bedeutet für uns zum Beispiel, die Potenziale zu nutzen, die wir im Bereich der Biomasse, im Bereich der Wasserkraft, aber vor allem auch im Bereich der Erdwärme und der Geothermie haben. Das ist eine Chance für unser Bundesland. Deshalb haben wir dieses Thema vor einiger Zeit zum Gegenstand der Beratungen gemacht. Meine Damen und Herren, in der Erdwärme haben wir eine echte Zukunftschance für unser Land.

(Beifall der CDU)

Welchen Weg gehen Sie, geht die Landesregierung? Sie setzen seit Jahren sehr stark auf die Windenergie. Sie ist nicht grundlastfähig. Es gibt mit Sicherheit Standorte in Deutschland, die besser geeignet sind als Standorte in Rheinland-Pfalz. Ich denke vor allem an die Küste. Sie lassen zu, dass diese Windanlagen in Rheinland-Pfalz zunehmend die Landschaft und die Menschen bei uns zum Teil erheblich beeinträchtigen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der CDU)

An einigen Stellen ist es okay. Da mögen diese Anlagen gar nicht besonders stören.

Meine Damen und Herren, es gibt immer mehr Stellen in unserem Land, wo die Anlagen zu einer echten Belastung für die Menschen werden. Es tut teilweise richtig weh zu sehen, wie die Landschaft an manchen Stellen regelrecht verunstaltet wird. Das ist eine Entwicklung, die wir bedauern und nicht wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Fragen wir, wie es dazu kommen konnte. Es konnte vor allen Dingen deswegen dazu kommen, weil Sie, die

Landesregierung, in der Vergangenheit nicht ausreichend steuernd eingegriffen haben, weil Sie nicht ausreichend Grenzen gesetzt haben. So konnte zum Teil ein regelrechter Wildwuchs entstehen, den Sie zu verantworten haben.

(Beifall der CDU –

Baldauf, CDU: So ist das, immer das Gleiche!)

Meine Damen und Herren, Sie hätten die Möglichkeit gehabt, dies zu ändern. Sie haben heute die Möglichkeit, dies zu ändern. Genau dazu fordern wir Sie in unserem Antrag auf. Wir fordern Sie auf, nutzen Sie die Neufassung des Landesentwicklungsprogramms. Schützen Sie besser unsere Landschaft. Wir fordern Sie auf, erklären Sie Waldflächen in Rheinland-Pfalz zu Tabuzonen für die Nutzung der Windenergie. Folgen Sie dem Beispiel Nordrhein-Westfalens. In Nordrhein-Westfalen gilt heute Wald als Tabuzone für die Nutzung der Windenergie. Wir wollen, dass auch in Rheinland-Pfalz gilt, der Wald ist für die Windkraftanlagen tabu.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, schützen Sie vor allen Dingen besser die Menschen. Schützen Sie die Menschen vor allem durch ausreichende Mindestabstände der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung. Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz künftig gilt, generell mindestens 1.000 Meter Abstand der Windkraftanlage zur Wohnbebauung, generell das Zehnfache der Nabenhöhe, mindestens aber 1.000 Meter. Ich denke, das ist das Wenigste, was Sie für die Menschen tun können. Wir fordern Sie auf, denken Sie an die Landschaft, denken Sie an die Menschen. Ändern Sie Ihren Kurs. Ich hoffe, Sie werden im Ausschuss darauf eingehen, und wir werden uns einigen können.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Zur Begründung des Alternativantrages der FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für eine zukunftssichere Energieversorgung sind ganz klar alternative Energiearten grundsätzlich notwendig. Windenergie ist notwendig. Wie Herr Dr. Gebhart schon sagte, Windenergieanlagen können Landschaftsbilder empfindlich stören. Sie erhalten oft erst bei hohen Masten genügend Wind und stören die Landschaft erst recht. Sie gefährden besonders seltene Vogelarten. Sie sind in vielen Standorten deshalb von der Bevölkerung nicht gewollt.

(Beifall der FDP)

Derzeit gibt es eine Menge Unsicherheiten. Ich nenne einige Beispiele: Gemeinden haben Vorrangflächen

ausgewiesen, die das Land teilweise nicht genehmigt hat. Gegen bereits erteilte Baugenehmigungen wird von Bürgerinitiativen geklagt. Der Mindestabstand von 1.000 Metern von Flächen für Windenergieanlagen zu Wohngebieten wird im Schreiben des beteiligten Ministeriums vom 31. Oktober 2005 nur empfohlen.

Gleichzeitig steht dort, dass die Richtwerte der TA Lärm heranzuziehen seien, und es nennt Mindestabstände von 290 bis 725 Metern. Das geschieht im gleichen Schreiben.

Klärung wird viel zu oft in gerichtlichen Auseinandersetzungen gesucht. Allein im letzten Halbjahr hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz klargestellt, dass dort, wo gefährdete Tierarten nach dem Washingtoner Tierschutzabkommen leben und kein Schutzgebiet existiert, besonderer Schutz geboten ist.

Im speziellen Fall ging es wie schon oft um den roten Milan. Eine Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbildes ist nicht hinzunehmen, wenn es sich um eine wegen ihrer Schönheit und Funktion besonders schutzwürdigen Umgebung oder einen groben Eingriff in das Landschaftsbild handelt. Das wurde ebenso festgestellt.

Die Sichtbarkeit der Nordschleife des Nürburgrings wurde dabei übrigens nicht als relevante Vorbelastung gewertet. Es wurde auch klargestellt, dass im Kerngebiet des Naturparks auf eine Ausschlussfläche die Zulassung einer raumordnerischen Zielabweichung auch dann nicht erteilt werden muss und darf, wenn vom Land eine Befreiung von den Verboten der Naturparkverordnung erteilt war. Man sieht, wie verwickelt das Ganze sein kann. Dies ist übrigens ein Urteil vom 5. September 2006, also brandneu.

Zwischen Bauantrag und Urteil in zweiter Instanz lagen jeweils mindestens drei Jahre. Dreijährige Streitphasen sind sowohl für die Investoren als auch für ihre Gegner grundsätzlich unzumutbar. Die FDP-Fraktion will, dass dem Umwelt- und Landschaftsschutz sowie dem Willen der Bürger Rechnung getragen wird und den Investoren überflüssige Kosten und Zeitaufwand erspart werden.

(Beifall der FDP)

Sie will deshalb, dass die Notwendigkeiten des Umwelt- und Landschaftsschutzes strikt beachtet werden, Windenergieanlagen nicht gegen den Willen der Bevölkerung errichtet werden können und die Mindestabstandsgrenze zu Wohngebieten das Zehnfache der Höhe der Anlage, mindestens jedoch 1.000 Meter beträgt. Sie scheinen unseren Landesparteitagsbeschluss gelesen zu haben.

(Licht, CDU: Den haben wir schon länger gelesen!)

Wir wollen, dass im Wald grundsätzlich keine Vorrangflächen ausgewiesen werden.

(Unruhe im Hause)

– Unterhaltet Euch weiter, wenn meine Redezeit um ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Bauchhage:

Frau Abgeordnete Schellhaaß hat das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Wir wollen, dass das Landesentwicklungsprogramm IV für eine verbesserte Planungssicherheit sorgt und Baugenehmigungen zeitlich befristet werden, die Rückbauverpflichtung nach Betriebsende angeordnet wird und selbstschuldnerische Bürgschaften für Abrisskosten vorliegen müssen. So viel zu unserem Alternativantrag.

Im Lichte dieser Bedingungen und der neuesten Urteile des Oberverwaltungsgerichtes sollte die Landesregierung analysieren, wo aus ihrer Sicht generell Windkraftstandorte infrage kommen und wo nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Zum Abschluss möchte ich die CDU daran erinnern, dass sie vor den Bundestagswahlen versprochen hat, die Privilegierung für Windkraftanlagen gemäß § 35 Bundesbaugesetz aufzuheben.

(Glocke des Präsidenten)

Die SPD fordern wir auf, dem in Berlin zuzustimmen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauchhage:

Zunächst begrüße ich im rheinland-pfälzischen Landtag Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rentamtes Nassau. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Mohr.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hätte mich gewundert, wenn in dieser Legislaturperiode nicht gleich ein Antrag der CDU-Fraktion zur Windkraft gekommen wäre.

Meine Damen und Herren, ich bin Ihnen trotzdem sehr verbunden, dass beide Parteien erkannt haben, dass die Energiequellen der Zukunft die natürlichen Energieströme aus der Sonnenenergie, der Energie des Windes, der Kraft der Gezeiten, aber auch der Erdwärme, der Geothermie sind, die in Rheinland-Pfalz in der Oberrheinischen Tiefebene besteht. Diese Energien machen uns unabhängig von der fossilen und nuklearen Energie. Das muss man ganz deutlich sagen. Das gilt für die Risiken und die Endlichkeit dieser Energieformen und für das Preisrisiko, das ein wesentlicher Standortfaktor ist. Das müsste im Interesse der FDP liegen.

Wir stehen in Rheinland-Pfalz zum Ausbau der regenerativen Energien im Rahmen eines ausgewogenen

Energiemixes. Das haben wir immer gesagt. Dieser Energiemix muss umweltverträglich sein, beinhaltet aber auch noch fossile Energien. Fossile Energien müssen aber in dem Maß zurückgefahren werden, wie erneuerbare Energien ausgebaut werden können. In diesem Energiemix hat in Rheinland-Pfalz die Windenergie einen festen Platz.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU, ich denke, Sie machen es sich einfach zu leicht.

(Fuhr, SPD: Zu „licht“!)

Auch Sie können nicht die Zielvorgaben der Bundesregierung vernachlässigen, die einen Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch für 2020 bei einem Prozentsatz von mindestens 10 % sieht. Da kann man einzelne Energieträger im Bereich der erneuerbaren Energien nicht einfach ausblenden oder verteufeln. Erneuerbare Energien stehen in Rheinland-Pfalz dauerhaft zur Verfügung und werden von uns – das sind unsere erklärten Ziele – im Einklang mit den Anforderungen von Natur- und Landschaftsschutz genutzt. Das steht außer Frage.

(Beifall der SPD)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, vor diesem Hintergrund kann ich Ihren erneuten Antrag zu mehr Restriktion in Bezug auf erneuerbare Energien nicht ganz nachvollziehen. Sie haben schon in der letzten Legislaturperiode manchmal wie Don Quichotte gegen die Windmühlen gekämpft und versuchen, das offensichtlich jetzt weiter zu tun. Für viele Menschen, nicht nur junge Menschen, im Land ist die umweltverträgliche Nutzung der Windenergie ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz und damit auch zu einer lebenswerten Zukunft.

Die CDU stellt bevorzugt die Nutzung der Windenergie als Bedrohung und Verschandelung des Landschaftsbildes dar und fordert, dass den Belangen des Menschenschutzes sowie dem Wertverlust von Wohneigentum durch Zubau von Windanlagen verstärkt Rechnung getragen werden soll. Gestatten Sie mir, dass ich sage, dass ich diese pauschalen Forderungen für bedenklich, fast schon für zynisch halte. Hier werden im Einzelfall rein materielle und sehr relative Werte höher angesetzt als eine nachhaltige Klimaschonung.

(Baldauf, CDU: Durch die Windkraftnutzung? – Licht, CDU: Das sagen Sie einmal dann vor Ort! Dann werden die Ihnen sagen, was zynisch ist!)

– Meine Damen und Herren, das ist so. Ich finde es auch interessant, dass Sie als neue Waffe im Kampf gegen die Windräder jetzt glauben, den Landesentwicklungsplan IV entdeckt zu haben, der sich zurzeit in der Fortschreibung bzw. in der Entwurfsphase befindet. Ich denke, dass die Ziele, die Sie eigentlich verfolgen, mit diesem Landesentwicklungsplan IV überhaupt nicht verfolgt werden können. Er ist eine denkbar ungeeignete Waffe für Ihre Ziele. Durch dieses Landesentwicklungsprogramm selbst werden unmittelbar keine raumverän-

dernden Prozesse und Aktivitäten in Gang gesetzt. Da müssen Sie sich einfach einmal kundig machen.

(Licht, CDU: Was?)

Es ist ein Instrument, um räumlichen Strukturentscheidungen anderer Akteure und Träger einen Rahmen zu geben.

(Licht, CDU: Jetzt enttäuschen Sie mich!)

Es ist also nur ein Rahmenkonzept.

(Licht, CDU: Dann haben Sie nie verstanden, was Landesplanung bedeutet!)

Die Verantwortung für die Erfüllung dieses Rahmens und damit die Verwirklichung raumordnerischer Ziele liegt entscheidend bei den die Raumstruktur verändernden Akteuren selbst, nämlich der Raumordnung und Landesplanung bzw. der Bauleitplanung vor Ort. Das andere ist nur der Rahmen.

(Licht, CDU: Ja!)

Unten muss die Ausführung sein.

(Licht, CDU: Was ist denn das, Landesplanung?)

– Ja, Herr Licht, ich glaube, genau da liegt der Hase begraben. Das Problem liegt bei Ihnen eigentlich nur bei der Planungsgemeinschaft Mittelrhein/Westerwald. Diese Planungsgemeinschaft Mittelrhein/Westerwald ist die einzige Planungsgemeinschaft, bei der die Fortschreibung des Raumordnungsplans noch nicht genehmigt wurde. Diese Planungsgemeinschaft ist ihren gesetzlichen Vorgaben einfach nicht nachgekommen, die Flächen auszuweisen, die als Bedarfsflächen im Rahmen einer Kontingentierung hätten erbracht werden müssen. Diese Planungsgemeinschaft hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Deshalb wollen Sie jetzt Forderungen ableiten, die auch andere im Nachhinein noch betreffen sollen.

(Licht, CDU: Welche Hausaufgaben?)

Alle anderen Planungsgemeinschaften haben die Fortschreibung ihrer Raumordnungspläne beendet.

(Licht, CDU: Wenn es die Landesplanung nicht gibt, welche Hausaufgaben?)

Die Raumordnungspläne sind genehmigt worden.

(Hartloff, SPD: Rechtlich korrekt es zu machen, ganz simpel!)

Nur hier wurden die Hausaufgaben nicht gemacht. Das instrumentalisieren Sie jetzt, um das ganze Gesamtkonzept infrage zu stellen. Das finde ich nicht fair und nicht redlich.

(Beifall der SPD)

Dort wurde einfach versäumt, die normalen Planungsinstrumente einzusetzen und konsequent zu planen, so wie es andere auch getan haben.

Bezüglich der Forderung zum generellen Mindestabstand oder zur Bebauung in Waldgebieten lesen Sie das Rundschreiben vom 24. Februar. Dort ist alles genau definiert.

(Licht, CDU: Welchen Jahres?)

– 2006. Hier ist es.

(Licht, CDU: Ach so!)

24. Februar 2006. Herr Licht, Lesen bildet.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Hier sind genau die Mindestabstände vorgegeben. Ich darf zitieren: „wird die Einhaltung eines Abstandes von 1.000 Metern zu Wohngebieten empfohlen, wenn dadurch die Planungsspielräume nicht in unvertretbarem Maße eingeengt werden“. Das hatten Sie nämlich in der Planungsgemeinschaft Mittelrhein/Westerwald versucht.

(Hartloff, SPD: Zwischenfrage!)

Genau das hatten Sie versucht.

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Abgeordnete Mohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer?

Abg. Frau Mohr, SPD:

Ja.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

– Das könnte ich mir eigentlich erlauben, bitte schön.

(Ministerpräsident Beck:
Sonst ist er traurig!)

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Dr. Rosenbauer, bitte schön.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Ich bedanke mich ausdrücklich.

Ist Ihnen bekannt, dass diejenigen, die diese Planung vorgegeben haben im Bereich Koblenz/Westerwald – in diesem Gremium sitzen übrigens alle Parteien drin –,

(Frau Mohr, SPD:
Sie haben aber die Mehrheit!)

gute Gründe gehabt haben, warum man das nicht alles erfüllen konnte, was Ihr Rahmen vorgegeben hat?

(Frau Spurzem, SPD:
Aber alle anderen konnten es!)

Abg. Frau Mohr, SPD:

Ich glaube, dass die Ursachen in der Vergangenheit liegen, als die Kommunen nicht erkannt haben, was eigentlich durch § 35 Baugesetzbuch entstehen kann. Die Kommunen waren sehr früh um eine Stellungnahme gebeten worden. Die Kommunen hatten damals die Brisanz dieser Stellungnahme überhaupt nicht erkannt. Die Versäumnisse im Bereich Mittelrhein/Westerwald liegen in der Vergangenheit. Ich sehe nicht ein, warum ein Landesentwicklungsplan korrigiert werden soll oder neue Ziele einarbeiten soll, weil dort Versäumnisse gemacht wurden. Die Versäumnisse liegen vor Ort. Sie liegen in den Kommunen.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist gut und richtig, dass diese beiden Anträge an die Ausschüsse überwiesen werden. In den Ausschüssen steht noch ausreichend Zeit zur Verfügung, um offen über das zu diskutieren, was auch in dem Antrag der FDP steht.

(Glocke des Präsidenten)

Das kommt auch einer alten Forderung von uns nach. Das muss ich jetzt fairerweise sagen. Wir hatten früher einmal diese Abrissverfügungen und diese selbstschuldnerischen Bürgschaften verankert.

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Kollegin, Sie haben die Redezeit überschritten.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Ich denke, wir sollten in den Ausschüssen – im Innenausschuss und im Umweltausschuss – noch einmal über diese Belange sprechen.

Danke schön.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Karl Peter Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Redner der CDU hat am Anfang schöne und gute Worte von der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, von einer nachhaltigen Energieversorgung, von erneuerbaren Energien, von Biomasse und von Geothermie gefunden. Dann hat er auch Windkraft erwähnt. Windkraft ist bei vielen Menschen durchaus nicht unumstritten, weil sie denken, da steht eine solche Mühle in der Landschaft, und möglicherweise belästigt mich ihr Anblick, das Windgeräusch oder anderes.

Mir ist in Diskussionen zu früheren Zeiten schon aufgefallen, dass auf die Geothermie von Verschiedenen

große Stücke gehalten wird oder auf sie besonders hingewiesen worden ist.

Ich frage mich schon, wenn wir die Geothermie beginnen werden, ob wir nicht eine gleiche Diskussion bekommen werden wie bei der Windkraft.

(Frau Mohr, SPD: Ganz genau!)

Dort muss ich auch etwas aufbauen, das in die Erde hinuntergetragen wird, möglicherweise über tausend Meter und tiefer und mit Röhren, die herausgucken und Ähnliches mehr. Diese Röhren muss ich durch die Landschaft führen. Ich weiß nicht, ob Sie das bei der Frage Geothermie einerseits und Windkraft andererseits bedenken. Das Hauptargument war, dass die Windkraft eine Belästigung und eine Behinderung ist, wodurch die Landschaft verschandelt wird.

Ich warne Neugierige. Wer sich ein bisschen mit Energiepolitik beschäftigt, wird wissen, dass wir knappe Energien haben. Wir wissen auch, wenn die Menschen auf einmal knappe Energie haben, dass sie dann fragen, woher die Energie kommt. Es wird weniger die Frage sein, wie die Landschaft aussieht, sondern ob der Ofen warm wird.

Das will ich nur als Vorspann sagen; denn ich denke, dies ist wichtig zu wissen und bei der Entwicklung der Windenergie wieder im Kopf zu haben.

Also, die Menschen wollen Energie, die Menschen wollen auch eine schöne Landschaft, und die Landesregierung hat, soweit sie konnte, dies gesteuert.

Nun kommt es: Sie reklamieren hier im Landtag eine Steuerung, die die Bürgerinnen und Bürger selbst vornehmen sollen, die sie selbst in ihrer Planungshoheit haben. Das ist doch der Punkt. Wir geben einen Rahmen vor, der Rahmen ermöglicht bestimmte Entwicklungen, und dann wird der Rahmen nicht ausgefüllt. Das ist doch die Entscheidung. Warum sagen Sie dies hier nicht, anstatt der Landesregierung zu sagen, sie hätte nicht gesteuert? Natürlich hat sie gesteuert.

(Beifall der SPD)

Wir haben im Rahmen der Vorgaben, die uns die Bundesregierung gegeben hat, bestimmte Prozentvorgaben. Sie wissen das. Wir in der Koalition haben versucht, diesen Rahmen in durchaus – lieber Herr ehemaliger Minister – nicht einfachen Gesprächen auszufüllen, weil es natürlich bei uns auch so ist, dass nicht jeder sagt, Windenergie ist überall gut, sondern Windenergie nur da, wo sie sinnvoll ist. Dort, wo es genug Wind gibt – Entschuldigung, wenn ich das sage –, ist sie auch einsetzbar, und man sollte sie einsetzen. Das war bei uns die Grundlage.

Dann haben wir die Abstände definiert. Wenn sich noch einer erinnert: Die waren einmal bei 600 Metern. Wir haben das diskutiert, damals auch im Landesentwicklungsplan. Wir haben es in den Ausschüssen diskutiert und sind auf 1.000 Meter gegangen. Die 1.000 Meter sind auch ausreichend. Wir haben im Moment kein Problem damit in diesem Land.

Es gibt ein Problem. Das ist beschrieben. Das haben Sie nicht erwähnt. Herr Dr. Rosenbauer hat versucht, es in einem Zwischenruf ein bisschen darzustellen, nämlich die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald. Das sind diejenigen, die die Vorgaben der Bundesregierung und unsere Vorgaben nicht ausgefüllt und von uns deshalb ihren Plan nicht genehmigt bekommen haben. So ist das. Es ist ganz simpel. Ich wiederhole es jetzt: Man ist dort seiner eigenen Verpflichtung, die man immer reklamiert, wenn man kommunal regiert, nämlich nicht hineinregiert zu bekommen, nicht nachgekommen.

(Beifall der SPD)

Da bitte ich herzlich um Verständnis.

Ich finde, dass die Anträge durchaus beraten werden sollten. Ich sage Ihnen auch, der LEP IV wird nur einen Rahmen geben. Es wird nichts Grundlegendes verändert. Da gilt die alte Grundlage noch, die wir damals mit Minister Bauckhage abgesprochen haben. Die ist nämlich in den LEP IV eingeflossen. Wir haben in dem Bereich nichts Neues erfunden. Der Landesentwicklungsplan ist im Zulauf zu den Gemeinden. Sie werden es auch bekommen. Von daher gesehen: Der LEP IV wird die Entscheidung nicht bringen, sondern die Entscheidung ist längst gefallen. Die Entscheidung muss in der

Region umgesetzt werden, und, bitte schön, die Region soll ihre Aufgabe auch wahrnehmen. Das ist die Situation.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das richtig verstanden habe, wird Ausschussüberweisung beantragt, und zwar an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Herrscht darüber Einverständnis? – Es ist kein Widerspruch festzustellen. Dann danke ich Ihnen.

Ich lade Sie ein zur nächsten Sitzung am 15. November 2006 um 14:00 Uhr und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 15:34 Uhr.